

EU duldet
Trickserei S.7



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 22 – 1. Juni 2013

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

EU erkennt Zeichen der Zeit nicht
Brüssel erhöht Zahl der Kommissare **2**

Preußen / Berlin

Linksruck zum Jubiläum
SPD: Linker Flügel bestimmt Kandidaten der Hauptstadt zur Bundestagswahl **3**

Hintergrund

Zahnloser Tiger
Friedensmissionen: Seit 65 Jahren entsendet die Uno Blauhelme in Krisengebiete **4**

Deutschland

Es lebe das Klischee
Ein Herz für Frauen: SPD und CDU/CSU kämpfen um die Stimmen weiblicher Wähler **5**

Ausland

Chinas »Entwicklungshilfe«
Tadschikistan bietet Peking Grenzland für Kredite **6**

Kultur

In Klingsors Zaubergarten
In Ravello ließ sich Richard Wagner inspirieren **9**

Preußen

Authentizität gefährdet
Haus Doorn: Bald Museum über den Ersten Weltkrieg **10**



Informationsangebot an den Menschen vorbei: Die Parteien haben ihre Mobilisierungskraft verloren

Bild: laif

Desillusionierter Souverän

Sinkende Wahlbeteiligung zeigt: Die Demokratie hat ihre Gestalter verloren

Die dramatisch niedrige Wahlbeteiligung ist das zentrale Ergebnis der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein. Sie zeigt, wie weit sich die Politik selbst auf unterster Ebene von den Bürgern entfernt hat.

Das Recht, durch freie, gleiche und geheime Wahlen an der politischen Willensbildung mitzuwirken, ist ein wichtiges Merkmal der Demokratie. Doch die hat die Menschen verloren, die sie eigentlich gestalten sollen. Denn die Wahlbeteiligung bei allen Urnengängen sinkt stetig. Begonnen hat diese Entwicklung bei den Europawahlen. Lag die Wahlbeteiligung 1989 noch bei über 62 Prozent, ist sie mittlerweile auf gut 43 Prozent gesunken. Die europäischen Institutionen in Brüssel und Straßburg sind für viele Bürger so weit weg wie einst Rom von seinen Provinzen. Zudem sind ihre Entscheidungsprozesse un-

übersichtlich. Obwohl von dort eine Unmenge von Verordnungen kommt, die unser Leben bestimmen, interessiert Europa die Menschen nicht weiter. Berlin liegt da schon näher. Doch auch bei den Bundestagswahlen hat die Wahlbeteiligung 2009 einen historischen Tiefststand von 72,2 Prozent erreicht. Hier dürfte der Grund die Erkenntnis sein, mit seiner Wahlentscheidung nichts mehr beeinflussen zu können. Die sich wie Blockparteien gerierenden Union, SPD, FDP und Grüne unterscheiden sich in ihrer Programmatik und ihrem Handeln nur noch graduell voneinander. Ihre Mobilisierungskraft ist geschwunden. Da geht es für viele nur noch um die Entscheidung für das kleinere Übel, denn ein Kreuz

bei einer der kleinen Parteien gilt als verschenkte Stimme.

Vor allem die mit nur knapp 47 Prozent dramatisch niedrige Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein ist ein Alarmsignal für die Politik. Sie hat gezeigt, dass die Menschen sich nicht einmal mehr dann zur Wahl aufrufen können, wenn es um die Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensraumes geht. Politik erreicht die Men-

schen nicht einmal mehr hier. Die Politiker geben sich auch pflichtschuldig betroffen. Gleichzeitig aber üben sie bornierte Kritik an den Nichtwählern und Politikverdrossenen, indem sie die Schuld an dem Desaster pauschal den Bürger zuweisen. Die seien nämlich politisch unzureichend gebildet und deshalb

an Politik nicht interessiert. Das dürften die so Gescholtenen anders sehen: Nicht die Bürger interessieren sich nicht mehr für die Politik, sondern die Politiker interessieren sich nicht mehr für die Bürger.

Politiker und Parteien sollten sich also fragen, was sie falsch machen und dem Bürger wieder die Aufmerksamkeit schenken, die ihm zusteht. Denn die Regierten sind kein Störfaktor, sondern der Souverän, der die Regierenden auf Zeit mit der Mandatsausübung zu ihrem Wohle beauftragt hat. Dann werden die Wähler wieder Vertrauen in die Politik fassen und ihre Stimme abgeben. Denn so herum, wie Bertolt Brecht es 1953 ironisch formuliert hat, geht es in der Demokratie eben nicht: „Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt. Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?“

Jan Heitmann

»Unglückliche Umstände«

Gewalttäter im Fall Jonny K. können mit milden Strafen rechnen

Jonny K. wurde im Oktober 2012 auf dem Berliner Alexanderplatz totgetreten und totgeschlagen. Doch wegen Totschlags ist keiner der sechs mutmaßlichen Täter vor dem Berliner Landgericht angeklagt. Dabei haben sogar Mitangeklagte ausgesagt, dass zum Beispiel Bilal K. (24) Jonny K. auf den Kopf getreten habe. Regelmäßig ist davon auszugehen, dass beim Treten gegen den Kopf eines Opfers der Täter mindestens mit bedingtem Tötungsvorsatz handelt, also den Tod des Opfers in Kauf nimmt. Doch während das in Berlin noch nicht einmal der Staatsanwalt erkennt, ließ der Vorsitzende Richter Helmut Schweckendiek am dritten Verhandlungstag auch noch

die Bemerkung fallen, beim Tod von Jonny K. habe es sich „um eine Verkettung unglücklicher Umstände“ gehandelt. Rechtsmediziner hatten zuvor erklärt, dass der

Genaue Todesursache nicht feststellbar

Schädel des Opfers vier schwere Verletzungen aufwies, von denen jede einzelne die massive Gehirnbildung ausgelöst haben könnte, die zu seinem Tod führte. Es war nicht feststellbar, welche der Verletzungen durch einen Tritt, Fausthieb oder vielleicht Sturz infolge des Angriffs herrührten.

Nicht nur der Ex-Amateurboxer Onur U. war längst wegen Gewaltdelikten bekannt. Wie jetzt herauskam, beging der Mitangeklagte Melih Y. bereits 2007 mit zwei weiteren Türken einen Raubüberfall auf zwei deutsche Mädchen im Volkspark Humboldtthain. „Das liegt ja schon länger zurück“, meinte Richter Schweckendiek. „Hatten Sie zuhause ein eigenes Zimmer“, fragte er die Angeklagten. Ja, das hatten sie alle. Schweckendiek hatte bereits 2012 drei junge Täter aus arabischen und türkischen Familien, die wegen brutaler Gruppenvergewaltigung einer 20-jährigen angeklagt waren, nur zu Bewährungsstrafen verurteilt.

Michael Leh

Neue Transfermöglichkeit

Berlin will Euro-Krisenstaaten auch bilateral helfen

Über die Euro-Gemeinschaft transferiert die Bundesrepublik Deutschland schon jetzt Milliarden an die südeuropäischen Krisenstaaten. Aus der Sicht der Befürworter dieser Umverteilung in der deutschen politischen Klasse hat dieses System allerdings den Nachteil, dass dabei auch andere, wirtschaftlich mit der Bundesrepublik vergleichbare nordeuropäische Euro-Staaten wie beispielsweise die Niederlande zur Kasse gebeten werden müssen und deren Opferbereitschaft im Gegensatz zur bundesdeutschen beschränkt ist. Wolfgang Schäubles Finanzministerium hat dafür nun eine Lösung gefunden. Sie besteht darin, dass die Bundesrepublik sich nicht nur mul-

tilateral über die Euro-Gemeinschaft mit Staaten wie den Niederlanden an der Umverteilung von Nord nach Süd beteiligt, sondern darüber hinaus mit den einzelnen

Keine Rücksicht auf andere Geber nötig

südeuropäischen Krisenstaaten auch bilaterale Kreditbeziehungen eingeht.

Schäuble hat schon einmal versucht, seinen freidemokratischen Kabinettskollegen Philipp Rösler für die neue Möglichkeit zu gewinnen. So schreibt er dem Wirtschaftsminister: „Ich meine, dass

wir zusätzlich auch bilaterale deutsche Hilfe anbieten sollten.“ Röslers Einverständnis ist notwendig, da der Geldfluss über die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) laufen soll, eine Anstalt des öffentlichen Rechts, deren Verwaltungsrat Finanzminister Schäuble vorsitzt.

Konkret ist nun erst einmal an Spanien als Nutznießer gedacht, doch das soll nur der Anfang sein. Bilaterale Hilfen an andere südeuropäische Krisenstaaten sollen folgen. Dabei schwebt der Bundesregierung ein Gesamtvolumen von einem einstelligen Milliardenbetrag vor. Das Bundesfinanzministerium wird mit den Worten zitiert. „Es wird eine Zahl sein, die sich sehen lassen kann.“

M.R.

Grundrechte gestärkt

Ende Mai hat das EU-Parlament die „Klaus-Klausel“ zum Lissaboner Vertrag abgelehnt. Die „Klaus-Klausel“ ist nach dem im März aus dem Amt geschiedenen tschechischen Staatspräsidenten Václav Klaus benannt, der sich für seine Zustimmung zum EU-Reformvertrag das Recht ausbedungen hatte, dass die mit dem Lissaboner Vertrag verbundene EU-Grundrechtecharta nicht für die Tschechische Republik gilt. Auf diese Weise wollte er laut eigenen Angaben verhindern, dass Sude-tendendeutsche gegen das Unrecht, das ihnen im Namen der „Benesch-Dekrete“ nach dem Zweiten Weltkrieg zugefügt wurde, nach-träglich klagen. Doch während der Lissabon-Vertrag am 1. Dezember 2009 in Kraft trat, wurde die „Klaus-Klausel“ bis heute im EU-Parlament verschleppt. Wie sich nun zeigte, hatte die „Klaus-Klau-sel“ dort nie viele Freunde, denn kaum war Klaus aus dem Amt,

Missglückte Attacke gegen Sudetendeutsche

wurde die umstrittene Einschränkung der Grundrechte innerhalb der EU auf dem Boden der Repu-blik Tschechien mit 90-prozentiger Mehrheit abgelehnt. Zwar könnten die Staats- und Regie-rungschefs der EU theoretisch den Beschluss des EU-Parlamentes umgehen, doch da von dort auch in den letzten Jahren kein maß-geblicher Druck auf die Abgeord-neten ausgeübt wurde, wird damit nicht gerechnet. Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und EU-Parlamentar-ier, begrüßte die Straßburger Ent-scheidung: „Wir haben mit der Ab-lehnung dieser Klausel ein großes nationalistisches Gespenst verjagt, und zwar dank des gemeinsamen Einsatzes von sudetendeutschen, tschechischen und anderen euro-päischen Politikern. Menschen-rechte sind unteilbar, Nationa-lismus und Unrecht müssen über-wunden werden.“ Gegenüber der PAZ merkte Posselt an, dass nicht nur die Regierung in Prag, son-dern auch Klaus’ Amtsnachfolger Milos Zeman kein Interesse habe, die „Klaus-Klausel“ ratifiziert zu sehen, da diese in erster Linie die Rechte der Tschechen selbst ein-schränke.

Bel

Die Schulden-Uhr: Mehrheit für Strafbarkeit

Eine überwältigende Mehr-heit von 89 Prozent der Bürger ist dafür, dass Politiker, die Steuergelder verschwenden, strafrechtlich belangt werden. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Enmnid-Umfrage im Auftrag des „Focus“. Am höch-sten ist die Zustimmungsrate bei den Anhängern der „Lin-ken“ mit 97 Prozent, gefolgt von der SPD mit 94 Prozent. Am niedrigsten war sie bei den FDP-Anhängern mit immerhin aber auch noch 70 Prozent. Allerdings ist nicht absehbar, dass die politische Klasse die Gesetzeslage für sich oder die Beamtenschaft verschärft. So lobte der Kanzleramtsminister das existierende „Instrumenta-rium“ bereits 2011 als „um-fangreich“.

M.R.

2.082.907.297.245 €

Vorwoche: 2.082.391.845.208 €
Verschuldung pro Kopf: 25.401 €
Vorwoche: 25.395 €

(Dienstag, 28. Mai 2013,
Zahlen: www.steuerschaefer.de)

Brüssel erkennt Zeichen der Zeit nicht

EU erhöht Zahl der Kommissare – Legitimationsdruck entfacht Aktionismus

Nur noch 45 Prozent der EU-Bürger haben eine positive Haltung zur EU, so eine Umfrage des Pew Research Center. Statt angesichts solch desaströser Werte selbstkritisch in sich zu gehen, verspielt die EU-Kommission nun auch noch letztes Vertrauen.

Nach unzähligen Rechtsbrüchen die bereits im Zuge der Euro-Ret-tung begangen wurden, steht in Brüssel nun eine Trickserie auf der Tagesordnung, für die nur mit größter Mühe eine plausibel klin-gende Ausrede zu finden sein wird. Eine Verkleinerung der EU-Kom-mission – bisher verbindlich im Lissabon-Vertrag so vereinbart – wird es nicht geben. Die Brüsseler Kommission wird stattdessen noch größer. Auf den Weg gebracht wur-de diese erstaunliche Umdeutung von Vertragstext klammheimlich auf dem jüngsten EU-Gipfeltreffen am 22. Mai.

Was zunächst nur so aussieht, als solle dem EU-Neumitglied Kroa-tien vorübergehend bis zum Mai 2014 auch ein Kommissionsposten zugestanden werden, ist tatsächlich ein viel weitreichenderer Be-schluss: Nicht nur Kroatien, son-dern jedes EU-Land soll zumindest bis 2019 mit einem Kommissar in Brüssel vertreten sein. Noch im Lissabon-Vertrag war eigentlich ei-ne Verkleinerung der Kommission auf 19 Mitglieder vereinbart. Ein Kommissar erhält rund 20 000 Euro Monatsgehalt und verursacht jährliche Kosten in Höhe von insgesamt zwei Millionen Euro, wenn man seinen Mitarbeiter-stab, seine Reisekosten und seinen Dienstwagen mit einbe-zieht.

Den Anstoß für den neuer-lichen Rechtsbruch hat Irland, das gerade die EU-Ratspräsi-dentschaft innehat, gegeben. Im Vorfeld des dortigen Refe-rendums zum Lissabon-Vertrag im Jahr 2009 hatte Dublin mit Er-folg auf die übrigen EU-Länder Druck ausgeübt. Die erhaltene Zusage, dass auch die kleinen Staaten künftig ihren Kommissar

behalten dürfen, diente Irlands Regierung dann als Argument beim Referendum.

Ganz Europa spart, nur die EU erhöht Zahl der Kostgänger

Nun, wo sich abzeichnet, dass die EU-Kommission nicht verklei-nert wird, sondern im Gegenteil sogar noch größer werden soll, scheint selbst Vertretern der Berli-ner Regierungskoalition mulmig zu werden: „Ganz Europa spart und kürzt bei der Verwaltung. Nur Brüssel will das nicht einsehen“, so Rainer Brüderle (FDP) gegen-über der Nachrichtenagentur Reuters.

Noch entscheidender als die unmittelbaren Kosten, ist je-doch ein anderer Punkt: Die Schar von 27 EU-Kommissa-ren sieht sich schon

bisher unter starkem Legitima-tionsdruck und entfacht einen Ak-tionismus, um die eigene Existenz-berechtigung zu beweisen. Die Fol-

ge: Die Kommissare versuchen im-mer mehr, Kompetenzen von den Nationalstaaten an sich zu reißen.

Auf der Suche nach vermeintlichen Problemen

Zusätzlich ist man in Brüs-sel ständig auf der Su-che nach Problemen, die vermeintlich einer Lösung aus Brüssel bedürfen. Ablesbar ist dieser Aktionismus an der Brüsseler Re-gulierungswut. Von Vorgaben zur Gurkenkrümmung bis zum Glühlam-penverbot bietet die EU einiges.

Hinter den



Olivenöl wäre beinahe zum neuen Symbol Brüsseler Regulierungswut geworden: Massive Pro-teste verhinderten jedoch das für 2014 geplante Verbot von nachfüllbaren Olivenöl-Kännchen. Die Herstellerländer von Olivenöl hatten hier großen Herstellern einen Gefallen tun wollen.

Alternative zur EU ohne Deutschland

Philosoph belebt Nachkriegsüberlegungen zum Lateinischen Reich neu – Union aus Frankreich, Italien und Spanien

I n Frankreich und Italien sorgte ein Vorschlag des italienischen Philosophen Giorgio Agamben zur Neuordnung Europas für Furo-re. Ein Lateinisches Reich soll Franzosen, Italiener, Spanier und Griechen vor dem deutschen Le-bensstil bewahren.

Angeknüpft hat Agamben mit seinen Überlegungen an Alexandre Kojève, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg im Pariser Wirtschafts-ministerium Gedanken über die Rolle Frankreichs und dessen Stel-lung in Europa gemacht hatte. Ge-fahr für das Nachkriegsfrankreich sah Kojève durch mehrere Entwick-lungen. Zum einen prognostizierte er einen Wiederaufstieg Deutsch-lands. Mit Sorge sah er allerdings auch die Konfrontation zweier Im-perien: des „slawisch-sowjeti-schen“ und des „anglo-amerikani-schen“ Machtblocks. Wollten die Franzosen ihre kulturelle Eigenart bewahren, dann müssten sie sich an die Spitze eines dritten Imperi-ums setzen, so die Schlussfolge-rung Kojèves. Umfassen sollte das „Empire Latin“ Franzosen, Italiener und Spanier, denen Kojève eine ge-meinsame Mentalität zuschrieb. Grundlage sollte die lateinische Lebenskunst und eine Wirtschafts-weise zwischen Markt- und Plan-wirtschaft sein.

Dass Kojèves Ideen nun wieder aus der Schublade geholt worden

sind, kann durchaus ernst genom-men werden. Giorgio Agamben gilt immerhin als einer der meistgele-senen Philosophen der Gegenwart. Ihm zufolge ist genau das eingetre-ten, was Kojève vorhergesagt hat. Das protestantische Deutschland ist wieder mächtig und zwingt nun anderen Ländern seine Interessen und seine Lebensform auf. Agam-bens Schlussfolgerung: Das euro-päische Projekt ist gescheitert, nun muss eine Union der südlichen EU-Ländern gegründet werden. Die Führung solle diesmal aber nicht bei Deutschland, sondern bei Frankreich liegen, so Agambes Vor-schlag.

Frankreich soll den Ton angeben, doch das tut es bereits bei EU

Der Befund, dass die EU in einer tiefen Krise steckt, dürfte unstrittig sein. Weniger eindeutig ist aller-dings, ob es tatsächlich ein „deut-sches“ Europa ist, das nun Schiff-bruch erleidet. Jean Monnet und Jacques Delors, die als die einfluss-reichsten Europa-Politiker der Nachkriegszeit gelten, sind immer-hin Vertreter Frankreichs. Ohne den Sozialisten Delors wäre die EU, wie wir sie derzeit kennen,

wahrscheinlich überhaupt nicht denkbar. Als Präsident der Europä-ischen Kommission hat der Mit-streiter von François Mitterands zwischen 1985 bis 1995 sowohl die Weichen zur europäischen Wäh-rungsunion als auch zum Diri-gismus und zur Regelungswut der heutigen EU-Kommission gestellt. Beinah genial zu nennen ist Delors Schachzug, dazu die Vollendung des Binnenmarktes als Hebel anzu-setzen. Das Stichwort „Binnen-markt“ – später kombiniert mit der Allzweckwaffe „EU-Grundrechte“ – hat es Brüssel möglich gemacht, sich nach Belieben in alles einzu-mischen, was bisher auf nationaler Ebene geregelt wurde. Damit wur-de das von den Deutschen verfochte-ne Subsidiaritätsprinzip wirkungsvoll ausgehebelt. Durch die EU geregelt werden sollte ur-sprünglich nur das, was die Mit-gliedstaaten in eigener Verantwor-tung nicht lösen können.

Das Resultat dieser schleichen-den Machtergreifung durch die EU: In Brüssel hat sich ein Zentra-lismus etabliert, bei dem das fran-zösische Staatsverständnis Pate stand, nicht aber der deutsche Fö-deralismus. Verloren hat Deutsch-land ebenso den Kampf um die Stabilität der gemeinsamen Wäh-rung. Die Maastricht-Kriterien, die Deutschland im Gegenzug zur Auf-gabe der D-Mark gegeben wurden,

haben sich als luftige Versprechen entpuppt.

Die Unabhängigkeit, die der EZB eingeräumt wurde, haben der Franzose Jean-Claude Trichet und sein italienischer Nachfolger Mario Draghi wiederum dazu genutzt, die Zentralbank schleichend nach französischen und italienischen

Finanzielle Basis bleibt ungeklärt

Vorstellungen umzubauen. Die Li-raisierung des Euro schreitet in-zwischen zügig voran. Die Demon-tage des EU-Fiskalpaktes, den Kanzlerin Merkel im Gegenzug für Rettungsmilliarden eingefordert hatte, ist ebenfalls längst angelaufen. Frankreich ist auf bestem We-ge, in diesem Jahr prozentual ein höheres Haushaltsdefizit als Grie-chenland aufzutürmen, die EU-Kommission macht aber keinerlei Anstalten, die Einhaltung der ver-einbarten Schuldenbremse einzu-fordern. Von EU-Währungskom-missar Olli Rehn wurde stattdessen sogar die Bereitschaft signalisiert, Paris einen weiteren Aufschub bis 2014 zu gewähren. Aktuell brütet die EU-Kommission sogar noch über Plänen, staatliche Investitio-

oft skurril wirkenden Bemühun-gen, auch letzte Details des Alltags-lebens per EU-Dekret zu regeln, verbirgt sich allerdings mehr als nur der Betätigungsdrang eigent-lich überflüssiger EU-Kommissare. Die Kommission hat sich zum ide-alen Angriffspunkt für Lobbyisten entwickelt. Statt in allen 27 EU-Ländern einzeln die Gesetzgebung zu beeinflussen und sich mit de-mokratisch gewählten Parlamenten herumzuschlagen, brauchen Lob-byisten nur noch zentral auf die EU-Kommission Einfluss zu neh-men, um gewünschte Vorhaben in ganz Europa durchzubringen. Be-stes Beispiel, wie so etwas funk-tioniert, ist die Posse um das Verbot von nachfüllbaren Olivenöl-Känn-chen in Restaurants, die gerade in Brüssel aufgeführt wird. Hinter dem Vorhaben stehen große süd-europäischen Ölproduzenten, die ein leichtes Zusatzgeschäft wittern. Deren Kalkül: Klein-Produzenten sind nicht in der Lage, massen-weise versiegelte und nicht nach-füllbare Ölbehältnisse zu liefern, wenn diese für Restaurants EU-weit Pflicht werden. Nach einem massiven Proteststurm hat die EU-Kommission das Vorhaben inzwi-schen zurückgezogen. Ein Anteil an dem Rückzieher dürfte dem „Daily Telegraph“ zukommen. Auf dessen Nachfrage, ob es Belege da-für gebe, dass in Restaurants den Gästen häufig minderwertiges Öli-venöl vorgesetzt worden sei, mus-te die Kommission kleinlaut zuge-ben: „Wir haben keine Beweise, es gab anekdotenhafte Berichte und das war für das Komitee ausrei-chend.“

Ebenso aufschlussreich ist ein Blick darauf, wie das Projekt über-haupt zustande gekommen war – ihm fehlte nämlich die qualifizierte Mehrheit. Lediglich 15 EU-Mit-gliedstaaten – darunter natürlich die Herstellerländer von Olivenöl – hatten den Plänen der Kommis-sion zugestimmt. Da keine qualifi-zierte Mehrheit zustande gekom-men war, lag die Entscheidung am Ende wieder bei der EU-Kommis-sion.

Norman Hanert

nen künftig aus den Haushaltsdefi-ziten heraus zu rechnen.

Derweil verschlechtert sich die Lage Frankreichs zusehends. Wäh-rend Präsident François Hollande sich zur Geisel seiner unsinnigen Wahlversprechen gemacht hat, rutsch Frankreich immer tiefer in eine Wirtschaftskrise. Nicht mehr zu kaschieren ist inzwischen, dass sich die „Grand Nation“ längst nicht mehr auf Augenhöhe mit Deutschland befindet. Dass in die-ser Situation Gedankenspiele von einem „Lateinischen Imperium“ unter französischer Führung Wiederauferstehung feiern, ist kaum verwunderlich.

Tatsächlich bleibt aber der Philo-soph Agamben die Antwort auf die wichtigste Frage im Zusammen-hang mit seiner Idee einer Union der Südeuropäer schuldig: Auf welchen wirtschaftlichen Grundla-gen soll der Traum vom Lateini-schen Imperium stehen? Wer soll für das Experiment zur Konservie-rung der südeuropäischen Lebens-weise bezahlen? Präsident Charles de Gaulles war bei seiner Macht-übernahme immerhin klug genug, Kojèves Pläne im Schubfach ver-schwinden zu lassen. Richtig er-kannt hatte er, dass sich Frankreich über die „europäische Integration“ Zugriff auf die deutsche Wirt-schaftskraft sichern muss, wenn es als Weltmacht auftreten will. N.H.

Vettern, Feigheit und Blödheit

Von THEO MAASS

Eine Affäre geht um in Deutschland. Die Beschäftigung von Familienangehörigen durch Landtagsabgeordnete und Minister erst in Bayern und nun überall steht in der Kritik. Horst Seehofer begegnete den Vorwürfen defensiv und versprach „Aufklärung und strikte Konsequenzen“. War das klug?

Vor einigen Tagen erreichte der Vorwurf, Verwandte oder andere nahestehende Personen zu beschäftigen, auch die Berliner Piratenpartei. Doch sie wären nicht die „Piraten“, wenn es sich bei ihnen um Ehepartner oder richtige Verwandte, statt um „Beziehungskisten“ handelte. Christopher Lauer, der Co-Fraktionsvorsitzende, ist Gerüchten zufolge der Lebensabschnittsgefährte der Mitarbeiterin der Piratenabgeordneten Susanne Graf, deren Mutter, Chris Linke, Pressesprecherin der Fraktion ist. Graf wiederum war im November 2011 in die Kritik geraten, weil sie mit ihrem persönlichen Mitarbeiter Tisch und Bett teilte. Lauer mag sich die nebulöse Verbreitung von Gerüchten nicht länger bieten lassen, ging dieser Tage in die Öffentlichkeit und drohte den Denunzianten mit Fraktionsausschluss.

Graf beklagt nun, Lauer schaffe ein „Klima der Angst“. Ein politisches Anliegen hat die vermeintliche Protestpartei offenbar keines. Nicht einmal bei der Treibjagd gegen den CDU-Staatssekretär Michael Büge wegen seiner Mitgliedschaft in der Burschenschaft Gothia (die PAZ berichtete) waren die Piraten mehr als ein Anhängsel der SED-Erben und Grünen. Die Ausdehnung des Beschäftigungsverbots auf „Lebensabschnittsgefährten“ macht die Fragwürdigkeit der ganzen Angelegenheit klarer, die offenbar von einigen bayesischen Regionalmedien thematisiert wurde, um Wahlkampfhilfe für Rot-Grün zu leisten. Mit welchem Recht maßt sich der Gesetzgeber die Diskriminierung von Kindern und Ehegatten an? Selbst Reichskanzler Otto von Bismarck beschäftigte seinen eigenen Sohn Herbert von Bismarck als Staatssekretär. Er wird schon gewusst haben, warum.

Vielleicht hätte Horst Seehofer besser, dieses Beispiel nehmend, offensiv mit der „Affäre“ umgehen sollen, statt weinerlich und schuldbewusst „Aufklärung und strikte Konsequenzen“ anzukündigen. Dabei ist die Frage, wen man als Politiker mit Hilfs- und Zuarbeiten betrauen kann, ein weites Feld. Es handelt sich um eine Vertrauensstellung. Und dabei gibt es durchaus gute Gründe, Verwandte mit der Bearbeitung sensibler Aufgaben zu betrauen. Ob Christopher Lauer der Name Otto von Bismarck etwas sagt, weiß man nicht. Es ist auch nicht mehr so wichtig, weil die Piratenfraktionäre vermutlich 2016 das letzte Mal ihre Diät überwiesen bekommen.

Linksruck zum Jubiläum

SPD: Linker Flügel bestimmt Kandidaten der Hauptstadt zur Bundestagswahl



Will unbedingt Nachfolger von Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit werden: Jan Stöß (l.), hier mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Raed Saleh

Bild: pa

Berlins SPD-Landesspitze rückt nach links. Der als Nachfolger von Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) gehandelte Parteilinke Jan Stöß besetzt gegen die bisherige Praxis freier Abstimmung die ersten acht Plätze der SPD-Landesliste zur Bundestagswahl vorab, und zwar vorwiegend mit Parteilinken.

Am vorvergangenen Mittwoch stimmte der Landesvorstand mit einer Mehrheit von 21 gegen zwei Stimmen bei zwei Enthaltungen der neuen Liste zu – grünes Licht für den Linksruck per Liste. Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß und der SPD-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus Rahed Saleh werden bereits als „Wowereits Erben“ („Berliner Morgenpost“) gehandelt. Der Noch-Bürgermeister ist nach dem BER-Desaster schwer angeschlagen. Bei der jüngsten Stippvisite des neuen, noch ungekürzten Führungsduos vom linken Flügel in Wien informierten sich beide über den sozialen Wohnungsbau. Das Signal war klar: Einer von beiden ist bald Bürgermeister einer auf soziale Themen zentrierten Berliner SPD. Zwar sitzt Wowereit offiziell bis 2016 im Amt, doch die übliche Amtsübergabe vor dem Wahltermin kann nicht mehr fern sein, so das Kalkül der zwei. Die SPD muss rechtzeitig einen Nachfolger küren, denn infrage kommende Kandidaten sind dem Wähler eher unbekannt, der Zorn auf Wowereit indes groß. Zudem birgt die große Koalition das Risiko eines vorzeitigen Ausstiegs des Partners CDU. Und so braucht die SPD neue

Führungsgesichter, als die Wowereit Stöß und Saleh schon mit einem gemeinsamen Positionspapier geadelt hat.

Stöß droht nun Saleh ganz ohne den befürchteten Machtkampf links zu überflügeln. Den galt es zu meiden, stützen sich doch beide auf beinahe deckungsgleiche SPD-Kreise. Andererseits ist die SPD-Linke aktiver denn je: In der „Berliner Linken“ (BL) organisiert, versteht sie sich als „Teil der organisierten SPD-Linken auf Bundesebene (Forum DL/21)“. Stöß ist offiziell Sprecher der BL. Und die neue Linksausrichtung bringt die SPD auf Bundesebene bereits der Linkspartei näher. Die kündigte an, Peer Steinbrück als SPD-Kanzlerkandidaten bei einer Aufhebung der Agenda 2010, also der SPD-Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der Kanzlerzeit Gerhard Schröders (SPD), zu unterstützen.

Für das Land Berlin ließe sich mit dem Aufstieg der SPD-Linken eine noch größere rot-rote Schnittmenge schaffen: Gegen Rente mit 67, für die Vermögenssteuer sowie höhere Unternehmens- und Erbschaftssteuern. All das, erweitert um soziale Wohnungspolitik, schwebt auch den Spree-Linken der SPD vor. Die Kandidatenliste vereint nun die Fäden in Stöß’ Händen, stiftet er doch den Kompromiss für das gemeinsame Auftreten der Ber-

liner SPD bei der Bundestagswahl im Herbst. Der Verwaltungsrichter bezog dabei bewusst umstrittene Parteifreunde ein.

So steht Klaus Mindrup, der gern als linker Öko-Sozialist auftritt, für Pankow auf der Liste. Die „Prenzelberger Stimme“ legt ihm zur Last, in Mecklenburg als Investor mit Geschäftsfreunden wenig an der Umwelt interessiert gewesen zu sein. Gut 26 Hektar Land wurden demnach aus einem Naturschutzgebiet herausgelöst,

nachdem Mindrups Freunde dort investieren wollten. Er selbst wirbt jetzt für seine Kandidatur zum Bundestag mit Geschäften aus der Zeit um 1995. „Also genau in jenem Jahr, in dem Klaus Mindrup mit seinen Firmen GeLaTec und Illex Pleite ging“, so die Internetpublikation. Das angeschlagene Bild vom linken Macher hindert Mindrup nicht, sich einen Platz als Bundestagskandidat zu sichern. Bei der Direktkandidatenwahl in Pankow machte der Stöß-Mann jetzt das Rennen gegen die bundespolitisch erfahrenere Leonie Gebers, obwohl sich die Basis zuvor in einer Befragung genau anders entschieden hatte. Gebers war als Repräsentantin der Bürgerlichen allerdings chancenlos. Mindrup hingegen hatte im Januar bereits den Alt-Linken und Bundestagsvizepräsidenten Wolfgang

Thierse aus dem Rennen geworfen. Thierse nahm so nicht einmal am Entscheid um den Bundestagskandidatenplatz teil – gut für Stöß.

Auch sonst stehen auf Stöß’ Liste Linke, die im Bündnis mit ihm aufsteigen oder ihren Platz halten: Allen voran wird die Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss, Eva Högl, als „gläserne Abgeordnete“ (Eigenjargon) die Liste der SPD-Kandidaten anführen. Die als rau im Umgang geltende ehemalige Frauenbeauftragte der Charité, Mechthild Rawert, tritt für Tempelhof-Schöneberg an und ist ebenfalls eine Linke. Die Vorstandsreferentin bei Volkswagen Cansel Kiziltepe steht für Friedrichshain-Kreuzberg auf der Liste. Die unter anderem von der AG Migration Vorgeschlagene gibt den jüngst verstorbenen linken SPD-Sozialpolitiker Ottmar Schreiner als „Ziehvater“ an. Den Rechtspolitiker Fritz Felgentreu aus Neukölln nahm Stöß in seine Liste, weil er an dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der Berliner SPD kaum vorbei konnte. Neben Swen Schulz (Spandau/Charlottenburg Nord) ist er der einzige Nicht-Linke. Die Friedensaktivistin Ute Finckh-Krämer folgt auf Platz 7 und auf Platz 8 tritt Matthias Schmidt, Verwaltungsbeamter und Bezirkspolitiker aus Trepow-Köpenick, dort für die SPD gegen Gregor Gysi („Die Linke“) an. Schmidt hatte zuvor im Bezirk Reinhold Robbe, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und Kandidat des rechten Flügels, hinter sich gelassen.

Sverre Gutschmidt

Den Toten zu Ehren

Briten sorgen für ihre Kriegsgräber auf dem Friedhof Stahnsdorf

Hundert Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges sollen im Jahr 2014 die britischen Kriegsgräber auf dem Stahnsdorfer Friedhof umfassend restauriert sein. Unweit der Berliner Stadtgrenze ruhen auf dem Südwestkirchhof Stahnsdorf über tausend Soldaten aus Commonwealth-Staaten. Bestattet wurden sowohl Bodentruppen aus England als auch Matrosen aus Indien und Neuseeland, die als Kriegsgefangene während des Ersten Weltkrieges in Lazaretten oder Gefängnissen der deutschen Armee in den brandenburgischen Provinzen gestorben waren.

Im Auftrag der „Commonwealth War Grave Commission“ haben inzwischen belgische Fachkräfte mit der Generalüberholung der Torbauten vor dem Soldatenfriedhof begonnen. Folgen wird eine komplette Erneuerung des Rauns, das Aufstellen von 250 neuen Grabsteinen und der Bau eines

maulwurfsicheren Zauns. Für deutsche Verhältnisse erstaunlich ist, welchen Wert die Briten auf die Pflege ihrer Soldatengräber legen: Der Friedhof gilt als hervorragend gepflegt, schon vorhanden ist etwa ein automatisches Bewässerungssystem, das für ei-

Immer öfter kommt es zu Diebstählen und Grabschändungen

nen perfekten Rasen sorgt. „Das sah aus wie geleckte“, so Friedhofsverwalter Olaf Ihlefeldt gegenüber den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“. Über die Kosten der nun begonnen Sanierung wird bei der „War Grave Commission“ geschwiegen, auszugehen ist von einer Summe von mehreren Hunderttausend Euro. Wesentlich unerfreulicher klingen die Nachrichten, die erneut

vom übrigen Teil des Stahnsdorfer Friedhof südwestlich von Berlin kommen. Immer schwieriger wird es, Metalldiebe von dem 200 Hektar großen Friedhofsgelände fernzuhalten. Bereits zum dritten Mal ist nun die Kupferabdeckung des kunsthistorisch bedeutenden Christusdenkmals gestohlen worden, die erst in den vergangenen zwei Jahren mit Spendengeldern restauriert worden war. Die Diebstähle auf dem Südwestkirchhof Stahnsdorf entwickeln sich inzwischen zu einer „regulierten Plünderung und Grabschändung“, so Friedhofsverwalter Ihlefeldt. Sollte keine Lösung zur Überwachung des dicht bewaldeten Waldfriedhofes mit zahlreichen Gräbern prominenter Deutscher gefunden werden, droht ein entscheidender Teil des kunsthistorischen Gutes auf dem Südwestfriedhof in den kommenden Jahren verloren zu gehen, so die Befürchtung der Friedhofsverwaltung. N.H.

Kirche bröckelt

Schwund bei Mitgliederzahl und Bausubstanz

Die Hauptstadt erhebt seit Mai eine Gebühr für den Kirchenaustritt. „Die Kündigung bei Gott kostet nun 30 Euro“ textete die Zeitung „Bild“. Der Senat begründet die Gebühr mit hohen Verwaltungskosten. Zugleich gehen vielen Gemeinden Geld und Mitglieder aus. In Kreuzberg

Selbst Fusionen helfen nicht

schärft. Wie hoch die Zahl der Ausgetretenen wirklich ist, lässt sich gerade in Berlin nur ungefähr bestimmen, da viele ihren Austritt bisher nur mündlich erklärten, besonders in der DDR. Berliner Anwälte halten den Steuerbehörden des Landes nun vor, auch Jahre nach dem Austritt noch Unterlagen zu verlangen, um im Zweifelsfall Steuern nachzufordern. Wer nämlich keine Papiere zum Austritt hat, muss zahlen. SV

stanz. Herabfallende Steine, feuchte Wände und Schimmel sorgen für einen Sanierungsbedarf von 500 000 Euro. Die Gemeinde hat nicht das Geld, um diese Folgen schlechter Baumaßnahmen aus DDR-Zeiten zu beheben.

Kirchenaustritte betreffen derweil weiter beide großen christlichen Konfessionen, und die Zahl der Austritte bleibt auf hohem Niveau, was den Kostendruck verschärft. Wie hoch die Zahl der Ausgetretenen wirklich ist, lässt sich gerade in Berlin nur ungefähr bestimmen, da viele ihren Austritt bisher nur mündlich erklärten, besonders in der DDR. Berliner Anwälte halten den Steuerbehörden des Landes nun vor, auch Jahre nach dem Austritt noch Unterlagen zu verlangen, um im Zweifelsfall Steuern nachzufordern. Wer nämlich keine Papiere zum Austritt hat, muss zahlen. SV

Symbolpolitik mit Verfassung

Brandenburgs Landtag diskutiert über eine neue Antirassismusklausel in der Landesverfassung. SPD, „Die Linke“, FDP und Grüne wollen noch diesen Monat zwei Artikel ändern. In Artikel 2 wollen die Befürworter der Klausel folgenden Satz einfügen: „Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen.“ In Artikel 12 soll zudem der Begriff „Rasse“ mit „aus rassistischen Gründen“ ersetzt werden. Brandenburg ist das zweite Bundesland, das entsprechende Vorschläge des Deutschen Instituts für Menschenrechte umsetzt. Das Institut will den Begriff „Rasse“ aus Gesetzen tilgen. Die CDU-Fraktion kritisierte die „Symbolpolitik“ und regte an, lieber in politische Bildung zu investieren. „Unsere Landesverfassung verbietet mit dem eindeutigen Verfassungsgebot ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar‘ jeglichen Rassismus und Extremismus“, so Björn Lakenmacher. SV

Zeitzeugen



Wolfgang Schäuble – „Diesmal werde ich nicht mit dem Scheckbuch kommen.“ Mit diesem markigen Satz begleitete der heutige Finanzminister 1994 den Einsatz deutscher Soldaten unter dem Blauhelmmandat der Uno, der sie in den Balkan führte. Damals war er Fraktionschef der CDU und folgte der Linie von Bundeskanzler Helmut Kohl. Kohl strebte an, in der neuen Weltordnung gleichberechtigt zu agieren und an internationalen Friedensmissionen teilzunehmen. Noch im vorausgegangenen Golfkrieg 1991 hatte sich die Bundesrepublik aus der aktiven Teilnahme „herausgekauft“.



Ban Ki-moon – Der 1944 geborene südkoreanische Diplomat bestimmt seit 2006 als Generalsekretär der Vereinten Nationen mit über den Einsatz von Blauhelmen zur Friedenssicherung in aller Welt. 2004 war er Außenminister Südkoreas. 2007 entkam er im Irak nur knapp einem Terroranschlag von Islamisten. Er tritt vehement für die Abschaffung von Atomwaffen ein und hat sich stets für eine Verständigung mit dem kommunistischen Terrorregime im nördlichen Nachbarland Nordkorea eingesetzt.

Manfred Eisele – Der 1938 in Gdingen geborene Generalmajor der Bundeswehr, diente im Nato-Hauptquartier in Belgien, stand später in Diensten der Vereinten Nationen, war oberster militärischer Berater von Ki-moons Vorgänger Kofi Annan und arbeitete an verantwortlicher Stelle im Referat Friedenssicherung am Einsatz der Blauhelme mit. Er trat 1998 in den Ruhestand.



Thom Karremans – Der 1948 geborene niederländische Offizier machte im Bosnienkrieg international Schlagzeilen, als er 1995 eine 400 Mann starke holländische Blauhelmtuppe kommandierte, die zum Schutz der Zone Srebrenica abkommandiert war. Er forderte Luftunterstützung an, die aber ausblieb. Die Folge war das von dem bosnisch-serbischen Kriegsverbrecher Ratko Mladic befohlene Massaker an 8000 muslimischen Bosniaken. Die Niederländer zogen, unterlegen, ab und wurden später beschuldigt, durch Nichtverschreiben die Gräueltaten begünstigt zu haben.

Zahnloser Tiger

Friedensmissionen: Seit 65 Jahren entsendet die Uno Blauhelme in Krisengebiete

Der afrikanische Kontinent wird immer wieder von blutigen Konflikten geschüttelt und wird so zum Demonstrationsobjekt, wie wenig die UN-Friedenssicherung auszurichten vermag. Unlängst forderte Uno-Generalsekretär Ban Ki-moon beim Sicherheitsrat in New York die Entsendung von weiteren 1126 Soldaten für die seit Jahren krisengeschüttelte Grenzregion Abyei im Südsudan an. 4000 Blauhelme sind dort bereits stationiert, doch das Morden geht trotzdem weiter.

Der sogenannte Ausrottungsfeldzug im Südsudan forderte von 1955 bis 1972 rund eine Million Tote, der Massenmord in Biafra von 1967 bis 1970 zwei Millionen, die Kriege im Kongo von 1960 bis 1964 und der grauenvolle Völkermord von April bis Juni 1972 kosteten allein 100 000 Opfer. Es brodelte in Uganda, an der Elfenbeinküste, es herrscht Krieg in Somalia und Piraten verseuchen Afrikas Ost- und zunehmend auch Westküste, in Nigeria morden Islamisten. Die Liste scheint endlos. Und der Einsatz der Uno-Soldaten in diesen Gebieten ist manchmal nur

ein Ausdruck von Hilflosigkeit, wie etwa an der Elfenbeinküste, wo 8000 Blauhelme 2011 ohnmächtig zuschauten, wie sich verfeindete Parteien gegenseitig niedermetzelten. In Darfur mordeten und vergewaltigten die Milizen trotz einer Repräsentanz von zeitweise bis zu 26 000 Soldaten weiter. Denn die Blauhelme dürfen bei ihren „Peacekeeping Operations“ nur begrenzt Gewalt anwenden (Kapitel IV der UN-Charta). Demnach ist sie nur erlaubt, wenn die Truppe selbst attackiert wird.

Grund dafür sind rechtliche und praktische Probleme. Was die Soldaten und Polizisten wirklich dürfen, hängt vom jeweiligen konkreten Mandat ab, das ihnen vom Sicherheitsrat erteilt wird. Zu den Aufgaben zählen beispielsweise das Überwachen von Wahlen, das Räumen von Minen, die Beobachtung von Konflikten wie auf den Golanhöhen zwischen Israel und Syrien, die Ausbildung lokaler Sicherheitskräfte und der Schutz von

Zivilisten. Gerade aber das gelingt oft nur ungenügend.

Gegenwärtig sind weltweit 112 000 Blauhelme bei 19 Friedensmissionen in Aktion. Insgesamt gab es 65 solcher Missionen. Erstmals erfolgte 1948 ein Einsatz unbewaffneter Militärbeobachter im notorischen Dauerbrandherd Palästina. 1956 im Gefolge der

Suezkrise wurde dann eine bewaffnete Truppe ins Feld geschickt. Im Krisengebiet Kaschmir zwischen Indien und Pakistan befindet sich die Uno im Dauereinsatz, ohne den Konflikt lösen zu können.

Trotzdem verloren zahlreiche Soldaten bei den Einsätzen ihr Leben. So wurden bis 2009 etwa 2500 Mitglieder von Friedensmissionen getötet. Immer wieder kommt es, wie jetzt an den Golanhöhen, auch zu Entführungen und Geiselnahmen.

Die Armen sterben und die Reichen zahlen, so lässt sich die derzeitige UN-Politik deuten. Bangladesch hat 8826 Soldaten im Ein-

satz, Pakistan 8521, Indien 7812, Äthiopien 6514, Ruanda 4695, Nigeria 4741, das winzige Nepal 4456, Ghana 2829, die Bundesrepublik Deutschland 300. Die Kosten tragen mit 27 Prozent die USA, mit 12,5 Prozent Japan, knapp unter oder über acht Prozent Großbritannien, Deutschland und Frankreich, die Militärmacht China nur 3,9 Prozent.

Otfried Nassauer vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit sieht das Hauptproblem nicht bei den UN und ihren Blauhelmen, sondern beim Egoismus der UN-Mitgliedsstaaten: „Man darf die Uno nicht daran messen, was sie theoretisch kann, sondern daran, was man sie machen lässt.“

Der Haupteffekt des Einsatzes ist im besten Fall ein deeskalierender. Damit wurden auch Erfolge erzielt, etwa in Ost-Slawonien oder in Osttimor. In diesen Fällen erwiesen sich die Blauhelme als brauchbares Instrument des Krisenmanagements – allerdings kein perfektes. Soll in Zukunft eine Wirkung erzielt werden, sind dringende Reformen notwendig. *J. Feyerabend*

UN-Soldaten dürfen sich nur selbst verteidigen



Bild: action press

Sollen in Krisen-Regionen die Bevölkerung schützen: Viele Blauhelm-Soldaten stammen selber aus Krisen-Regionen

Beschützer mit Makeln

Selten sind Einsätze von Blauhelm-Soldaten von Erfolg gekrönt

Wo gehobelt wird, da fallen Späne, sagt der Volksmund. Im Krieg spricht das Militär von „Kollateral-Schäden“, wenn etwa Zivilpersonen bei Kriegshandlungen ihr Leben lassen. Dass aber ausgerechnet bei Friedensmissionen im Auftrag der Vereinten Nationen von den eingesetzten Blauhelmen selbst Unheil angerichtet wird, zeigt eine neue Dimension der Unmenschlichkeit. Hunderte von Dokumenten legen offen, wie die Weltorganisation bei über 60 Friedenseinsätzen mit 800 000 Blauhelmen gegen die Grundsätze der Menschlichkeit verstoßen hat. Darin ist die Rede von Vergewaltigungen, Gold- und Waffenhandel, Rohstoffausbeutung, Unterschlagung von Hilfsgütern zum eigenen Gewinn, von Frauenhandel, Kindesmissbrauch, Betrug und Bestechung. Im Kosovo beispielsweise wurden seit 2004 rund 40 Untersuchungen angestrengt. UN-Beamte bestätigten inzwischen 217 Vorwürfe von Vergewaltigung und Missbrauch von Kindern allein im Kongo.

Der Kosovo ist seit dem Einsatz der Truppe (KFOR) zu einem Schwerpunkt im Prostitutionsgeschäft geworden. Die registrierten

Bars mit Zwangsprostituierten nahmen von 18 im Jahr 1999 auf über 200 Ende 2003 zu. Verschärft wird diese Situation durch die Immunität der eingesetzten Soldaten.

Genauso gewichtig ist das Versagen der blauen Truppe auch auf anderen Teilen des Balkans, im Sudan und beim Völkermord in Ruanda. Auch in Somalia scheiterte

Mancher Retter wurde schon zum Täter

die Mission, das Land versank trotz Einsatzes im Chaos. Der seit 1974 anhaltende Einsatz zur Sicherung der syrisch-israelischen Waffenruhe auf den Golanhöhen kann ebenfalls kaum als Erfolg gelten. 21 philippinische Beobachter der sogenannten Undof-Mission wurden im März sogar von Islamisten entführt und erst Tage später in Jordanien freigelassen. Zwar werden rund 150 000 Mann als verfügbar gemeldet, oft aber wird von den Regierungen nur ein Bruchteil bereitgestellt. Unklare Befehlsstrukturen, Sprachbarrieren und mangelnde Zusammenarbeit führen zudem zu Organisationsdefiziten.

Eine „Humanitäre Intervention“, als die manche Mission deklariert wird, meint den Eingriff bewaffneter Truppen im Hoheitsgebiet eines anderen Staates. Das aber ist, streng genommen, nicht in der Charta der UN niedergelegt und verstößt gegen das Prinzip der Souveränität und ist völkerrechtlich unzulässig. Bei allem Reformwillen, die Handlungsspielräume der Uno sind wegen der unterschiedlichen politischen Interessen, etwa der USA, Chinas oder Russlands, beschränkt. Ihr Veto-recht kann alles blockieren, wie der Fall Syrien zeigt.

Gleichwohl hat das „System Blauhelm“ auch Erfolge zu verbuchen, beispielsweise in Osttimor, in Haiti, in El Salvador, in der Zentralafrikanischen Republik und in Sierra Leone. Immerhin erfolgen die Einsätze seit 1948 in den verschiedensten Konfliktregionen in aller Welt. Für ihr Engagement zur Sicherung des Weltfriedens erhielten die Blauhelme 1988 den Friedensnobelpreis. Die Verwendung der blauen Helme mit der weißen Aufschrift „UN“ erfolgte erstmals 1960 unter dem damaligen schwedischen Generalsekretär Dag Hammarskjöld. *J.F.*

Leihsoldaten zur Etatsanierung

Die derzeit rund 100 000 Blauhelm-Soldaten der Vereinten Nationen kommen zu einem großen Teil aus Asien: dort vor allen aus den Staaten Pakistan, Indien und Bangladesch. Besonders für arme Länder wie Nepal, Äthiopien, Ruanda, Nigeria und Ghana ist der Einsatz ihrer Streitkräfte unter UN-Kommando ein lukratives Geschäft. Denn die Uno bezahlt einen deutlich höheren Sold, als der Heimatstaat an seine Soldaten weiterleitet. Zudem erhoffen sich die Staatenführer einen Prestigezuwachs.

Die Industrieländer hingegen liefern lieber Geld als Soldaten: Insgesamt werden im laufenden Haushaltsjahr rund sechs Milliarden Euro veranschlagt. Die USA zahlen 27,1 Prozent davon,

Soldatenhandel ist ein gutes Geschäft

doch angesichts ihrer eigenen Militärausgaben in Höhe von fast einer halben Billion Dollar pro Jahr ist dieser Beitrag gering. Das vergleichsweise geringe Budget für die UN-Blauhelme und ihre Missionen spiegelt sich auch in deren veralteter Ausrüstung wider.

Soldatenhandel war in der Geschichte schon immer ein gutes Geschäft für die Regierenden und heute ist es fast ebenso. Hatten anfangs wohlhabende, westliche Nationen Truppen geschickt, so dominieren seit 1990 Entwicklungsländer oder solche, die große Armeen aufgebaut haben und diese von der Uno subventionieren lassen. Vor allem Indien, Pakistan und Nigeria nutzten die UN-Missionen hauptsächlich dazu, ihre Armeen zu unterhalten. Da die Uno etwa eine Million Dollar pro Bataillon im Monat bezahlt, wovon manche Staaten 50 bis 80 Prozent behalten, kommen bedeutende Summen zusammen. Bangladesch beispielsweise bekommt so pro Jahr von der Uno 300 Millionen Dollar überwiesen. *J.F.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:

Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbrief:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahltz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3206**

Es lebe das Klischee

Ein Herz für Frauen: Vor allem SPD und CDU/CSU kämpfen um die Stimmen weiblicher Wähler

Laut Bundeswahlleiter Roderich Egeler sind bei der Bundestagswahl am 22. September 61,8 Millionen Bundesbürger wahlberechtigt. Mehr als die Hälfte, nämlich 31,8 Millionen, sind Frauen. Um ihre Stimmen zu bekommen, verrenken sich vor allem die großen Parteien. So manche Peinlichkeit ist die Folge.

Obwohl Frauen die Mehrheit der Wahlberechtigten stellen, werden sie interessanterweise von allen Parteien immer wieder mit Minderheiten wie Migranten und Behinderten auf eine Stufe gestellt. Mit der Aussage, man setzte sich für Frauen, Migranten und Behinderte ein, wollen im Grunde alle Parteien ihre soziale Ader hervorheben. Wirklich glücklich gewählt sind derartige Formulierungen nicht und sie stoßen genau bei jenen Frauen auf Unmut, die derzeit alle Parteien im Visier zu haben scheinen, wenn sie das Thema Frauen behandeln: die karrierebewussten Akademikerinnen. Seit Monaten versuchen SPD und Grüne sich als besonders fortschrittlich zu präsentieren, in dem sie für eine staatlich vorgegebene Frauenquote in Aufsichtsräten sind. Und CDU und CSU rücken Stück für Stück nach, da sie überzeugt sind, so die Stimmen der Frauen gewinnen zu können. SPD und Grüne amüsierten sich samt der überwiegend linken Medien in Deutschland darüber, dass der Aufstieg von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Anhängerinnen, mit Hilfe der Opposition ihre Partei zu einer sofortigen Frauenquote zu nötigen, nicht gelang. Als modernisierungs- und frauenfeindlich wurde das Zögern der CDU dargestellt, die nun die Einführung einer Frauenquote ab 2020 prüft. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ fordern SPD und Grüne derweil im Gleichklang und stützen sich bei ihrer Forderung nur auf Studien, die außen vor lassen, dass Frauen insgesamt vor allem weniger verdienen, weil sie überwiegend freiwillig Teilzeit arbeiten



Für den Wahlkampf wichtiges Gruppenfoto: Merkel umringt von weiblichen Führungskräften Bild: M. Hiti/CommenLens

oder sich oft eine berufliche Auszeit für die Kindererziehung gönnen und häufig auch soziale Berufe haben, die einfach weniger Geld einbringen. Doch die Gründe, warum Frauen weniger verdienen, passen nicht so gut zum Klischee der diskriminierten Frau, deswegen werden sie ignoriert. Mit der Forderung nach dem Ausbau der Kinderbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf können sich Grüne und SPD nicht von CDU/CSU und FDP absetzen, denn das fordern diese ebenfalls. Allerdings bieten die beiden Oppositionsparteien zu dieser Forderung noch ein Umerziehungsprogramm für die Männer, die Gesellschaft und die Wirtschaft. „Wir brauchen eine Revolution im Verhältnis der Geschlechter untereinander und bei der Verbindung von Familie und Arbeitswelt – auch dafür treten wir als Grüne und SPD an“, so SPD-Chef Sigmar Gabriel und Grünen-Chefin Claudia Roth im März.

Derweil bemüht sich SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück immer wieder, die Herzen der Frauen zu gewinnen. Laut seiner Partei sind diese unter anderem bei einem Treffen des „Roten Frauensalons“ zu finden. Auch die Veranstaltung „Spitzenfrauen fragen Spitzenkandidat“ wurde organisiert, bei der der Landfrauenverband, der Juri-

Wenn es nach Parteien geht, sind Frauen alle karrierebewusst

stinnenbund und der „Verband Erfolgsfaktor Frau“ mit Steinbrück ins Gespräch kamen. Doch beide Veranstaltungen verliefen Medienberichten zu Folge steif. Selbst bei politisch interessierten Frauen kommt Steinbrücks hanseatisch-nüchterne Art nicht an. Das setzt die Partei unter Zugzwang. Während Bundeskanzlerin und CDU-

Chefin Angela Merkel laut Umfragen bei der Kanzlerfrage bei den Frauen über 60 Prozent Zustimmung erhält, liegt Steinbrück bei knapp über 20 Prozent. Merkel wirkt einfach authentischer, wenn sie, wie Anfang Mai geschehen, sich 75 weibliche Führungskräfte aus Wirtschaft, Kultur, Verwaltung und Forschung ins Kanzleramt bestellt oder einen Besuch bei der Chefredakteurin der Frauenzeitschrift „Brigitte“ absolviert und ein wenig über Frau-Sein und Karriere plaudert. Steinbrücks Vorwurf, Merkel würde über einen Frauenbonus verfügen, wurde zwar kritisiert, vor allem von Grünen-Chefin Claudia Roth, ist aber nicht ganz von der Hand zu weisen. Allerdings hatte die SPD, als sie in den 70er, 80er und 90er Jahren bei den Frauen hoch im Kurs stand, auch stets Männer als Spitzenkandidaten. Doch seit einigen Jahren wenden sich vor allem junge Wählerinnen – so ihr Herz denn nicht für die Grünen schlägt, die doch die

Umwelt und so schützen – wieder vermehrt der offiziell als konservativ eingestuft CDU zu. Das versteht man bei der SPD überhaupt nicht, meint man doch mit Frauenquote, Abschaffung des von der schwarz-gelben Regierung eingeführten Betreuungsgeldes, Reform des Ehegattensplittings und einem zur Hälfte aus Frauen bestehenden Kompetenzteam viel besser den Wünschen der jungen Frauen entgegenzukommen. Erstaunlicherweise scheinen im Kern alle Parteien überzeugt, dass Frauen in Deutschland jung, gebildet und karrierebewusst seien. Zwar erwähnt man bei der SPD hin und wieder noch die „Kassiererin“ und die „Krankenschwester“, doch diese Gruppe steht nicht im Fokus des Wahlkampfes. Dass Politiker, die schließlich auch aus ihrem Alltagsleben wissen müssten, dass es nicht „die“ Frau gibt, offenbar nur eine sehr enggefassete Zielgruppe ansprechen, ist erstaunlich. Dabei hat die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung den Studien-hörigen Politikern bereits vor Jahren attestiert, dass es beispielsweise auch das „christliche Müttersegment“ oder das „traditionelle Witwensegment“ gibt, doch diese Gruppe spricht allenfalls noch die CDU im Zuge der Mütter-Rente an – über ihren hessische Ministerpräsidenten Volker Bouffier. Dieser wurde letzts vom „Spiegel“ dafür verhöhnt, dass er zum Muttertag eine alte Dame umschmeichelt hat und sich von Blumen umrankt mit ihrem Kopf an seiner Schulter hat ablichten lassen.

Rebecca Bellano

MELDUNGEN

Draghi meidet Karlsruhe

Karlsruhe – Im Juni beschäftigt sich das Bundesverfassungsgericht nicht nur mit den Klagen gegen den Euro-Rettungsfonds ESM, sondern auch mit der Frage, ob die unbegrenzten Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) mit der geltenden Rechtslage vereinbar sind. Hierzu sind für den 11. und 12. Juni Experten von Bundesbank und EZB geladen. Während die Bundesbank ihren Präsidenten Jens Weidmann schickt, hat sich EZB-Präsident Mario Draghi, der nicht in Deutschland auf die „Anklagebank“ wollte, entschieden, EZB-Chefvolkswirt Jörg Asmussen zu schicken. Asmussen, langjähriger Studienfreund von Weidmann, soll nun dessen EZB-Kritik als falsch bezeichnen.

Bel

Bedrohlicher Investitionsstau

Frankfurt am Main – Trotz besserer Finanzlage würden deutsche Kommunen ihre Investitionen weiter in die Zukunft verschieben. Dies ergab eine Umfrage bei 526 Gemeinden, Städten und Kreisen des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) im Auftrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Besonders groß sei der insgesamt 128 Milliarden Euro umfassende Investitionsstau in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur und Schulen. Wer sich heute nicht auf diese Zukunft vorbereite, werde morgen zu den Verlierern gehören und damit letztlich den Wohlstand, aber auch die Tragfähigkeit des Sozialstaates gefährden, kommentierte der Deutsche Städte- und Gemeindebund die Ergebnisse der Umfrage. Der Investitionsstau sei zudem nicht nur ein Ärgernis für die Bürger, die sich über marode Straßen, schlecht ausgestattete Schulen und fehlende Breitbandanschlüsse beschwerten, sondern stelle zusehends auch eine Belastung für den Wirtschaftsstandort Deutschland dar.

Bel

Verkannte Verharmlosung

Debatte um Stasi-Mitarbeiter spielt Gregor Gysi in die Karten

Die Linke“ will ein neues Bild des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (Stasi) etablieren und erhält ausgerechnet Argumente aus dem Umfeld der Stasi-Unterlagenbehörde. Die Bundesregierung hält hingegen im aktuellen Streit um die Zahl der Stasi-IM an den überlieferten Zahlen fest – noch. Der einstige DDR-Geheimdienst bleibt ein brisantes Thema mit viel Aufklärungsbedarf: Sorgen unlängst von der Stasi dokumentierte heimliche Medikamententests westlicher Pharmakonzerne an DDR-Bürgern für Aufsehen, so ist nun ein Streit um die offizielle Zahl der Stasi-Täter entbrannt. Ausgelöst hat ihn Ilko-Sascha Kowalczyk, Fachkoordinator der Abteilung Bildung und Forschung der Stasi-Unterlagenbehörde (BSTU). In seinem 427-seitigen Buch „Stasi Konkret“ fordert er eine „Generalinventur“. „Über den Verdacht, die DDR zu beschönigen, ist Ilko-Sascha Kowalczyk, 45, erhaben“, schrieb „Spiegel Online“ bei Erscheinen des Werks vor wenigen Wochen. Seit 2001 arbeitet der Wissenschaftler mit Leitungsfunktion bei der BSTU und hat viel beachtete Veröffentlichungen zum Thema herausgebracht. Sein neuestes Werk ist indes keine offizielle Publikation der Behörde. Kowalczyk zweifelt darin

die Gesamtzahl von 189 000 Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) an. Manche Mitarbeiter seien seinerzeit doppelt erfasst worden, andere haben ausschließlich ihre Wohnung zur Verfügung gestellt.

Unbestritten ist in der Forschung, dass die Stasi ein dichtes Netz getarnter Wohnungen für konspirative Treffen unterhielt. Allein in Cottbus haben Forscher rund 780 solcher Treffpunkte gezählt. Mehr als 200 davon wurden

Wohnungen wurden schließlich nicht irgendwem überlassen

1989 gleichzeitig genutzt. Die Stasi stellte dort nicht nur Quittungen für Hausschuhe und andere heimelige Gegenstände zwecks Tarnung aus, hier besprachen sich Führungsoffiziere, hier plauderten IM Vertrauliches über Nachbarn und Arbeitskollegen aus, die dafür ins Gefängnis gingen. Kowalczyks Arbeit droht somit falsche Akzente zu setzen, denn der Stasi eine Wohnung zu überlassen, war keine freundliche Geste. Rund 30 000 solcher IM zur „Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens“ zählte die Stasi in der Endphase ihres Daseins insge-

samt. Kowalczyks Buch durchkreuzt entsprechend die offiziellen Forschungen der BSTU. So zieht er auch die Zurechenbarkeit der gesellschaftlichen Stasi-Mitarbeiter (GMS) in Zweifel, die als Kader- oder Betriebsleiter per amtlicher Funktion der Stasi berichteten. Brisant ist eine solche Abstufung der Täter, weil sie auch die Taten zu relativieren droht, vor allem aber wegen aktueller rechtlicher Auseinandersetzungen um die Stasi-Mitarbeit von Politikern der Partei „Die Linke“. Kowalczyks angesehener BSTU-Kollege Helmut Müller-Enbergs sagte bereits, Gregor Gysi, „der möglicherweise in den Akten als GMS ‚Gregor‘ genannt“ werde, werde sich vielleicht „herzlich bedanken“. Die Bundestagsfraktion der „Linken“ griff die Arbeit jedenfalls auf, um die Bundesregierung mit einer kleinen Anfrage zur Zahl der Stasi-Mitarbeiter zu beschäftigen. Die Antwort der Regierung verwies vor allem auf den privaten Charakter des Kowalczyk-Buches und stellte zudem klar, es sei „nicht entscheidend“, in welcher „formalen oder statistischen Kategorie das MfS die Person geführt hat“. Die Zahl 189 000 IM entspreche zudem dem „bisherigen Forschungsstand“. Auch rechtlich ist die Lage demnach klar – wer sich verpflichtete, zählt. SV

Anzeige

**COMPACT-Werkstatt Geld**
Was kommt nach dem Euro?



Experten diskutieren die Alternativen der Zukunft: Wilhelm Hankel, Andreas Popp, Wolfgang Berger, Oliver Janich, Andreas Rieger, Abdullah Seymour, Jürgen Elsässer.

Samstag, 22. Juni 2013, 9 bis 18 Uhr
Berlin, Halong Hotel/Viethaus, Leipziger Str. 54/55

Jetzt anmelden und Frühbucher-Rabatt nutzen: compact-magazin.com/werkstatt-geld/

gleich anmelden • www.compact-magazin.com
oder anrufen • 03327 569 86 13

MELDUNGEN

Keine vierte Amtszeit

Moskau – Laut einer Umfrage des nichtstaatlichen Meinungsforschungsinstituts „Levada-Zentrum“ würden 55 Prozent der Russen 2018 lieber einen neuen Präsidenten sehen. Eine vierte Amtszeit für Wladimir Putin lehnen sie ab. 44 Prozent der Befragten wünschen sich von einem neuen Präsidenten mehr soziale Gerechtigkeit, 41 Prozent weniger Privatisierungen, 39 Prozent Bekämpfung der Korruption und nur 14 Prozent sähen die Kontrolle über die Gesellschaft lieber in den Händen von demokratischen Einrichtungen. Zwar ist die Ablehnung Putins in der Hauptstadt am höchsten, doch unterstützen nur 24 Prozent die Forderung „Putin soll gehen“. Einigkeit besteht darin, dass es zurzeit keinen geeigneten Kandidaten gebe, der Putin ersetzen könnte. *MRK*

Schlappe für Frankreich

Paris – Trotz scharfer Proteste aus Paris hat sich die Uno für die Unabhängigkeit von Französisch-Polynesien ausgesprochen. Eine von der Vollversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete Resolution sieht vor, dass das französische Überseegebiet im Pazifischen Ozean auf die Entkolonialisierungs-Liste der Uno gesetzt wird. Während Frankreich die Sitzung boykottierte, distanzierten sich die USA, Großbritannien und Deutschland von der Resolution, die von den Salomonen und anderen pazifischen Inselstaaten eingebracht worden war. In dem im 19. Jahrhundert von Frankreich annektierten Teil Polynesiens leben heute etwa 275 000 Menschen. Zu den mehr als 100 Inseln und Atollen des französischen Übersee-Territoriums gehört das Touristenziel Tahiti und das durch Atomwaffentests in den 1990er Jahren bekanntgewordene Mururoa-Atoll. *N.H.*

Chinas »Entwicklungshilfe« am Pamir

Tadschikistan überlasst dem Nachbarn umstrittenes Grenzland für großzügige Kredite und Infrastruktur

Ende Mai schloss die zentralasiatische Republik Tadschikistan eine wegweisende Vereinbarung über eine strategische Zusammenarbeit mit China. Für weitreichende Investitionen überlässt Tadschikistan dem Nachbarn eine 1500 Quadratkilometer große grenznahe Region zur Nutzung. Neben China ringen jedoch auch Russland und die USA um Einfluss in Zentralasien.

Das Pamirgebirge versorgt die zu seinen Füßen liegenden zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan mit Wasser. Weil dieses überlebenswichtige Element in der Region knapp und Grenzverläufe unklar sind, kommt es häufig zu Konflikten. Erst kürzlich gab es im Ferganatal eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Kirgisen und Tadschiken, bei der zwölf Menschen verletzt wurden. Zu Auseinandersetzungen ist es wiederholt auch an der kirgisisch-usbekischen Grenze gekommen, an der Usbekistan sogar Minen einsetzt, um unter anderem illegale Wasserentnahmen zu verhindern.

Außer Wasser bietet der Pamir weitere Schätze, die schon seit Ende der 90er Jahre Begehrlichkeiten bei den Chinesen wecken: Im Inneren des Gebirges lagern neben Uranreserven Gold-, Bauxit- und Asbestvorkommen sowie Bergkristalle und wertvolle Steine. Im grenznahen Sarykol-Gebiet, einer einsamen Steinwüste, leben nur wenige Menschen. Es sind Schäfer, die ihre Herden dies- und jenseits der Grenze weiden lassen. Sie leben von dem, was die Natur ihnen gibt, in ärmlichen Steinhütten, in denen sie Strom aus chinesischen Solarbatterien gewinnen. Auch alles andere beziehen sie aus China, weil es auf kirgischem Gebiet nichts zu kaufen gibt.

Anfang Mai lancierte die tadschikische Opposition Berichte über eine militärische Okkupation in der Region Murgab in die russischsprachige Presse. Chinesische Panzer seien etwa 20 Kilometer auf



Bauarbeiten im Pamirgebirge: Chinesische Firmen rücken weit auf tadschikisches Gebiet vor

tadschikisches Territorium vorge-drungen und hätten die einzige Straße im Gebiet besetzt. In Wahrheit handelte es sich um Lkws und Straßenbaumaschinen, die überall in der Region und legal arbeiten. Ähnliche Schreckensmeldungen über eine chinesische Expansion tauchen schon seit Jahren immer wieder auf. Dieses Mal handelte es sich um eine gezielte Attacke auf Präsident Emomali Rahmon. Kurz danach kursierte auf „YouTube“ ein Video, das Rahmon – angeblich betrunken – singend und tanzend auf einer Hochzeitsparty zeigte. Rahmon ließ daraufhin kurzfristig das Internet sperren. Im Herbst finden in Tadschikistan Präsidentschaftswahlen statt.

Rahmons Politik ist in der Tat wenig Glück beschieden. Das Land steht vor dem Bankrott. Um bei einem Bruttoinlandsprodukt von zirka 141 Euro pro Kopf überleben zu können, ist man auf ausländische Kredite angewiesen. Galt bislang Russland als wichtigster Investor und Handelspartner, beginnt Chi-

na Moskau den Rang abzulaufen. Ende Mai unterzeichnete Emomali Rahmon bei einem zweitägigen Besuch in China eine weitreichende Erklärung über die strategische Zusammenarbeit mit dem Nachbarn. Peking versprach eine Reihe

Zur Wahrung chinesischer Interessen verpflichtet

von Investitionen in die tadschikische Wirtschaft. Unter anderem wurde ein Vertrag über den Bau einer Öl-Raffinerie im Süden Tadschikistans geschlossen und ein Kredit über 140 Millionen US-Dollar für die Entwicklung eines gemeinsamen Unternehmens für die Goldgewinnung bewilligt. Überhaupt soll China größere Anteile an wichtigen tadschikischen Unternehmen erhalten. 2012 betrug der Warenumsatz mit China bereits 2,3 Milliarden Dollar. Duschambe

verpflichtete sich im Gegenzug, keiner politischen oder militärischen Union beizutreten, die nicht mit chinesischen Interessen korrespondiert.

Darüber hinaus hat Rahmon das Territorium im Sarykol-Gebiet gegen den Erlass von Schulden den Chinesen zur Nutzung überlassen, woraufhin der sozialdemokratische Politiker Rachmatillo Sojirow zur Schlammschlacht gegen den Präsidenten ausholte. Während der nun 20-jährigen Unabhängigkeit Tadschikistans hat China insgesamt 1500 Quadratkilometer von seinem Nachbarn erhalten. Eine Rückgabe ist höchst unwahrscheinlich, denn die Chinesen haben mit der Nutzung längst begonnen. Wohin man schaut, überall sind chinesische Bauarbeiten im Gange. Es sind chinesische Arbeiter, die mit chinesischem Geld Straßen, Tunnel, Brücken, Fabriken, Stromlinien und Handelsplätze schaffen. Seit Anfang des Jahres ist der Bau eines mit heimischer Kohle betriebenen Heizkraftwerks geplant, um von

Gaslieferungen aus Usbekistan unabhängig zu werden. Solche Infrastrukturobjekte sind für Tadschikistan überlebenswichtig. Ohne chinesisches Kapital kämen die Tadschiken nicht mehr aus. Chinesen halten 70 Prozent am Goldunternehmen „Sarafscho“ sowie bedeutende Anteile an der Aluminiumfabrik. Sie haben eine weitere Aluminium verarbeitende Fabrik gebaut, die ursprünglich der russische Konzern „Rusal“ fertigen sollte. Dabei nehmen die Chinesen tadschikischen Menschen keine Arbeitsplätze weg, sie füllen lediglich die freien Stellen derjenigen, die zum Arbeiten

Bild: laif

nach Russland gegangen sind.

In den vergangenen Jahren schwankte Tadschikistan zwischen einem Beitritt zur Zollunion mit Russland und der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Heute sind Duschambe und Peking SOZ-Mitglieder.

Doch auch Moskau lässt sich nicht kampflos aus der Region verdrängen. Am 8. Mai unterzeichnete Wladimir Putin eine Verlängerung der Vereinbarung über die Stationierung russischer Truppen in Tadschikistan. Ebenso interessieren sich die USA für das Land, denn vor dem Beginn des Truppenabzugs aus Afghanistan droht Kirgisien mit der Kündigung der Nutzung des Flughafens Manas, wohl, um einen höheren Pachtelös zu erzielen. Tadschikistan wittert eine neue Einnahmequelle und zieht in Erwägung, den Amerikanern seinen bislang von der russischen Armee genutzten Flughafen „Ajni“ zur Verfügung zu stellen. Die Entscheidung darüber steht noch aus.

Manuela Rosenthal-Kappi

Ohne echte Alternative

Iran: Wächterratt lässt nur wenige Kandidaten zur Präsidentenwahl zu

Am 14. Juni wird ein Nachfolger für den iranischen Staatschef Mahmud Ahmadinedschad gewählt, der nach zwei Amtszeiten nicht erneut kandidieren darf. Für seine Nachfolge gab es fast 700 Bewerber, darunter auch 30 Frauen. Der Wächterratt – ein nicht gewähltes Gremium, dessen zwölf Mitglieder, sechs Juristen und sechs Geistliche, vom geistlichen Oberhaupt des Landes, Ayatollah Ali Chamenei, direkt oder indirekt ernannt werden – hat nur acht Kandidaten zugelassen, alleamt vertreten sie das Regime und nicht das iranische Volk, allerdings unterscheiden sie sich in Nuancen. Einen Favoriten gibt es nicht.

Der bekannteste unter den zugelassenen Kandidaten dürfte der ehemalige Außenminister Ali Velayati sein. Auch Mohammed Bagher Ghalibaf, der bereits 2005 Ahmadinedschad als Bürgermeister von Teheran nachgefolgt war, befindet sich unter den Kandidaten. Said Dschalili ist mit 48 Jahren der jüngste unter den Kandidaten, er war ab 2005 Vize-Außenminister des Iran und leitete zeitweise die Verhandlungen mit der EU über das iranische Atomprogramm. Mohammed Reza Aref gilt als einer der beiden politischen Reformer. Auch der ehemalige Atomunterhändler Hassan Ruhani, der zum engsten Kreis um Ayatollah Khomeini

gehörte, hat sich dem gemäßigten Lager zugewandt. Er versprach eine Bürgerrechtscharta und bessere Beziehungen zum Westen bei einem Wahlsieg.

Neben Davood Ahmadinedschad, den älteren Bruder des scheidenden Präsidenten, hat der Wächterratt auch Akbar Haschemi Rafsandschani, der zwischen 1989 und 1997 bereits einmal Präsident

Das Duell Klerus gegen Nationalist fällt aus

des Iran war, von der Wahl ausgeschlossen. Rafsandschani war einer der Gründerväter der Islamischen Republik im Jahr 1979, die ihm zu einem Milliardenvermögen verhalf. Er war mit der Entwicklung des Irans unter Ahmadinedschad nicht einverstanden und kritisierte unter anderem die Niederschlagung der Proteste 2009. Er plädiert für eine Lösung des Atomstreits mit dem Westen. Rafsandschani galt im Vorfeld als der Bewerber, der am ehesten die Stimmen aus dem Reformlager hätte einsammeln können.

Der Wächterratt lehnte auch Esfandiar Rahim Maschaei ab, den Wunschnachfolger des scheiden-

den Präsidenten, der diesem nach dem Modell Putin die Option für eine erneute Kandidatur 2017 hätte offenhalten sollen. Maschaei ist seit Jahren ein enger Berater Ahmadinedschads, zudem ist Maschaeis Tochter mit dem Sohn des Präsidenten verheiratet. Bereits 2009 wollte Ahmadinedschad mit der Ernennung des Schwiegervaters seines Sohnes zum Vizepräsidenten dessen politische Karriere beschleunigen, scheiterte aber am religiösen Establishment.

Ahmadinedschad und Maschaei wollen den Einfluss des schiitischen Klerus zurückdrängen. Diese Haltung, die im Volk populär ist, ist eine Provokation für das religiöse Establishment um Chamenei. Ahmadinedschad hat die Entscheidung des Wächterrats verurteilt und angekündigt, dagegen vorzugehen. Nur noch Chamenei kann die Entscheidung des Wächterrats rückgängig machen. Rafsandschani hat das Ergebnis der Vorauswahl dagegen akzeptiert. Paradox ist aber, dass mit Rafsandschani eines der Schwergewichte der iranischen Revolution, das immer noch Vorsitzender des mächtigen Schlichtungsrates ist, der bei Problemen zwischen Regierung und Geistlichkeit vermitteln soll, an einer Kandidatur gehindert wurde. Dies lässt tief blicken in die politische Zerrissenheit des Irans. *B.B.*

Salafisten sorgen für Chaos

Tunesische Regierung tritt Islamisten erstmals entschieden entgegen

Im Februar war der bekannte tunesische Oppositionspolitiker Chokri Belaid vor seinem Haus erschossen worden, dies hatte einen Aufschrei in der politischen Landschaft verursacht. Belaid hatte sich für eine Trennung von Staat und Religion eingesetzt, während die Regierung unter dem Einfluss der Muslimbruderschaft immer mehr die Gewaltakte der Salafisten duldete. Drei Wochen später waren die mutmaßlichen Mörder verhaftet worden, die aus dem salafistischen Milieu stammten. Die säkulare Opposition bezichtigte die Regierung aus der konservativ-islamischen Partei Ennahda und zwei kleineren Parteien der Untätigkeit. Die Regierung musste zurücktreten, ein zaghaftes Umdenken im Umgang mit den Salafisten setzte bei der neuen Regierung ein.

Erst vor zwei Wochen war in Tunesien rund um den höchsten Berg des Landes, dem Djebel Chambi an der algerischen Grenze, ein Aufstand von Salafisten, die von Mali aus nach Tunesien zurückgekehrt waren, von der Armee niedergeschlagen worden. Die Waffen der islamistischen Rebellen stammten vermutlich aus Libyen. Hinter dem Aufstand stand die salafistische Gruppe Ansar al-Scharia, die offen für einen Gottesstaat in Tunesien eintritt, auf

Facebook-Seiten verbreitet sie Links mit Anleitungen zum Bombenbau.

Ein Kongress, den Ansar al-Scharia am Pfingstwochenende in der zentraltunesischen Stadt Kairouan, die für den Islam eine besondere Bedeutung hat, plante und zu dem die Gruppe 40 000 Teilnehmer erwartete, war vom Innenministerium verboten wor-

Ansar al-Scharia hat Regierung den Krieg erklärt

den. Die Gruppe wollte ihr Treffen trotzdem wie geplant stattfinden lassen. „Man brauche keine staatliche Erlaubnis, um Gottes Wort zu predigen“, argumentierte man. Anstatt Gottes Wort zu verkünden, flogen jedoch Steine und Brandsätze auf die Sicherheitskräfte. In einen Vorort von Tunis und in der heiligen Stadt Kairouan brannten die Barrikaden, solche Szenen hatte Tunesien seit dem Sturz von Diktator Ben Ali 2011 nicht mehr gesehen. Außer der Polizei waren auch Einheiten der Armee und der Nationalgarde im Einsatz.

„Wer nachweislich das Gesetz gebrochen hat, wird verfolgt“, sagte Tunesiens Premier Ali Lara-

yedh nach den Unruhen. Tunesische Internetseiten wurden nicht müde, Layedh daran zu erinnern, dass er es war, der die Salafisten durch Straflosigkeit einst ermutigte. Während seiner Zeit als Innenminister waren verhaftete Salafisten schnell wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Ennahda-Präsident Rachid Ghannouchi hatte sich vor den Krawallen noch mit der Führung der Salafisten getroffen und ihnen versichert weiter für die Islamisierung Tunesiens einzutreten.

Im Internet tauchte nach den Krawallen auch eine Unterstützerbotschaft des Terrornetzwerks al-Kaida für Ansar al-Scharia auf. Ihr Anführer, der ehemalige Afghanistankämpfer Saif Allah Bin Hussein, genannt Abou Iyadh, befindet sich seit einem Überfall auf die US-Botschaft in Tunis im September 2012 auf der Flucht, er gab sich in einer Botschaft an den verbotenen Kongress unbeindruckt: Trotz der „Verfolgung“ durch den Staat könnten seine Anhänger „nicht besiegt werden“, heißt es in einer auf der Facebook-Seite der Organisation veröffentlichten Audiobotschaft. Ansar al-Scharia hat der islamistischen Regierung damit den „Krieg“ erklärt. Die Regierung muss jetzt beweisen, ob sie es ernst meint mit der Rechtsstaatlichkeit. *Bodo Bost*

Geduldete Trickseriei

Ob Steuerflucht oder Geldwäsche, die EU und auch der Europarat schauten manches Mal nicht so genau hin

Eine Billion Euro entgehen den EU-Staaten jedes Jahr durch Steuerhinterziehung, so der alarmierende Befund der EU-Kommission. Verschwiegen wird allerdings, dass Brüssel dem Steuerdumping für Unternehmen lange Zeit sehr wohlwollend gegenüberstand.

Zumindest für Privatpersonen wird es bald eng, wenn sie dem Fiskus ein Schnäppchen schlagen wollen. Schon bis zum Jahresende soll in Europa das Bankgeheimnis komplett verschwunden sein, so der Beschluss der EU-Regierungschefs auf ihrem jüngsten Gipfel. Auch wenn Luxemburg noch auf eine Verzögerungstaktik setzt, das Bankgeheimnis steht in den 27 EU-Staaten und darüber hinaus in der Schweiz, Monaco und Liechtenstein vor dem Aus.

Während für Privatleute nun die letzten Schlupflöcher zugemacht werden und gleichzeitig in vielen Ländern kräftig die Steuer-schraube angezogen wird, ist man in Brüssel bei einem anderen Thema auffällig einsilbig: der Besteuerung von Großkonzernen. Ange-stoßen durch eine Untersu-chung des US-Senats, nimmt allerdings nun auch in Europa die Diskussion um die Steuerpraktiken von Konzernen Fahrt auf. Aktuell ist es mal wieder Irland, das im Zentrum der Kritik um Steuerdumping steht. Bei der Frage, warum der Hightech-Konzern Apple zwar regelmäßig Umsatzrekorde meldet, aber kaum nennenswerte Steuern zahlt, ist der US-Senat auf ein erstaunliches Phä-nomen gestoßen. Apple ist es durch eine Gesetzeslücke gelungen, quasi staatenlose Tochtergesellschaften zu etablieren.

Wie das Kunststück, nir-gendwo Steuern bezahlen zu müssen, konkret funk-tioniert, wird am Beispiel von „Apple Operations Interna-tional“ deutlich. In den USA

ist diese Tochterfirma von Apple nicht steuerpflichtig, weil die Firma in Irland ansässig ist. Irland will von der Firma allerdings auch keine Unternehmenssteuern. Die Gesellschaft werde von den USA aus geführt, so die Begründung in Dublin. Zusätzlich zu dieser eigen-artigen Rechtsauffassung, die Apple Milliarden an Steuerzah-lungen erspart, steht die irische Regierung auch noch wegen eines saftigen Steuerrabatts in der Kri-tik, die dem Mutterkonzern Apple zusätzlich eingeräumt worden sein soll. Statt der üblichen zwölf Prozent zahlt Apple in Irland lediglich zwei Prozent, so der Vor-wurf. Da ist der Verdacht nahelie-gend, dass Dublin zu Lasten ander-er EU-Länder und der USA Steu-erdumping betreibt, um Firmen und damit Arbeitsplätze nach Irland zu holen.

Tatsächlich spricht einiges dafür, dass derartige Steuerspar-strategien für Konzerne in der Vergangenheit von der EU sogar

EU segnete Steuerspar-Modelle zumeist ab

erwünscht waren. „Viele steuerli-che Anreize sind von den betei-ligten Staaten eingeführt und von der EU mit dem Ziel der Wirt-schaftsförderung strukturschwa-cher Gebiete abgesegnet wor-den“, so der Steuerrechtsexperte Ullrich Fechner im „Handels-blatt“. „Und jetzt werden sie als illegitime Ausnutzung von Steu-erschlupflöchern bezeichnet.“ Der Verdacht, dass von der EU

lange Zeit zweifelhafte Geschäftsmodelle als Teil einer vermeintlichen Wirtschaftsför-de-rung geduldet worden sind, drängt sich indessen nicht nur mit Blick auf Irland auf. Auch im Fall Zyperns war Beobachtern seit Jahren klar, dass es sich bei der Insel um eine riesige „Geld-waschanlage“ handelt, die illegale Schwarzgelder aus Russland in legale Investitionen umgewan-delt hat. Mit einem Bruttoin-landsprodukt von selbst nur 23 Milliarden Dollar wurden von der Insel pro Jahr bis zu 150 Milliarden US-Dollar als Direkt-investitionen in Russland getä-tigt. Nicht nur das: Einige Indi-zien sprechen dafür, dass man auch in der EU insgeheim vom russischem Geldstrom profitie-ren wollte, der bisher von Zypern ausging.

Zumindest was den Vorwurf der Geldwäsche durch Zypern angeht, scheint man in Brüssel in der Vergangenheit nicht sonder-lich an Aufklärung interessiert gewesen zu sein. Bereits im Sep-tember 2011 hatte Moneyval – ein Gremium des Europarates – eine Untersuchung zum zyprotischen Bankensektor vorgelegt. Das Ergebnis: Zypern habe „umfassen-de Maßnahmen“ ergriffen, um den Missstand zu beheben, dass zyprotischen Banken die Identität ihrer Kunden oft unbekannt sei. Generell werde der Finanzsektor Zyperns aber „angemessen über-wacht“, so das Lob Moneyvals. Gestützt hatte man sich auf Unterlagen, die Zypern zur Verfü-gung gestellt hatte. Auf eigene Prüfungen vor Ort hatte man jedoch verzichtet.

Inzwischen liegt auch von der Wirtschaftsprüfungsgesell-schaft Deloitte eine eigene Untersuchung zu Zypern vor, das Ergebnis liest sich indes völlig anders als beim Europarat. Während Zyperns Banken im Zeitraum von 2008 bis 2010 keine einzige „verdächtige“ Transaktion gemeldet hatten, stießen die Prüfer von Deloitte auf 29 verdächtige Vorgänge allein in den letzten zwölf Mona-ten. Zerpflückt wurde eben-so die Behauptung von den „umfassenden Maßnah-men“, die Zyperns Banken ergriffen hätten. Bei 400 geprüften Großanlegern wussten die Banken in über 90 Prozent der Fälle nicht, wer eigentlich ihre Kunden sind. Von 14 000 Firmen, die Deloitte unter die Lupe genommen hatte, handelte es sich in 12 000 Fällen um Briefkastenfirmen. Der alar-mierende Bericht, der im Widerspruch zu allem steht, was im Zuge des Zypern-Rettungspakets behauptet und versprochen wurde, hat der Überweisung der ersten Hilfstranche von zwei Milli-arden Euro an Zypern kei-nen Abbruch getan.

Bild: action press

Norman Hanert



Endlich mal genau hingeschaut: Die Wirtschaftsprüfer von Deloitte wollten von zyriotischen Banken wissen, wer eigentlich Inhaber bestimmter Konten ist. Bei 90 Prozent der Konten von Großanlegern gab es mehr offe-ne Fragen als Antworten.

Form von moderner Sklaverei

Ausbeutung von Lkw-Fahrern aus Osteuropa belastet die Branche

Von der Öffentlichkeit we-nig beachtet hat die euro-paweite Öffnung des Transportmarktes für osteuropäi-sche Expeditionen zu einem ruinö-sen Wettbewerb und Dumping-löhnen in Europa geführt. Durch die Billig-Konkurrenz aus dem Osten lohnt es sich für viele Fern-fahrer kaum noch, arbeiten zu gehen. In den Niederlanden und Deutschland beginnen Fernfahrer nun mit Protesten, um auf ihre Lage aufmerksam zu machen. Mit mehr als 25 000 Teilnehmern rechnen etwa die Veranstalter einer Großdemonstration, die für den 1. Juni in Berlin angesetzt worden.

Die Organisatoren der Protest-aktion, die Kraftfahrer-Clubs Deutschland (KCD) und die niederländische Initiative „Actie in de Transport“, fordern keines-wegs die Rücknahme der Libera-lisierung, sondern dass bestehen-de EU-Richtlinien überhaupt erst einmal konsequent angewendet und kontrolliert werden. Im Zen-trum der Kritik: die sogenannte Kabotageverordnung, die regelt, wann Transportdienstleistungen innerhalb eines Landes durch eine ausländische Spedition erbracht werden dürfen. Ein

beliebter Trick osteuropäischer Firmen, um auf verbotenem Ter-rain aktiv werden zu können: die Gründung von Briefkastenfir-men.

Ein erstes Anzeichen für diese Entwicklung liefert die Mautstati-stik des Bundesamtes für Güter-verkehr (BAG). In ihr ist der Anteil deutscher Transportunter-nehmen an den Mauteinnahmen mittlerweile von 62,9 Prozent auf

EU-Richtlinien werden umgangen und nicht kontrolliert

unter 60 Prozent abgesunken. Zudem stellen Unternehmen, die sich am Markt behaupten wollen, immer öfter osteuropäische Arbeitskräfte ein. „Diese sind dann aber zum Teil drei Wochen im Lkw unterwegs, bevor sie wie-der nach Hause fahren“, so Ingo Schulze von KCD gegenüber den „Deutschen Wirtschaftsnachrich-ten“. Angesichts der Arbeitsbe-dingungen vieler osteuropäischer Fahrer spricht die Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF) mittlerweile sogar schon

von „Moderne Sklaverei im heu-tigen Europa“.

Eine weitere Verschlechterung der Zustände ist bereits absehbar. Mit der vollen Arbeitnehmerfrei-zügigkeit für Bulgaren und Rumä-nen ab 2014 droht sich die Situa-tion für viele Brummifahrer noch weiter zu verschärfen. Welches Lohnniveau dann Einzug halten könnte, wird mit Blick auf den bulgarischen Durchschnittslohn deutlich. Sechs Jahre nach dem EU-Beitritt Bulgariens liegt der bei rund 350 Euro. Damit könnte die neue Billig-Konkurrenz vom Balkan sogar die osteuropäischen Fahrer aus dem Markt drängen.

Außer Dumping-Löhnen sehen sich viele Fernfahrer allerdings noch einem anderen Problem gegenüber. Weit verbreitet ist inzwischen die Angst, während der Ruhezeiten auf einem Auto-bahnrastplatz zum Opfer eines Überfalls zu werden. Immer öfter werden Planen von Anhängern aufgeschlitzt, wird Fracht gestoh-len oder Diesel aus dem Tank abgepumpt. In rund 50 Fällen haben professionell agierende Täter sogar während der Fahrt auf der Autobahn die Ladefläche von Lastwagen geentert und dann die Fracht geplündert. N.H.

Unter Druck

Europäische Investitionsbank soll Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Die Frage, welches Wort der Chef der Europäischen Investitionsbank (EIB), Werner Hoyer, nahezu inflationär ver-wendet, ist leicht zu beantworten: Es lautet „Allheilmittel“. Im Ra-hmen der Euro-Krise klopfen immer wieder Politiker an seine Tür und wollen von der EIB, die vom Aus-leihvolumen her größer ist als die Weltbank, Geld. Und immer wie-der betont der ehemalige Staatsmi-nister beim Auswärtigen Amt, dass die EIB, der er seit Anfang 2012 vorsteht, gerne helfe, die Euro-Krise zu bewältigen, doch da sie die Bank aller 27 EU-Mitglieder sei, diene sie nicht nur den 17 Euro-Ländern. Auch könne die EIB nur wirtschaftlich sinnvolle Pro-jekte finanzieren, da sie sich über-wiegend über Anleihen am Geld-markt refinanzieren und nur wer eine gute Bonität habe, der könne sich auch zu einem günstigen Zins Geld leihen und dieses an die Wirt-schaft weiterreichen. Und aus all diesen Gründen sei die EIB kein „Allheilmittel“. Trotzdem starren die Euro-Regierungschefs begierig auf die EIB, zumal sie deren Eigen-kapital um zehn Milliarden auf 60 Milliarden Euro aufgestockt haben.

Da der FDP-Mann Hoyer von seiner vorherigen Aufgabe im

Ministerium von Außenminister Guido Westerwelle weiß, wie wich-tig ein verbindliches, diplomati-sches Auftreten ist, wehrte er bereits im Vorwege einen Angriff, angeführt von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen und ihrem französischen Amtskollegen



Werner Hoyer

Michel Sapin, ab. Diese hatten bereits vor Wochen angekündigt, bei einer Konferenz des „Nicolas Berggruen Instituts“ in Paris ein Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorzustellen, das die EIB mit einbezieht. Und so sagte Hoyer kurz vor der Konfe-renz: „Die EIB wird alles in ihrer Macht stehende tun, um Jugend-lichen einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu ermöglichen. Wir

KURZ NOTIERT

Millionen Italiener spüren Euro-Krise: Laut italienischer Sta-tistikbehörde leben inzwischen 14 Prozent der Italiener unter der Armutsgrenze, doppelt so viel wie vor zwei Jahren. Für 17 Prozent ist Fleisch zum Luxusgut gewor-den, die Hälfte kann sich dem-nach nicht einmal mehr einen einwöchigen Urlaub pro Jahr lei-sten. Bel

Staat investiert in Bildung: Zwi-schen 130 000 und 180 000 Euro kostet den Staat durchschnittlich die Ausbildung eines Akademikers vom Kindergarten übers Gymna-sium bis zum Diplom, so die neue-sten Ergebnisse der Dresdner Niederlassung des ifo-Instituts. Die ermittelten Beträge sind von Bundesland zu Bundesland un-terschiedlich, weil in Schulen und an den Universitäten unterschiedliche Betreuungsquoten pro Lehrkraft gelten. Die Ausbildung eines Gesel-len mit Realschulabschluss schlägt beim Staat hingegen nur mit 68 000 bis 100 000 Euro zu Buche. Bel

Produkte aus dem Westjordan-land sind nicht „Made in Israel“: Lange hat sich die deutsche Bundesregierung geziert, ein Urteil in der Frage zu fällen, ob Produkte, die im Westjordanland oder auf den Golanhöhen produziert wur-den, mit der Kennzeichnung „Made in Israel“ versehen werden dürfen. Doch nun hat Schwarz-Gelb auf Anfrage der Grünen im Bundestag entschieden, dass Pro-dukte, die in dem seit dem Sechs-tagekrieg von 1967 umstrittenen Gebieten hergestellt wurden, besag-te Kennzeichnung nicht tragen dürfen. Seit Jahren versucht die EU, ihre Mitgliedsstaaten zu einer einheitlichen Aussage zu bringen, doch offenbar fürchtete man in Berlin, an die Kampagne „Kauft nicht bei Juden“ erinnert zu wer-den. Großbritannien, Schweden und Spanien hingegen akzeptieren die Kennzeichnung in besagten Fällen nicht. Zollrechtlich gelten Siedlungsprodukte seit Längerem nicht mehr als israelische Produk-te. Israel bezeichnete die deutsche Einschätzung als unfair. Schließ-lich würde die EU auch Waren aus Tibet als „Made in China“ akzep-tieren, dabei sei auch diese Gebietsaneignung umstritten. Bel

Falsches Frauenbild

Von Rebecca Bellano

Da lässt sich der hessische Ministerpräsident (CDU) Volker Bouffier zum Muttertag im Wohnzimmer einer alten Dame filmen und wünscht ihr umrankt von Blumen alles Gute zum Muttertag – und der „Spiegel“ hat dafür nur Spott übrig. Wenn es nach den meisten deutschen Medien und auch nach vielen Politikern geht, dann hat Frauenpolitik nicht so auszusehen. Dabei sind die meisten deutschen Frauen eher älter. Und auch wenn viele der jungen Wählerinnen inzwischen gut ausgebildet sind, so sind sie deswegen nicht gleich karrierebewusst und warten sehnsüchtig darauf, endlich ihren ersten Auf-

sichtsratsposten zu übernehmen. Im Grunde hat Familienministerin Kristina Schröder (CDU) recht, wenn sie sagt, es sei Aufgabe des Staates, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Frauen sich ihr Lebensmodell aussuchen können. Und das ist, auch wenn es uns die Politik Glauben machen will, keineswegs die Karrieristin, die ganz nebenbei noch mehrere Kinder bekommt und diese aufzieht beziehungsweise aufziehen lässt. Erstens ist nicht jede Frau Mutter und zweitens wollen und müssen die meisten Mütter zumindest zeitweise Teilzeit arbeiten. Doch sie sind im Wahlkampf leider kein Thema.

Die Welt liebt uns

Von Harald Tewes

Als der deutsche Beitrag Cascada beim Eurovision Song Contest mit einem der letzten Plätze abgestraft wurde, hieß es, nicht das Lied, sondern Kanzlerin Merkel sei schuld an allem. Man mag uns Deutsche nicht, daher also: null Punkte für Deutschland. Das schien auch eine US-Studie zu bestätigen, die zu dem Ergebnis kam, dass EU-Bürger die Deutschen als am wenigsten mitfühlend und als arrogant einschätzen.

Stimmt alles gar nicht, verlautet jetzt ausgerechnet die britische BBC. Weltweit hat sie 30000 Leute nach den sympathischsten Nationen befragt. Ergebnis: Deutschland liegt auf Platz eins. Ja genau, wir sind die beliebteste Nation auf Erden! So etwas aus dem britischen Königreich zu hören, ist Balsam für unsere Ohren. Dass die Briten uns mögen, hat sich schon beim

Champions-League-Finale der beiden deutschen Mannschaften im Wembley-Stadion angedeutet. Die deutschen Fußballclubs sind im Königreich hoch angesehen, weil sie Nachwuchs aus dem eigenen Land fördern und nicht so stark wie spanische und englische Clubs mit ausländischen Spielern zusammengekauft Söldnertrupps sind.

Spätestens seit dem „Sommermärchen“ von 2006, der gefeierten Fußball-WM im eigenen Land, ist nicht mehr von Panzern und Blitzkriegen die Rede, wenn die Deutschen aufspielen. Stattdessen regnet es Blumen. Bahnt sich hier eine neue Ehe an zwischen den ehemaligen Erzfeinden Deutschland und England? Lässt sich Merkel von François Hollande scheiden, traut sie sich David Cameron zu? Eine neue Achse London-Berlin kann der EU nur guttun.

Moment mal!



Der katholische Kardinal Joachim Meisner, der schon immer für eigenwillige Denkanstöße in Deutschland gut war, hat den verblüffend einfachen, aber auch einleuchtenden Gedanken gehabt – und ausgesprochen –, dass wir uns die sogenannten und in keiner Regierungserklärung fehlenden „demografischen“ Probleme (zu viel Alte und zu wenig Junge, die in die Rentenkasse einzahlen) sparen könnten, wenn unsere Frauen mehr und früher Kinder zur Welt bringen würden. Statt, wie die Kanzlerin und ihre Verbündeten aus CDU, SPD und Grünen, das Problem durch Zuwanderung aus dem Ausland und die Eingliederung von Wirtschaftsflichtlingen aus armen und unterentwickelten Ländern zu lösen. Und statt viel, sehr, sehr viel Geld deutscher Steuerzahler für die mühsame Eingliederung der Zuwanderer und ihrer Kinder aufzuwenden, wäre es besser, das Geld für deutsche Familien auszugeben. Einfacher geht's nicht. Das heißt, dass unsere Regierung sich entschließen sollte, die Ehepaare zu ermutigen, nicht nur ein Kind in die Welt zu setzen, sondern zwei, drei oder vier Kinder aufzuziehen und zu betreuen. Das Geschrei in den Medien ist groß. Hauptsächlich von gut ausgebildeten und gut verdienenden Frauen. Andere wurden kaum gefragt.

Was hatte der Kardinal eigentlich gesagt und in welchem Zusammenhang? Der 79-jährige Meisner will es zu seinem 80. Geburtstag dem Papst nachtun und zurücktreten. Dies war der „Stuttgarter Zeitung“, die gelegentlich aus der großen bundesdeutschen Einheitsfront der Medien ausschert, Anlass genug, ein kurzes Interview mit dem streitbaren langjährigen Bischof von Berlin und heutigen Erzbischof von Köln zu drucken. Innerhalb

dieses Interviews fiel dieser Satz: „Wo werden Frauen wirklich ermutigt, zu Hause zu bleiben und drei, vier Kinder auf die Welt zu bringen. Hier müsste man einsetzen und nicht nur Zuwanderung als Lösung unserer Demografieprobleme präsentieren.“ Dann sagte der Kardinal, der in seiner Berliner Zeit auch für die damalige DDR zuständig war und den Kommunisten verhasst war wie dem Teufel das Weihwasser, die Politik der Kanzlerin Merkel erinnere ihn an die DDR: „Dort hat man den Frauen eingeredet, wer wegen seiner Familie zu Hause bleibe, sei dement.“

Das war ein Satz, aber er kam am gleichen Tag der „Bild“-Redaktion auf den Tisch. Offenbar war gerade kein anderer Knüller in Sicht, und so entschloss man sich, aus dem Kardinal ein Aufreger-Thema zu machen. Denn der Geistliche ist im

Raum Köln noch in guter Erinnerung wegen seiner flexiblen Lösung der Frage, ob man Frauen, die als Folge einer Vergewaltigung befürchten, schwanger zu werden, in den vorwiegend katholisch geleiteten Krankenhäusern des Landes helfen könne.

Jetzt fehlte nur noch die „Schlag“-Zeile: „Wie gut passen Meisners Thesen in die Jetzt-Zeit?“ Eine Riesendiskussion sollte das werden. Schnell wurden ganze sechs

Bildersturm in Doorn?

Von Manuel Ruoff

Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben – und auch nicht verurteilen. Allerdings darf man sich Sorgen machen über das, was derzeit mit dem Haus Doorn geplant wird (siehe S. 10). Bis jetzt war das Haus geschichtspolitisch neutral und recht informativ, eben eine Quelle. Es bot authentische Informationen darüber, wie der letzte deutsche Kaiser seine letzten Jahrzehnte verbracht hat. Und jeder konnte sich sein eigenes Urteil bilden, ob er einen Menschen mit einem derartigen Lebensstil nun sympathisch findet oder nicht. Sag mir, wie Du wohnst, und ich sag Dir, wer Du bist.

Damit soll nun Schluss sein. Stattdessen sollen die authentischen letzten vier Wände Wilhelms II. in ein Museum über den Ersten Weltkrieg umgewidmet

werden. Das ist aus geschichtswissenschaftlicher Sicht Unsinn, denn mit Ausnahme der Tatsache, dass Wilhelms Exil eine Folge des Ersten Weltkrieges war, haben Doorn und der Krieg nichts miteinander zu tun. Insofern könnte man genauso gut für ein solches Museum einen Neubau wählen oder besser noch einen authentischen Ort, der wirklich etwas mit dem Krieg zu tun hat, wie beispielsweise einen Bunker oder auch das Hauptquartier einer der damaligen Kriegsparteien. Auch das angeführte finanzielle Argument überzeugt nicht. Eine Umwidmung dieser Größenordnung wird kaum billiger kommen als die Wahrung des Status quo.

Das alles ergibt eigentlich nur Sinn, wenn man entweder das Haus Doorn als historische Quelle zerstören will, wie man ja bereits auch schon das Berliner und das Königsberger Schloss zerstört hat, weil dort Hohenzollernherrscher lebten, oder aber – was noch schlimmer wäre – mit der Brechstange eine Verbindung von Wilhelms Exil zum Ersten Weltkrieg herstellen will, um die Besucher mit der Fischer-Kontroverse von der deutschen Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zu indoktrinieren. Das eine wäre die Zerstörung einer Quelle, das andere Manipulation.

Dafür, dass es bei dem geplanten Projekt tatsächlich weniger um sachliche Information als um ge-

schichtspolitische Indoktrination geht, sprechen leider einige Indizien. So sind denn Lehrbriefe für Schulen ebenso geplant wie die Behandlung weltanschaulicher Grundsatzfragen wie die nach den Auswirkungen des Krieges auf unser heutiges Europa oder den in der Kriegszeit angeblich gebildeten europäischen Werten wie Toleranz, Freiheit und Demokratie. Das klingt doch alles sehr nach geschichtsideologischem Überbau für die EU. Dabei war dieser Weltkrieg eher eine Urkatastrophe, die eine Belle Époque (schöne Epoche) beendete, als die Geburtsstunde toller europäischer Werte. Es ist traurig, dass man so etwas als Bundesbürger sagen muss, aber dass die bundesdeutsche Botschaft das Projekt finanziell unterstützt, wirkt da auch nicht gerade beruhigend.



Haus Doorn wird umgewidmet: Statt dem deutschen Kaiser Wilhelm II., der hier seine letzten Lebensjahre im Exil verbrachte, soll der Erste Weltkrieg hier plötzlich die Hauptrolle spielen

Bild: pa

Recht hat er, der Kardinal

Von KLAUS RAINER RÖHL

Foto-Interviews in ganz Deutschland gemacht und dazugestellt, schön einerseits, andererseits, dafür, dagegen, weiß nicht. Und auch Politiker werden befragt, bei denen man die Antwort im Voraus wusste: SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, Grünen-Spitzenkandidatin Göring-Eckardt waren gegen Meisners These und nur CSU-Politiker Norbert Geis (74) dafür. Und die bis dato unbekannte Vorsitzende der „Jungen Unternehmer“, Lencke Wischhusen (27), schlug erwartungsgemäß am härtesten zu: „Die Aussagen sind veralteter Schwachsinn. Die Frauen sind für die Wirtschaft unverzichtbar.“ Ähnlich ablehnend schrieb Elke Holst im „Focus“. Weiter wurde nicht mehr diskutiert.

Ich finde, Meisner hat recht. Nur wird es sehr teuer. Meine schönäugige Lieblingsministerin Kristina Schröder war mit dem Betreuungsgeld zaghaft auf dem Weg in die richtige Richtung, bekam aber so viel Gegenwind, dass sie beim ersten Schritt stehenbleiben musste. Und das Betreuungsgeld von 150 Euro für Kinder unter drei Jahren, die keine Kita besuchen, motiviert natürlich niemanden. Die verantwortungsvollste Aufgabe in einem Staat, Kinder zu leistungsfähigen und fröhlichen Staatsbürgern heranzubilden, mit einem solchen Betrag pro Kind zu belohnen, ist ja wohl ein skandalöser Niedriglohn. Dafür wirft nicht mal eine Putzfrau ihren Job hin, gibt keine berufstätige Frau ihren anstrengen-

den, meist nicht sonderlich geliebten Beruf auf. Die meisten Frauen arbeiten ja nicht als Moderatorin von „Panorama“ oder als Journalistin bei „Focus“, sondern sind Tag für Tag in an den Nerven zerrenden Berufen wie Kassiererin im Supermarkt, Packerin oder Fabrikarbeiterin tätig, wo man alle paar Minuten auf die Uhr guckt, um zu sehen, ob nicht bald Feierabend ist. Da ist die Erziehung von drei oder vier Kindern, bei richtiger Bezahlung allerdings, vielleicht ein schönerer Beruf, vor allem aber für die Kinder. Die mit Mutter, Vater und den heute immer seltener werdenden Geschwistern besser leben, in der Regel liebevoller betreut werden als von den leider oft schlecht ausgebildeten, um bessere Bezahlung kämpfenden Kita-Wächterinnen, die eben Feierabend haben, wenn das letzte Kind gegangen ist. Besser für die Kinder sind die leiblichen Mütter normalerweise. Ist das nicht auch wichtig wie das Funktionieren der Wirtschaft? Braucht nicht gerade die Wirtschaft auch qualifizierten Nachwuchs? Die Kinder haben Brüder und Schwestern und lernen, selbst bei den sogenannten „bildungsfernen“ Familien, Deutsch nicht im Sprachkurs, sondern von den Eltern, die es über Jahrhunderte von ihren Vorfahren gelernt haben.

Ein Kind meistens sehr spät auf die Welt zu bringen, ist heute zu einem Hobby geworden, das man sich leistet wie die Sängerin Madonna. Sieben Kinder aufzuziehen ist ein Beruf. Wer den Frauen das Gegenteil einreden will, kommt im Grunde von den uralten, aber auch urfalschen Ideen Platons her, der die Erziehung der Kinder dem Staat übertragen wollte. Seine Anhänger sind noch heute tätig. Natürlich kann man damit die Familie, die in unserem Grundgesetz –

Gott sei Dank – (noch) geschützt ist, langsam abbauen und auf vielfältige Weise relativieren, wie es bereits bei den 68ern und in der DDR versucht wurde. Aus den Fehlern der alten DDR wurde, unter der dort aufgewachsenen Kanzlerin,

Deutschland langsam zu einer Art „DDR light“, mit einem Kuddelmuddel aller Hautfarben und Vorlieben. Die Nation, das heißt, die Zusammengehörigkeit

von Menschen gleicher Herkunft und Geschichte, wurde ersetzt durch eine zufällige Ansammlung von Menschen mit Wohnsitz in Deutschland, Bevölkerung genannt.

Warum aber bewundern wir an anderen Völkern, denen es wirtschaftlich oft schlechter als uns geht, gerade ihr unbedingtes, auf Herkunft und Geschichte sich berufendes Gemeinschaftsgefühl? Warum haben sie mehr Freude am Leben? Mehr Freude nicht nur an Festtagen, sondern auch im Alltag, im ganzen Leben? Vielleicht, weil sie bei ihren Eltern und mit vielen Brüdern und Schwestern aufgewachsen sind?

Der eigenwillige Kardinal in Köln hat recht. Er hat nur das Selbstverständliche gesagt. Was sind das für Zeiten, in denen ein Gespräch über das ganz Selbstverständliche schon fast eine Revolution ist?

Meisner sagt nur das ganz Selbstverständliche

In Klingsors Zaubergarten

In Ravello ließ sich Richard Wagner zur Musik zum »Parsifal« inspirieren – Festival ihm zu Ehren

Schon der Name des kleinen italienischen Bergnestes über dem Golf von Salerno an der Amalfiküste klingt wie Musik. Dank Richard Wagner findet in Ravello alljährlich Italiens ältestes Musikfestival statt.

„Hoch erhoben liegt Ravello über Klüften, / Seine Sehnsucht zittert um den liebsten Stern. / Ach, Amalfi ist der Berg bis zu den Hüften, / Doch Ravello ragt empor zu Gott dem Herrn“, heißt es in Theodor Däublers Hymne an Italien (1919).

Ravellos Logenplatz auf einem Felssporn zwischen zwei pittoresken Tälern 350 Meter über dem Mittelmeer verzaubert jeden. Und der Ausblick vom Belvedere der Villa Cimbrone oder vom Garten der Villa Rufolo über Italiens göttliche Amalfiküste und den Golf von Salerno ist einfach nur „bellissimo“. Schon die Römer, die an diesem Teil der Küste Schiffbruch erlitten, hatten in den Hügeln oberhalb Amalfis Zuflucht gesucht und diesen Flecken Erde „res bella“ genannt, der Ursprung des Namens Ravello.

Ihnen sollte bis auf den heutigen Tag manch namhafte Persönlichkeit folgen, darunter auch berühmte Künstler. Denn selbst als das Reisen noch nicht so sicher und bequem war, nahmen Boccaccio, Lawrence, Gide oder auch Richard Wagner die schwierige und mühselige Reise in Kauf, angelockt von Ravellos Schönheit und seinem angenehmen Klima. Heute führen selbstverständlich Straßen in den Ort. Richard Wagner stand als Aufstiegshilfe nur ein Maultier zur Verfügung. Auf dessen Rücken erklimm der Komponist 1880 – im fortgeschrittenen Alter von 67 Jahren – den Weg durch die schroff abfallenden Berghänge.

So klein der 2000-Seelen-Ort auch ist, so bedeutend war und ist sein Ruf. Denn wie schreibt Guido Piovene in seiner „Reise nach Ita-

lien“: „Die beiden Gärten von Ravello, VillaRufolo und Villa Cimbrone, sind die außergewöhnlichsten der Welt. Die geografische Lage kommt in diesen beiden Gärten, vor allem aber dem der Villa Rufolo, voll zu ihrer Geltung, zwischen dem Grün und

ni Boccaccio, der ihr eine Novelle in seinem „Decamerone“ widmete. Nach dem Aussterben der Familie Rufolo gab es mehrere Besitzerwechsel. Mitte des 19. Jahrhunderts erwarb der Schweizer Francis Neville Reid die Villa und ließ sie 1851 von

ren ganz der Arbeit am Parsifal, bevor er Ende 1879 erneut nach Italien aufbrach. In Begleitung des Malers Jonkousky, dem er den Auftrag für die Bühnenbilder der im Entstehen begriffenen Oper gegeben hatte, war ein unabdingbares Ziel Ravello. Abgestiegen im

rücht, dass genau hier in der Villa Rufolo der Meister die Musik des „Parsifal“ komponiert habe. War die Musik auch andernorts entstanden und in Palermo auf Sizilien vollendet, hatte sich Wagner in Ravello doch in Klingsors Zaubergarten versetzt gefühlt, der im zweiten Akt des „Parsifal“ angesiedelt ist. Später ließen sich viele Bühnenbildner des „Parsifal“ von der Architektur der Villa Rufolo inspirieren.

Inspiration für seine Meisterwerke suchte und fand in Ravello ebenso der 2012 gestorbene US-amerikanische Schriftsteller Gore Vidal in seiner Hollywood-Villa Schwalbenhorst. Oder der Kabarettist Dieter Hildebrandt, der das charmante Hotel Giordano zu seinem Lieblingsort erkor.

Ravellos Anziehungskraft ist legendär. Vittorio Emanuele III., der letzte König Italiens, dankte in Ravello ab, wo er mit seinem Gefolge die letzten Tage seiner Regierungszeit verbrachte. Auch die Familie John F. Kennedys hat sich einen Monat in Ravello aufgehalten und nur der Tod hinderte den US-Präsidenten daran, im Jahr darauf wie geplant wieder dorthin zurückzukehren. Und auch der polnische Dirigent Leopold Stokowski sowie die Schauspielerin Greta Garbo haben es sich als Gäste von Lord Grimthorpe in der Villa Cimbrone einen Monat gut gehen lassen.

Das Festival „Musicale de Ravello“ von Ende Juni bis Anfang September, das als reines Wagner-Konzertfestival begann, hat sich im Laufe der Jahre zu einem vielseitigen Musikfestival entwickelt. Auch seine Spielstätten verteilen sich inzwischen weit über den Garten der Villa Rufolo hinaus. Doch dessen Bühne ist und bleibt wegen ihrer spektakulären Lage nach wie vor die schönste.

Helga Schnenhagen

Programm und Informationen unter www.ravellofestival.com.



Traumhafter Logenplatz für Sirenenklänge: Die hoch über der Amalfiküste gelegene Festivalbühne von Ravello bezaubert mit der Musik und dem Panorama die Sinne Bild: Fondazione Ravello/R. Vuileumier

dem Blau, zwischen Marmor und Gold, zwischen Lauben und Krypten, Brunnen und Fontänen, dem Panorama draußen und dem Anblick, der sich dem Besucher in den Villen bietet, zwischen den wertvollen Gemälden und der Musik, die man auch dann zu hören vermeint, wenn gerade niemand musiziert.“

Die bemerkenswertere der beiden Villen ließ Nicola Rufolo zur Zeit Karls I. von Anjou, also zwischen 1266 und 1289, erbauen. Weniger als ein Jahrhundert später bezauberte sie bereits Giovan-

Michele Ruggiero, der damals die Ausgrabungen in Pompeji leitete, restaurieren. Als die Villa später an den Fremdenverkehrsverein von Salerno fiel, nutzte dieser die Chance und begann 1953 damit, hier Wagnerkonzerte zu veranstalten. Denn die Villa Rufolo und Wagner sind untrennbar miteinander verbunden.

Schon 1876 war Wagner nach Italien gereist, wo er im September Nietzsche in Sorrent besuchte. Es sollte ihre letzte Begegnung werden. Zurück in Bayreuth, widmete er sich in den folgenden Jah-

Hotel Palumbo, begab er sich von dort eines Morgens zur Villa Rufolo. In das Gästebuch schrieb er: „Der Zaubergarten des Klingsor ist gefunden!“ und setzte neben die Unterschrift auch das Datum: 26. Mai 1880.

Als am 26. Juli 1882 in Bayreuth endlich der „Parsifal“ uraufgeführt wurde, drang die Nachricht von dessen Erfolg, wie auch der Name des Gartens von Klingsor, bis nach Ravello. Jemand blätterte das Gästebuch der Villa Rufolo durch, fand den Satz von Wagners Hand und verbreitete das Ge-

Sächsische Originale unter sich

Wagner, Klinger, May – Leipziger Ausstellung widmet sich drei genialen »Weltenschöpfern«

Ob Richard Wagner Notiz von Max Klinger und Karl May genommen hat, ist nicht bekannt. Dafür haben sich Klinger und May in ihrem Schaffen mit Wagner beschäftigt. Klinger arbeitete an einem Denkmal für den Meister, von dem er nur den Sockel fertigstellen konnte. Am Leipziger Goerdelerring gelegen, steht darauf seit dem 22. Mai, dem Wagner-Geburtstag, eine mannshohe Wagner-Skulptur des Bildhauers Stephan Balkenhol. Und in Mays Roman „Der Ölprinz“ bezieht sich Kantor Hampel, der eine Oper für drei Theaterabende komponieren will, auf Wagner und den „Ring des Nibelungen“.

Das Leipziger Museum der bildenden Künste fahndet nun mit der Schau „Weltenschöpfer“ nach Verbindungen zwischen den drei sächsischen Originalen Richard Wagner (1813–1883), Max Klinger (1857–1920) und Karl May (1842–1912). Es ist die ungewöhnlichste Ausstellung, die anlässlich von Wagners 200. Geburtstag stattfindet. Eingerichtet ist eine Kunstausstellung mit 80 Gemälden und Grafiken. Zudem hat die Künstlerin „rosalie“ den drei Titanen Wagner, Klinger und May je eine bombastische Licht- und Klang-Installation gewidmet.

Als zentrales Verbindungselement zwischen dem Komponisten, dem bildenden Künstler und

dem Schriftsteller machen die Veranstalter deren Naturauffassung dingfest. Museumsdirektor Hans-Werner Schmidt urteilt: „Sie verstehen sich als Schöpfer neuer Welten gleichnishaften Charakters.“

Die auf die Bühne gestellten, ins Bild gesetzten oder zu Papier gebrachten Landschaftsräume vermitteln in der Nachfolge der romantischen Malerei Stimmung und unterstützen dramatische Handlungsabläufe. Die Gegenüberstellung ist in thematische Abteilungen gegliedert. Eine widmet sich zum Beispiel dem Meer als Schauplatz von Untergang und Errettung. In einer anderen geht es um das Feuer als Sinnbild von Fortschritt und Zerstörung. Der Wald wird als Zufluchts- und Tatort vorgestellt.



Leipziger Denkmal: Balkenhol's neue Wagner-Statue auf dem alten Sockel von Klinger

Die erste Abteilung steht unter der Überschrift „Die Helden – Kampf zwischen Gut und Böse“. Frei nach Wagner zeigt Hans Thomas Lithografie „Siegfried mit dem getöteten Drachen“ (1898) einen posierenden Muskeljüngling. Auf Max Klingers Radierung „Und doch!“ (1898) reckt sich aus dunkler Landschaft ein nackter junger Mann dem Licht entgegen – und wird so selbst zur Lichtgestalt. Im Auftrag Karl Mays schuf Sascha Schneider mit Aquarell, Kreide und Bleistift den Umschlagentwurf für den Roman „Im Reiche des Silbernen Löwen II“ (1905). Ein nackter Recke geht mit mächtiger Faust einem gehörnten Ungeheuer an die Gurgel. Auf den Helden fallen gleißende Lichtstrahlen, während das Ungeheuer in der Dunkelheit versinkt.

Die letzte Abteilung heißt „Das Hochgebirge – Sitz der Götter und Ort der Entscheidungsschlachten“. Max Klingers dort eingeordnete Radierung „Erste Zukunft“ (1880) zeigt zwischen steil aufragenden Felswänden eine riesenhaft wirkende Raubkatze, die uns den Weg versperrt. Im Auftrag von May lieferte Claus Bergen eine Gouache als Illustrationsvorlage für den Roman „Der Schut“. Sie zeigt einen Entscheidungskampf auf dem Teufelsfelsen: „Barud el Amasat griff in die Luft und stürzte hinab“ (1907). Wagner engagierte Max Brückner

als hauptverantwortlichen Theaternaler für die Bayreuther Festspiele. Brückners Ölgemälde „Der Untergang von Burg Walhall“ (1894) zeigt auf hohen Felsen eine mächtige Feuersbrunst.

In den 1990er Jahren entwarf die 1953 geborene Stuttgarterin „rosalie“ zu den Bayreuther Festspielen Bühnenbilder und Kostüme für den „Ring des Nibelungen“. Für Leipzig hat sie Installationen mit gespenstischen Licht- und Klangerscheinungen entwickelt. Ausgelöst werden sie durch die Bewegungen der Besucher. Im Karl-May-Raum ertönen Naturgeräusche, indianische Urlaute und Fragmente aus „Ave Maria“, einer Komposition des Schriftstellers. Im Klinger-Raum steht ein Klavier, das scheinbar von Geisterhand gespielt wird. Es weist darauf hin, dass der Künstler ein Klavier in seinem Atelier stehen hatte, in dessen Tasten er im Streben nach Inspiration griff. Im Wagner-Raum erklingen Motive aus seinem „Der Ring des Nibelungen“.

Veit-Mario Thiede

Bis 15. September im Leipziger Museum der bildenden Künste, Katharinenstraße 10. Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Mittwoch 12 bis 20 Uhr. Internet: www.mdbk.de.

MELDUNGEN

Sudermann-Preis an Zeller

Berlin – Die Stuttgarter Dramatikerin Felicia Zeller erhält den mit 5000 Euro dotierten Hermann-Sudermann-Preis für ihr Drama „X Freunde“. Die Preisverleihung findet erstmalig im Rahmen des Festivals „Autorentheatertage Berlin“ im Anschluss an die Aufführung von „X Freunde“ am 7. Juni in den Kammerspielen statt.

In ihrem Stück hält Zeller unserer Erfolgsgesellschaft in ihrer bereitwilligen Selbstverausgabung den Spiegel vor. In einer brillanten, zentrifugalen Sprachbeschleunigung wird die permanente Vermischung des Privatberuflichen zur Tour de force, der am Ende alle unterliegen.

Felicia Zeller, 1970 in Stuttgart geboren, studierte an der Filmakademie Baden-Württemberg und schreibt Theatertexte, Hörspiele und Prosa. Daneben arbeitet sie als Regisseurin. Der nach dem ostpreussischen Dramatiker Hermann Sudermann benannte Preis unterstützt Autoren, die noch nicht allein von ihrer schriftstellerischen Arbeit leben können. Der künftig alle zwei Jahre vergebene Preis der Berliner Sudermann-Stiftung reflektiert diesen Umstand und sucht Schriftsteller, in ihrem literarischen Weg zu bestärken. Darin findet Hermann Sudermanns soziales Engagement seine Fortsetzung, der bereits 1928 mit einem großzügigen Legat notleidenden Kollegen zur Seite stand.

Der 1857 in Heydekrug geborene Sudermann selbst zählte zwischen 1889 und 1910 zu den meistgespielten Bühnenauteurs Deutschlands. Am Deutschen Theater Berlin wurden vier seiner Werke uraufgeführt. PAZ

Vor 75 Jahren vom Ast getötet

Paris – Am 1. Juni 1938 traf sich der Dramatiker Ödön von Horváth in Paris mit dem Hollywood-Regisseur Robert Siodmak, um mit ihm über die Verfilmung eines Romans zu sprechen. Nach dem Treffen suchte er auf der Prachtstraße Champs-Élysée im Laufschritt Schutz vor einem herannahenden Gewitter. Er kam nicht weit. Gegenüber dem Théâtre Marigny löste sich durch eine Windböe ein Ast von einem Baum und erschlug den erst 36-Jährigen, als er just darunter hindurchlief.

Ein stilvolleres tragisches Ende hätte sich der Dramatiker wohl nie erträumen können. Dabei hatte er



Ödön von Horváth

war er seit 1934 auf der Flucht durch halb Europa.

Am 9. Dezember 1901 in der adriatischen Hafenstadt Fiume – heute Rijeka – als Sohn eines österreichisch-ungarischen Kleinadeligen geboren, war er ohnehin Weltbürger, lebte in Belgrad, Budapest, Wien und Berlin. In seinen Dramen maskierte er klein-kariertes Denken und die Blindheit der damaligen Biedermänner. In seinem bekanntesten Stück „Geschichten aus dem Wiener Wald“ thematisiert er unter dem Deckmantel eines „Volksstücks“ Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Er war auf der Höhe seines Schaffens, als ihm vor 75 Jahren ein Ast auf den Kopf fiel. tws

Pickelhaube Gottes

Vor 20 Jahren wurde der im Weltkrieg schwer beschädigte Berliner Dom wiedereröffnet

Wohl kaum ein anderes Gotteshaus ist so oft umgebaut, angebaut und völlig neu erfunden worden wie die Oberpfarr- und Domkirche zu Berlin. Am 6. Juni 1993 wurde die Predigtkirche nach aufwendiger Rekonstruktion wiedereröffnet.

Als der erste Brandenburgische Kurfürst aus dem Geschlecht der Hohenzollern, Friedrich I. Eizenzahn (1413–1471) im Jahr 1443 mit dem Bau seines Schlosses in Cölln an der Spree begann, ließ er darin auch eine Kapelle errichten. Papst Paul II. weihte sie 1456 offiziell zum Dom. Kurfürst Joachim II. (1505–1571) wünschte sich etwas Repräsentativeres für seine Andachten und konfiszierte kurzerhand das Dominikanerkloster. Die Mönche mussten weichen, und das Kloster wurde aufwendig umgestaltet. Zur Regierungszeit Friedrich des Großen war der Backsteinbau zum Sicherheitsrisiko geworden. Friedrich ließ ihn wegen akuter Baufälligkeit 1747 abreißen.

Der große Feldherr war auch ein großer Bauherr. Der Niederländer Johann (Jan) Boumann und Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff erhielten den Auftrag,

im Lustgarten einen neuen Dom im Stil des Barocks zu errichten. Wie bei seinem Schloss Sanssouci, das soeben fertig geworden war, skizzierte der Alte Fritz den Grundriss selbst. Das Ergebnis war ein 68 Meter langes Gotteshaus mit umlaufenden Emporen.

Nach der Gründung des Deutschen Reiches erschien der „Schinkeldom“ den Hohenzollern aber als zu provinziell im Vergleich mit Notre Dame in Paris und dem Petersdom in Rom. Ein kompletter Abriss wurde beschlossen. Julius Raschdorff, Pro-

Bei den Luftangriffen auf Berlin während des Zweiten Weltkriegs wurde der Dom schwer getroffen. Am 24. Mai 1944 stürzte die Kuppel ein, durchschlug den Boden und beschädigte die darunter liegende Gruft mit den Sarkophagen der Hohenzollern schwer.

Ende der 1950er Jahre begannen die westlichen Landeskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Gemeinden im Osten finanziell zu unterstützen. Die EKD konnte dem Staatsrat der DDR die Zustimmung zum Wiederaufbau des Berliner Doms abringen. 1983 war die äußere Hülle hergestellt, die Kosten von 100 Millionen Mark trug allein die Kirche Westdeutschlands. Die Rekonstruktion des Innenraums zog sich noch zehn Jahre lang hin. Am 6. Juni 1993 wurde der Dom mit einem Festgottesdienst wiedereröffnet. Skeptiker meinten, er würde nur die Funktion eines Museums erfüllen, denn die Kirchengemeinde zählte damals, bedingt durch die vorangegangene Teilung Berlins, nur noch 190 Seelen. Inzwischen hat sich die Zahl mehr als verfünffacht.

Für Berlin-Touristen ist der Dom mit einem Aufstieg in die Kuppel und einem Abstieg in die Gruft ein Muss. Hier ruhen mit einem Großteil der Hohenzollernherrscher 500 Jahre deutscher Geschichte. Nach und nach sind die prachtvoll verzierten Sarkophage der Könige und ihrer Angehörigen mit Namen und Wappen restauriert worden. Seit Ende 1999 ist die Grabstätte wieder geöffnet. Ihre Größe – mit rund 2000 Quadratmetern ist sie die wohl bedeutendste in Europa – und die Viel-

zahl der Särge raubt einem den Atem. 94 Mitglieder aus dem brandenburgisch-preußischen Geschlecht fanden hier ihre Ruhestätte.

Einige Sarkophage gingen bei der Umbettung in den von Friedrich dem Großen in Auftrag gegebenen neuen Dom verloren. Überhaupt ließ es der Alte Fritz an Pietät im Umgang mit seinen Vorfahren fehlen. Er brauchte immer Geld für seine Kriegszüge und dachte daran, die Zinnsärge einzuschmelzen. Nur der Hinweis, dass die Sarkophage eine sehr geringe Menge an Gold enthielten, konnte ihn davon abbringen.

Auf der Suche nach Gold und anderen wertvollen Dingen machten sich immer wieder Grabräuber an der königlichen Ruhestätte zu schaffen. Hochwasser auf der Spreeinsel beschädigte etliche Sarkophage und die Kleidung der To-

In der Gruft fanden

94 Hohenzollern

ihre letzte Ruhestätte

ten schwer. Nicht mehr zu retten war der Sarg Friedrich Wilhelm II. (1744–1797), des Nachfolgers des Alten Fritz. Er erhielt im Zweiten Weltkrieg einen Volltreffer.

Im diffusen Licht der Gruft sind bekannte und eher unbekannte Persönlichkeiten der Hohenzollern versammelt: König Friedrich I. (1657–1713) mit seiner zweiten Gemahlin Sophie Charlotte, Elisabeth Christine (1715–1797), die ungeliebte Gemahlin von Friedrich II., zahlreiche Prinzen und Prinzessinnen sowie schließlich auch die tot geborene Tochter von Prinz Albert (1915) in ihrem kleinen Kindersarg. Bis zum Zweiten Weltkrieg bedurfte der Besuch der Gruft einer Genehmigung des Hauses Hohenzollern. Heute ist er im Eintrittspreis des Doms inbegriffen.

Klaus J. Groth



Demonstration anlässlich seiner Wiedereröffnung: Oberpfarr- und Domkirche zu Berlin

Bild: Eastblokkworld

Berufsverbotsopfer

Kurt Tank fand Exil in Amerika und Asien

Kurt Tank gehört zu den Konstrukteuren und Ingenieuren, die Deutschland in der Zwischenkriegszeit an die Spitze der Luftfahrt gebracht haben und nach dem Krieg unter der Herrschaft der Besatzer wegen Berufsverbots emigrieren mussten. Nach der Teilnahme als Freiwilliger am Ersten Weltkrieg setzte der am 24. Februar 1898 in Bromberg-Schwedenhöhe geborene Preuße seine Ausbildung mit dem Abitur und einem anschließenden elektrotechnischen Studium an der TU Berlin fort. Bereits im Rahmen der Diplom-Vorprüfung beteiligte er sich an der Konstruktion eines Segelflugzeuges, dem „Teufelchen“. Seine Berufskarriere im Flugzeugbau begann er 1923 bei der Berliner Firma Rohrbach Metallflugzeug GmbH. 1930 und 1931 arbeitete er als Projektleiter bei den Bayerischen Flugzeugwerken in Augsburg.

1931 wechselte er dann zur Focke-Wulf-Flugzeugbau AG nach Bremen, wo er sich zunächst die technische Leitung mit Heinrich Focke teilte. Nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933 musste Focke jedoch noch im selben Jahr aus dem Unterneh-

men ausscheiden. Er hatte sich geweigert, Militärmaschinen zu bauen. Fockes Partner Georg Wulf, mit dem er 1923 Focke-Wulf gegründet hatte, war bereits 1927 bei einem Testflug ums Leben gekommen. Alleiniger technischer Direktor wurde nun Kurt Tank.

Noch zu Friedenszeiten wirkte dieser mit an der Konstruktion der „Stieglitz“, der „Stößer“, der „Weihe“ sowie des legendären Langstreckenpassagierflugzeuges „Condor“. Sein wohl bekanntestes Kriegsflugzeug ist der deutsche Standardjäger Fw 190 und dessen Weiterentwicklung Fw Ta 152. Den Übergang zum Düsenzeitalter machte er noch während des Krieges mit der „Huckebein“ mit.

Nach Gefangennahme und Internierung durch die Briten wanderte er nach Argentinien aus, wo er die deutsche „Huckebein“ zur argentinischen „Pulqui II“ weiterentwickelte. Nach dem Sturz von Präsident Juan Perón 1955 setzte er seine Arbeit in Indien fort, wo er den Jagdbomber „Marut“ entwickelte, der 1961 seinen Erstflug hatte. 1969 kehrte Kurt Tank nach Deutschland zurück, wo er am 5. Juni 1983 in München starb.

Manuel Ruoff



Kurt Tank

Bild: Archiv

fessor an der Technischen Hochschule in Berlin, entwarf ein Gotteshaus mit einer Nutzfläche von 9000 Quadratmetern im Stil der römischen Spätrenaissance. Die Kuppel war deutlich der des Petersdoms nachempfunden. Die Berliner erinnerte sie an etwas anderes. Sie nannten den Dom „Pickelhaube Gottes“.

Jahrzehntelang stand der Dom als Ruine gegenüber dem „Palast der Republik“. Nur zu gern hätten die DDR-Machthaber dieses vermeintliche Denkmal des Imperialismus ebenso wie das Berliner Schloss in die Luft gejagt. Die Sprengung hätte aber die Statik der Museen auf der Spreeinsel gefährdet.

Authentizität gefährdet

Haus Doorn soll in ein Museum über den Ersten Weltkrieg umgewandelt werden

Die befürchtete Schließung des Hauses Doorn steht nun wohl doch nicht bevor. Es soll stattdessen im Grunde zu einer Ausstellung über den Ersten Weltkrieg umfunktioniert werden. Das Schloss in der Nähe der niederländischen Stadt Utrecht, in dem der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. von 1920 bis zu seinem Tod 1941 im Exil gelebt hat, bekam von der niederländischen Regierung seit Anfang dieses Jahres nur noch die Hälfte der jährlichen Subvention zugesprochen. Das sollte jedoch nicht reichen, um es weiterhin als für Besucher öffentlich zugängliches Museum zu betreiben. Die Hälfte des Personals inklusive des Direktors musste aus Kostengründen bereits entlassen werden und damit schien das Ende des Museums so gut wie besiegelt. Doch den Niederländern liegt die Einrichtung sehr am Herzen. Es fanden sich 150 Freiwillige, die als ehrenamtliche Mitarbeiter tätig sein wollen und die Besucherführungen und Pflege des Anwesens mit seinen weitläufigen Parks übernehmen.

Inhaltlich werde sich aber einiges ändern, so der kommissarische Verwalter Herman Sietsma. Bislang war Haus Doorn eine sehr originalgetreue Ausstellung über den letzten Wohnsitz Kaiser Wilhelms II. mit nur wenigen Verän-

derungen, um ihn besuchertüchtig zu gestalten. Nach der Konzeptänderung soll es vor allen Dingen Ausstellungen über den Ersten Weltkrieg geben, um laut Sietsma die „Zeitgeschichte erfahrbar zu

heit und Demokratie, wie sie sich während der Zeit des Ersten Weltkrieges bildeten. Finanziell unterstützt wird das Projekt unter anderem von der deutschen Botschaft. Zusätzlich sind



Noch ist es durch Authentizität geprägt: Haus Doorn

Bild: action press

machen“. Dadurch werden mehr Besucher als zurzeit jährlich etwa 25 000 erhofft, da die Ausstellung ein allgemeineres Thema darstellt. Es ginge vor allen Dingen um die Darstellung der Auswirkungen des Ersten Weltkrieges auf unser heutiges Europa und um die Auseinandersetzung mit europäischen Werten wie Toleranz, Frei-

Wanderausstellungen und Lehrbriefe als Bildungsmaterial für niederländische Schulen geplant, um während der europaweiten Gedenkjahre von 2014 bis 2018 besonders vielen Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsschichten die Auswirkungen des Ersten Weltkrieges vor Augen zu führen.

Obwohl das Bestehen des Hauses Doorn durch die Konzeptänderung gesichert scheint, erheben sich Zweifel über die Wahl dieses einzigartigen Anwesens, um allgemeineuropäische Aspekte des Ersten Weltkrieges zu veranschaulichen. Haus Doorn, das als Gebäude selbst und mit seiner Einrichtung das eigentliche Ausstellungsstück über Kaiser Wilhelms II. Leben im Exil darstellt, besitzt eine große Authentizität. Das Leben und Wirken des Kaisers bestand aus mehr als den vier Jahren des Krieges und wird nun aber möglicherweise auf diese beschränkt werden. Und das, obwohl der Kaiser sich stark gegen den Krieg aussprach. Umgekehrt besteht auch die Befürchtung, dass die Darstellung des Krieges in Gegenwart der Habe Wilhelms II. sehr stark auf ihn bezogen wird und andere wichtige Akteure des Krieges in den Hintergrund stellen könnte. Eine zu starke Fokussierung wäre dann keine neutrale Veranschaulichung des Ersten Weltkrieges. Es wird schwierig, einen passenden Mittelweg zu finden. Am 21. September werden die Gedenkprogramme im Haus Doorn durch eine internationale Konferenz eröffnet. Bis dahin wird sich hoffentlich entschieden haben, wie man die Sachen neutral angeht.

Melinda Heitmann

(Siehe Kommentar Seite 8)

»Die größte Dummheit meines Lebens«

Vor 200 Jahren willigte Napoleon in den von Metternich initiierten Waffenstillstand von Pläswitz ein

Nach dem Scheitern von Napoleons Russlandfeldzug, dem Seitenwechsel Preußens und dem Ausbleiben einer Entscheidung im Frühjahrsfeldzug mit den Schlachten bei Großgörschen und Bautzen wünschte Österreichs Staatskanzler Klemens Wenzel Lothar von Metternich eine Auszeit in den Befreiungskriegen, um in Ruhe sondieren zu können, wie sich sein Land fürderhin am sinnvollsten und zweckdienlichsten verhalte. Beide Kriegsparteien stimmten dem von ihm initiierten Waffenstillstand von Pläswitz zu, um ihre Truppen nach dem für beide Seiten verlustreichen Frühjahrsfeldzug auffrischen zu können.

Am 1. Juni 1813 vereinbarten die französische Kriegspartei auf der einen Seite und die russisch-

Der Initiator nutzte die Zeit zum Sondieren

preußische auf der anderen eine zunächst eineinhalbtägige Waffenruhe. Das schlesische Dorf Pläswitz wurde zu einer neutralen Zone erklärt, in der die Unterhändler beider Seiten die Modalitäten eines etwas längerfristigen Waffenstillstandes ausarbeiten sollten. Frankreich wurde dabei durch dessen späteren Außenminister Armand de Caulaincourt vertreten, Russland durch den General und Diplomaten Pawel Schuwalow und Preußen durch den vormaligen Generaladjutanten des Königs Friedrich von Kleist. Der am 4. Juni abgeschlossene Waffenstillstand galt bis zum 20. Juli und wurde dann bis zum 10. August verlängert. Die Waffenstillstandslinie reichte von der Oder durch Schlesien bis zur böhmischen Grenze. Die preußische Armee unter General Gebhard Leberecht

von Blücher setzte sich hinter der Katzbach, einem Nebenfluss der Oder, fest, während die russische Armee bis nach Polen zurückwich. Bonaparte nahm in Sachsens Hauptstadt Dresden Quartier.

Der Franzosenkaiser hat die Vereinbarung später – wahrscheinlich zu Recht – als die größte Dummheit seines Lebens bezeichnet, denn die Zeit arbeitete für die Verbündeten. Letztere verstärkten nun ihren Druck auf Wien, endlich der anti-französischen Koalition beizutreten, doch Metternich wollte freie Hand bewahren. Noch immer verfocht er den Standpunkt, dass ein zwar geschwächerter, aber nicht besiegter Napoleon, der sich in das kontinentale Gleichgewicht integrierte und im Konzert der Mächte mitspielte, einem übermächtigen Zaren Alexander vorzuziehen sei. Er erkannte, dass eine Niederwerfung Bonapartes eine Vorherrschaft Alexanders auf dem Kontinent bedeuten würde.

Er wollte daher den Druck auf den Korsen verstärken, damit dieser in einen dauerhaften Frieden einwilligte, der mit dem Gleichgewicht auf dem Kontinent vereinbar war und dem alle Parteien zustimmen konnten. Als Zugeständnis an die Patrioten im eigenen Lager, die einen Sturz Napoleons herbeiwünschten und denen auch Erzherzog Johann, der Bruder von Kaiser Franz, angehörte, wurde Jo-

hann Philipp von Stadion als Botschafter nach Sankt Petersburg entsandt, um die österreichische Position mit der des Zaren abzustimmen.

Trotz Metternichs Entgegenkommen versuchte Bonaparte zuerst Verhandlungen mit dem Zaren. Dabei waren Alexanders I. Forderungen viel weiterreichender als die des Österreichers. Gemeinsam mit Preußen und Schwe-

ihn zu einem Vieraugengespräch nach Dresden ein. Am 26. Juni war es soweit. Bonaparte zog alle Register seines Könnens. Er schmeichelte seinem Gegenüber, zog ihn scheinbar ins Vertrauen, doch als dies alles nicht half, griff er zur Einschüchterung und drohte Metternich unverhohlen, wobei er ihm vorwarf, vom Zaren bestochen zu sein. Doch Metternich bot ihm die Stirne, wich nicht zurück

darüber, ein überdeutliches Zeichen.

Am darauffolgenden Tag wurde im Hauptquartier der Alliierten Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. in Reichenbach ein preußisch-russisch-österreichisches Abkommen geschlossen. Metternich war es gelungen, den Zaren zu einem Abrücken seiner vorherigen Forderungen zu bewegen. In der Konvention von Reichenbach

Am 12. Juli wurde im Einverständnis mit Bonaparte in Prag ein Friedenskongress eröffnet. Schon bald zeigte sich, dass der Franzose selbst zu Minimalkonzessionen nicht bereit war. Offenbar wollte er nur Zeit gewinnen. In der Zwischenzeit erreichte die schöne Wilhelmine von Sagan, die Herzensdame Metternichs, dass sich der Österreicher immer mehr der Position Russlands und Preußens

näherte. Schließlich riss dem Staatskanzler die Geduld und er forderte Napoleon am 8. August ultimativ auf, bis zum Ende des Waffenstillstandes zwei Tage später die Forderungen zu erfüllen, auf die sich Österreich und die Alliierten in Reichenbach geeinigt hatten.

Bonapartes langjähriger Vertrauter Caulaincourt strebte wie Metternich nach einer Verständigung und versuchte bis zuletzt, seinen Kaiser dazu zu bewegen, auf das Ultimatum einzugehen. Napoleon befand sich in keiner schlechten Position und hätte bei geschickter Verhandlung möglicherweise noch manches für Frankreich erreichen können. Doch er ließ das Ultimatum verstreichen, worauf am 11. August 1813 die Würfel fielen. Österreich erklärte ihm den Krieg, so dass Bonaparte der mächtigsten je gegen ihn geschaffenen Koalition gegenüberstand. Nun mussten die Waffen entscheiden.

Heinz Magenheimer/PAZ



Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Armand de Caulaincourt, Pawel Schuwalow und Friedrich Graf Kleist von Nollendorf: Holzstich aus dem 19. Jahrhundert

Bild: Interfoto

den verlangte er nicht nur die Räumung aller rechtsrheinischen Gebiete, die Auflösung des Großherzogtums Warschau und die Rückgabe der illyrischen Gebiete, sondern auch das Ende der französischen Vorherrschaft in Holland, Spanien und Italien. Erst als der Russe seine Angebote abgelehnt hatte, versuchte Napoleon, mit Metternich zu einer Verständigung zu kommen. Hierfür lud er

und erreichte schließlich, dass Napoleon die bewaffnete Vermittlung Österreichs akzeptierte, womit das Bündnis zwischen Schwiegersohn Napoleon und Schwiegervater Franz gelöst war. Als Bonaparte und Metternich, so weiß die Fama zu berichten, über die Brühlsche Terrasse schritten, ließ der Korse scheinbar achtlos seinen Hut fallen, doch Metternich ignorierte den Zwischenfall und stieg

einigte man sich, nun nur noch einen Gebietsgewinn Preußens, die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Hansestädte sowie den Verzicht Napoleons auf Illyrien und das Herzogtum Warschau zu fordern, dessen Existenz der Zar auf keinen Fall dulden wollte. Metternich sagte zu, dass Österreich im Falle der Ablehnung mit 15 000 Mann an die Seite der Verbündeten treten würde.

Wie aus einem Gebirge ein Kontinent wurde

»Der Deutsche« lief als »Sierra Morena« vor 90 Jahren in Bremen vom Stapel und endete als »Asia«

Als der Dampfer „Sierra Morena“ vor 90 Jahren vom Stapel lief, um für den Norddeutschen Lloyd im Passagierdienst zwischen Bremen und Südamerika eingesetzt zu werden, schien es der Anfang einer unspektakulären Karriere als Passagier- und Auswandererschiff zu sein. In den späten 20er Jahren wurde die „Sierra Morena“ mangels Auslastung auch als Kreuzfahrtschiff eingesetzt.

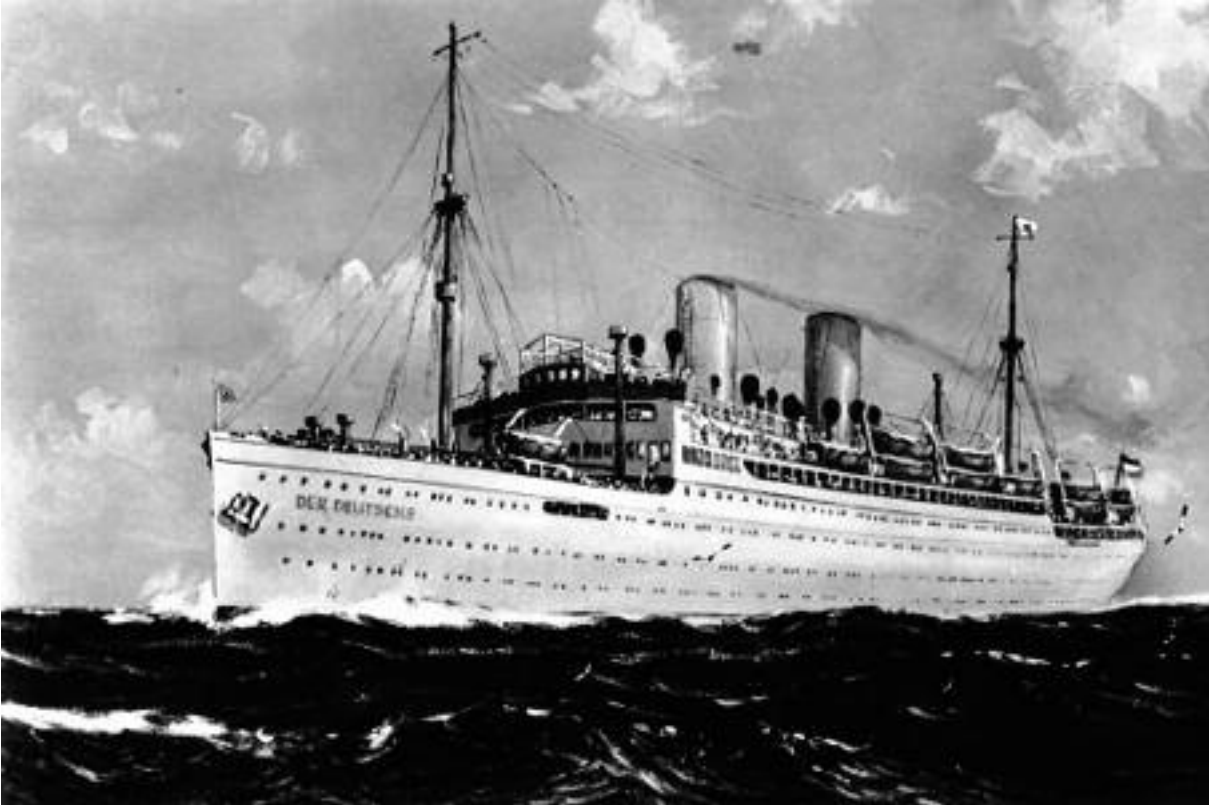
Nach dem Machtwechsel 1933 wurde von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) die Organisation „Kraft durch Freude“ (KdF) ins Leben gerufen, in der aus politisch motivierten Gründen für die Arbeiterschaft Gelegenheiten geschaffen wurden, für kleines Geld zu verreisen. Besonders attraktiv waren dabei kurze Seereisen, für welche die DAF Dampfer charterte, die allerdings durch ihre Klasseneinteilung zu der Ungerechtigkeit führte, dass die Reisenden zu dem für die DAF typischen Einheitspreis sehr unterschiedlich untergebracht wurden. Der eine durfte in einer Luxuskabine residieren, der andere schlief in einer Kammer ohne fließendes Wasser.

Nach dem Untergang des von der DAF gecharterten Dampfers „Dresden“ im Jahre 1934 wuchs der Bedarf an einem eigenen Schiff. Noch im selben Jahr kaufte die DAF den Dampfer „Sierra Morena“ und baute ihn zum Einklassenschiff um. Dabei wurden die

Kabinen zum Teil so eng gebaut, dass sich nur jeweils zwei der Passagiere einer Vierbettkabine gleichzeitig ankleiden konnten, während die anderen beiden draußen warten mussten. Im Juli

fünftägige Norwegenfahrten auf dem Fahrplan, im Herbst und Winter Mittelmeerkreuzfahrten ab Genua. 1936 fuhren vier KdF-Schiffe mit insgesamt 4000 Passagieren nach Madeira und Portugal

bert Ley“ und „Wilhelm Gustloff“ im Mai 1939 nach Spanien auf, um die Freiwilligen der Legion Condor, die am spanischen Bürgerkrieg teilgenommen hatten, nach Hause zu bringen. Am



In Diensten der DAF als KdF-Schiff: „Der Deutsche“

Bild: Archiv

1934 wurde das Schiff als „Der Deutsche“ mit weißem Anstrich als KdF-Dampfer in Dienst gestellt, jedoch weiter vom Norddeutschen Lloyd bereedert. Im Frühjahr und Sommer standen

und ließen sich dort als „Flotte des Friedens“ von den Menschen bejubeln. Zu einem weiteren großen Propaganda-Ereignis brachen insgesamt sechs KdF-Schiffe einschließlich der Neubauten „Ro-

pfingstmontag lief die KdF-Flotte wieder in Hamburg ein und wurde dort begeistert empfangen. Bis Ende August 1939 war „Der Deutsche“ mit 155 Urlaubsreisen das fahrtenreichste KdF-Schiff. Auf

fünf Jahre und 118 Tage KdF-Einsatz folgten dann fünf Jahre und 250 Tage Kriegseinsatz.

Bereits am 2. September 1939 wurde „Der Deutsche“ von der Kriegsmarine übernommen und im Herbst 1939 wurde sie zur Baltenumsiedlung eingesetzt. Bei der Besetzung Norwegens 1940 diente „Der Deutsche“ als Truppentransporter, danach als Wohnschiff für Marine-Einheiten in Gotenhafen und Königsberg. Ab Januar 1945 fuhr sie als Flüchtlingschiff über die Ostsee und wurde auch als Verwundetentransportschiff eingesetzt. Aufgrund der Kapazitäten an Bord konnte „Der Deutsche“ auf sieben Reisen über 34 000 Menschen über die Ostsee retten. Wegen Brennstoffmangels wurde der Dampfer wie auch andere große Schiffe ab Ende April jedoch nicht mehr für weitere Rettungstransporte eingesetzt. Vor Fehmarn wurde das Schiff am 1. Mai von britischen Bombern und Jagdflugzeugen angegriffen. Die Besatzung setzte das Schiff auf Grund, zum Glück konnten alle von Bord gerettet werden.

Nach dem Krieg wurde „Der Deutsche“ der Sowjetunion als Kriegsbeute zugesprochen, nach Warnemünde geschleppt und dort dreieinhalb Jahre lang repariert. Unter dem Namen „Asia“ war das einstige KdF-Schiff für die sowjetische Staatsreederei Sovtoflot mit Heimathafen Wladiwostok noch bis 1970 in Fahrt. Britta Heitmann

Schüssen folgte der Rücktritt

Vor 50 Jahren erschütterte eine Sex- und vermeintliche Spionageaffäre zumindest die Regierung des Vereinigten Königreiches. Sein Namensgeber war der konservative Politiker John Profumo, der ab 1960 das Amt des Kriegsministers bekleidete. Der verheiratete Brite unterhielt 1961 ein mehrwöchiges Verhältnis mit dem 27 Jahre jüngeren Model und Callgirl Christine Keeler. Zusätzliche politisch Brisanz erhielt der Fehltritt im Kalten Krieg dadurch, dass Keeler auch die Geliebte von Jewgenij „Eugene“ Iwanow war, der nicht nur Sowjetbürger, sondern auch stellvertretender Mari-

Premier Macmillan folgte Profumo

neattaché und Angehöriger des Militärnachrichtendienstes GRU war. Die Polizei wurde auf Keeler und ihr Treiben aufmerksam, als ein weiterer Geliebter aus Eifersucht 1962 auf sie schoss.

„Es hat sich zwischen mir und Miss Keeler nie etwas Ungehöriges ereignet“, belog der in die Enge getriebene Minister im März 1963 das Unterhaus, eine Lüge, von der er schließlich abrücken musste. Ihm blieb da nur noch der Rücktritt, vollzogen am 5. Juni 1963. Mit sich riss der Minister seinen Kabinettschef Harold Macmillan, der am 12. Oktober des Jahres ebenfalls zurücktrat.

Manuel Ruoff

Medizinischer Klartext

Zu: „Masern breiten sich aus“ (Nr. 19)

Zu dieser Meldung will ich meine Gegenstimme erheben. Das kritische Umgehen mit diesem Thema wird wie so vieles andere im Mainstream der Nachrichten unterdrückt – und das spricht schon Bände.

Ich möchte hier eine Tatsache erwähnen, nämlich Zusatzstoffe in Impfmitteln. Es gibt deren viele gefährliche, zum Beispiel Quecksilber. Diese hochgiftige Substanz wird als „Haltbarmacher“ eingesetzt. Quecksilber verursacht schwere (bis hin zum Tode) Schädigungen des zentralen Nervensystems. Bei Säuglingen und Kleinstkindern ist die Blut/Hirnschranke noch nicht ausgebildet, so dass das Gift ungehindert ins

Gehirn gelangt. Die Folgen sind plötzlicher Kindstod, schwerste Behinderungen und Folgeerkrankungen. Es gibt genügend Belege dafür.

Warum tun wir unseren Kindern das an? Wer hat das Recht, Menschen so bewusst zu schädigen? In meiner Generation waren Kinderkrankheiten normal. Ärzte und Eltern wussten damit umzugehen. Ich weiß aus meiner Kinder-/Jugendzeit keinen Fall von schweren Folgen. Nach der Krankheit war ein lebenslanger Schutz gegeben. Mit Impfungen ist das nicht der Fall. Die Impfungen gegen Kinderkrankheiten fingen zirka in den 1970er Jahren an. Ist das vielleicht auch eine Erklärung dafür, dass heute mehr Erwachsene betroffen sind? An Impfungen wird im Medizinsektor

sehr gut verdient. Außerdem ist bekannt, dass Mitglieder der Ständigen Impfkommission und des Robert-Koch Instituts mit Impfstoffherstellern verbandelt sind. Das riecht nach Lobbyismus. Zu wessen Vorteil?

Auch wird gerade beim Thema „Epidemien“ mit der Angst gearbeitet (Schweinegrippe, Vogelgrippe und so weiter). Mit Angst kann man gut manipulieren. Ich möchte mir jedenfalls nicht von der Pharmaindustrie oder gekauften Wissenschaftlern vorschreiben lassen, was gut für mich ist. Es gibt im Internet sehr viel Wissenswertes zum Augenöffnen. Jedenfalls von einer Zeitung, die „Klartext“ sprechen will, erwarte ich mehr investigativen Journalismus. **Christiane Kattelman, Langwedel**

Marodes Haus Europa

Zu: „In den Rücken gefallen“ (Nr. 20)

Es wird ja so gerne von dem „Haus Europa“ gesprochen. Ja, wir wohnen in einem großen Mehrfamilienhaus, in dem zirka 25 Familien wohnen und das der EU in Brüssel gehört. Von den Bewohnern gehen drei oder vier frühmorgens aus dem Haus zur Arbeit und kommen spätabends wieder müde zurück. Die andern lassen es sich besser gehen, machen sich zum Teil einen schönen Tag, oder da und dort mal einen Nebenjob. Um einigermaßen ordentlich leben zu können machen sie Schulden, die sie aber nicht mehr zurückbezahlen können. Aber sie wissen, da gibt es doch welche, die jeden Tag zur Maloche gehen und Geld verdienen.

Und die bekommen jetzt Ärger. Die vielen einkommensschwachen Mitmieter verlangen jetzt ihren Anteil von den Arbeitenden und wenden sich an den Vermieter. Und der sagt jetzt diesen fleißigen Leuten: Hört mal, ihr müsst von eurem Geld jetzt einiges abliefern, sonst gerät der Hausfrieden in Gefahr. Und vergesst nicht, eure Groß- und Urgroßeltern haben vor 70 Jahren böse Dinge getan und wir haben festgestellt, dass sie alleine an allem schuld waren. Und für diese bösen Dinge eurer Vorfahren müsst ihr jetzt noch viele Generationen lang an eure Mitbewohner Unterhalt bezahlen. Das ist nur gerecht. Und was machen die Gescholtenen? Sie nicken untertänigst und zahlen.

Peter Schumacher, Melsungen

Ende der Debatte

Zu: „Politik im freien Fall“ (Nr. 21)

Früher gab es mal einen kurzen, prägnanten Artikel im Grundgesetz, der hieß: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Landesverteidigung auf.“ Dahin sollten wir unbedingt wieder zurückkehren, Ende der Debatte. Mit allem anderen stürzen wir uns nur von einem Unglück ins nächste. Und die moralischen Rechtfertigungen bekommen wir ohnehin nie hin. Das haben weder Schröder/Fischer noch Merkel/Steinmeier, beziehungsweise Merkel/Westerwelle geschafft.

Veit Zürn, Hildesheim

Zu viel geteilt

Zu: „In den Rücken gefallen“ (Nr. 20)

Während der Französischen Revolution (1789–1795) wollten die Sansculottes, Arbeiter und Kleinbürger, die die Revolution unterstützten, den vorhandenen Reichtum umverteilen. In einer zeitgenössischen Karikatur sagt ein Bürger zu einem Sansculotten sinngemäß, dass er teilen gut fände, aber was geschehe, wenn der Revolutionär seinen so erlangten Teil aufgebraucht hätte. Lapidare Antwort des Sansculotten: „Dann teilen wir eben nochmal.“

Horst Mauer, Hofheim am Taunus

Bürgerkrieg ist da

Zu: „Scharia-Terror in London“ (Nr. 19)

Der Islam ist eine äußerst große Gefahr für Deutschland und Europa. Man sollte sich an die Eroberung von Konstantinopel und an die Belagerung von Wien erinnern. Damals kamen die Eroberer von außen. Heute haben wir sie mitten unter uns, was die Sache erheblich schwieriger macht. Hinzu kommt der weitere hemmungslose Zuzug weiterer Muslime. Der Bürgerkrieg in den Städten und Schulen hat schon seine ersten Anfänge gemacht. **P. Steger, Gütsel**

In der Klemme

Zu: „Asozial“ (19)

Ja, mit dem Ankauf gestohlener Steuer-CDs wird man nicht nur Hehler, sondern macht sich wohl auch der Beihilfe zur Steuerhinterziehung schuldig, indem der Dieb schon zur Nichtaufdeckung seiner Steuerdaten den „Verkaufspreis“ nicht versteuern wird. Aber nun zur anderen Seite: Wenn man nicht „ankauft“, wird dann nicht Strafvereitelung begangen, indem verfolgbare Straftäter nicht verfolgt werden? **Dr. Gerd Segerath, Emden**

Kritik an Tappert post mortem

Zu: „Eine Meldung genügt schon“ (Nr. 18)

Zunächst sei ein Grundsatzfehler festgestellt, wenn im PAZ-Kommentar steht, Günter Grass sei „Flakhelfer bei der Waffen-SS“ gewesen. Die Flakhelfer – beziehungsweise richtiger Luftwaffenhelfer – hatten nun wirklich mit der Waffen-SS so wenig zu tun wie die Kuh mit dem Zähneputzen. Wenn Horst Tappert in seiner Biografie die Mitgliedschaft in der Waffen-SS verschwiegen hat, dann ist das keineswegs in Ordnung. Denn – von wenigen Ausnahmen abgesehen – konnte sich damals jeder, der unbedingt wollte, dem Zugriff der Waffen-SS entziehen.

Im Übrigen war die Waffen-SS im Gegensatz zur allgemeinen SS eine Kampftruppe, in der sich keineswegs alle Einheiten zu NS-Verbrechen hinziehen ließen, wenngleich ihr Geist im Unterschied zur Wehrmacht eindeutig natio-

nalsozialistisch geprägt war. Im Gegensatz zu Grass trat Tappert jedoch niemals als Gralshüter des Antinazismus auf, während ersterer seinerzeit sogar Bundeskanzler Kohl öffentlich beschimpfte, weil der einen Friedhof besucht hatte, auf dem auch Gefallene der Waffen-SS begraben waren. Da es sich dabei um die ehemaligen Kameraden des Nobelpreisträgers Grass handelte, konnte die Beschmutzung des eigenen Nestes größer kaum sein.

Es steht zu erwarten, dass sich „gutmenschliche“ Redakteure finden, um das Image Horst Tapperts post mortem auseinanderzunehmen, weil er zu Lebzeiten nicht links genug stand wie Grass. Letzterer gehört ja neben Leuten wie der nach einer Kokainaffäre in Ugnade gefallene Michel Friedman unter anderem wieder zu den hoch geschätzten Gästen in Talk-Shows des staatlichen Fernsehens.

Dr. Richard Schute, Gersfeld



Als Kommissar Derrick hat Horst Tappert jeden Fall gelöst. Die eigene Vergangenheit in der Waffen-SS hat der Schauspieler bis zu seinem Tod vor den Ermittlern verbergen können Bild: action press

Es gab kein Entrinnen

wurde gründlich gewogen und gemessen. Danach kam das Urteil in freudigem Ton seitens des Polizeibeamten: Da haben wir ja wieder einen. Ich wusste bis dahin noch gar nicht, worum es ging. Nun erfuhr ich, die Waffen-SS hatte sich bis 1943 stets aus Freiwilligen rekrutiert. In Anbetracht der sprichwörtlichen Tapferkeit der kämpfenden Truppe der SS, wurde sie vermehrt an Schwerpunkten eingesetzt und hatte entsprechend hohe Verluste, die nicht mehr allein durch Freiwillige ersetzt werden konnte. Die kämpfenden Verbände der SS hatten außerdem nichts mit den Schergen, die für die Vernichtung der Juden und anderen KZ-Insassen verantwortlich waren, zu tun.

Meine Eltern waren im Widerstand seitens ihrer Mitgliedschaft in der evangelischen Bekennen-

den-Kirche. Zu einem früheren Zeitpunkt hatte ich in Mutters Nähkasten, bei der Suche nach Nadel und Faden, in einer ehemaligen Zigarrenkiste unter dem Boden derselben versteckt, einen sogenannten Hirtenbrief entdeckt, in dem über die Vernichtung der Juden und anderer Staatsfeinde berichtet wurde. Meine Mutter ertappte mich beim Lesen und beschwor mich, mit niemandem darüber zu sprechen.

Nach meiner Frage an den Beamten und seiner ausführlichen Beschreibung seiner Funktion, fragte er mich, ob ich mich schon freiwillig gemeldet hätte, habe ich anhand meines Wissens gelogen. Umgehend habe ich mir die Bewerbungsunterlagen beim Wehrbereichskommando für die Marine abgeholt und meinem Vater zur Unterschrift vorgelegt.

Polit-Harakiri

Zu: „In den Rücken gefallen“ (Nr. 20)

Die SPD macht Harakiri, Gott sei Dank. Und die Deutschen machen das nicht mehr mit, wie die nächsten Wahlen zeigen werden. Die Stimmen in Europa, einige der „offiziellen“ Stimmen, werben massiv für einen Austritt aus der EU, Gott sei Dank. Die EU selbst tut das auch: Ab 2014 soll es per Gesetz verboten sein, Olivenöl in Restaurants offen zu tragen, nur noch konfektionierte Behälter. Das würde mehr Abfall, mehr Wegschmeißen von Nahrungsmitteln bedeuten und mehr Druck auf kleine Händler und Hersteller, hin zu Großkonzernen. Konjunktiv deshalb, weil zu hoffen ist, dass es bis dahin die EU nicht mehr gibt. **Dieter Klein, Solingen**

Zu: „Auch für Horst Tappert gilt die Unschuldsvermutung“ (Nr. 19)

Ich war ab dem 15. Februar 1943 Luftwaffenhelfer bei der 2-cm-Flak in Bottrop Boy. Im Juni gerade 17 Jahre alt geworden, komme ich zum Wochenendausflug nach Hause und werde von meinem Vater mit den Worten empfangen: „Was hast du angestellt? Du hast eine Vorladung zur Polizei.“ Angestellt hatte ich natürlich nichts, wir konnten die Stellung nur zum Weg zur Schule verlassen und das in Marschformation.

Sofort machte ich mich per Fahrrad zur Polizei. Gemustert war ich schon mit dem Befundtauglich für alle Waffengattungen. Freiwillig gemeldet hatte ich mich noch nicht. Man musste einige sportliche Übungen machen und

Bloß eine weitere systemkonforme Partei

Zu: „Die Geschichte gibt ihnen recht“ (Nr. 16)

An die neugegründete Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) werden vom gesellschaftlichen System folgende Gretchenfragen gestellt werden: Wie hast du es mit erstens mit Multikulti, zweitens mit der Westbindung und Nato-Mitgliedschaft sowie damit zusammenhängend die andauernde Besetzung unseres souveränen Landes samt Atomwaffen durch die US-Hegemonie, drittens der Geschichts- und Gedenkpoltik sowie viertens mit der Israelpolitik?

Bei diesen Fragen handelt es sich um das Allerheiligste eines Systems, dessen Interessen (die Parteien stellen den politischen Arm des Gesamtsystems dar) de-

nen des deutschen Volkes entgegengesetzt sind. Es wurden in Bezug auf die Beantwortung regelrechte Dogmen aufgestellt. Bei Dogmen werden aber keine Kompromisse geduldet, das heißt sie müssen von der AfD ohne Wenn und Aber systemkonform beantwortet werden, um überhaupt erst als Mitspieler um die parlamentarischen Machtverhältnisse akzeptiert zu werden.

Bei einer nicht systemkonformen Beantwortung würde sich die AfD sehr schnell als Paria neben der NPD wiederfinden. Sie würde die geballte Macht der systemstützenden Medien und anderer gesellschaftlich relevanter Kräfte zu spüren bekommen. Zu deren Repertoire würden selbstverständlich Lügen, Verzerrungen, Verleumdungen und so wei-

ter gehören. Von der etablierten Politik würde die Partei von BRD-Staatsagenten unterwandert werden, um diese im gewünschten Sinne zu diskreditieren. Diesem öffentlich aufgebauten Druck würden die auf ihre bürgerliche Reputation bedachten honorigen Protagonisten der AfD nicht standhalten.

Doch zu diesem Szenario wird es meiner Meinung nach nicht kommen, da die AfD ja „mitspielen“ will. So werden die oben genannten Gretchenfragen, die sich allesamt auf Dinge beziehen, welche in aller Regel Herzensangelegenheiten von national eingestellten Deutschen sind, von der AfD im Sinne des Systems beantwortet werden. Die AfD wird sich dann als das erweisen, was sie jetzt schon ist, nämlich eine absolut

systemkonforme Partei, die Kritik am Euro und vielleicht an der ein oder anderen Detailfrage übt, ohne freilich darüber reden zu wollen, aus welchen Strukturen und Machtverhältnissen der Euro überhaupt erwachsen ist.

Beim System handelt es sich weiterhin um einen geschlossenen und wasserdichten Kreislauf, welcher nicht auf grundlegende Veränderungen, sondern auf Verewigung ausgelegt ist. Die im System Mächtigen oder diejenigen, die von ihm profitieren, haben nicht das geringste Interesse daran, dass grundlegende Veränderungen ihre Machtstellung negativ tangieren. Solange sie die Macht dazu haben, werden sie naturgemäß solche Veränderungen verhindern.

Thomas Wagner, São Paulo/Brasilien

Eine Deutsche flog auf Platz drei

Zu: „Als erste Frau schneller als der Schall“ (Nr. 20)

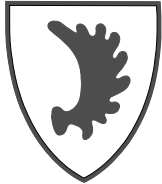
Tatsächlich gebührt der Amerikanerin Jacqueline Cochran der Ruhm, als erste Frau der Welt mit einem Flugzeug die Schallmauer durchbrochen zu haben. Leider wird nämlich in den meisten Publikationen immer wieder Jacqueline Auriol diese Premiere zugesprochen. Zwar unternahm auch sie im selben Jahr (1953) einen Überschallflug, doch während Cochran dies bereits am 19. Mai gelang, erreichte Auriol den Rekord erst drei Monate später, nämlich im August.

Damit war die Französin Auriol die zweite Frau der Welt, dafür aber die zugleich erste Europäerin, die Mach 1 überschritt. Die erste Deutsche, die schneller als

der Schall flog, war übrigens im Jahre 1960 die Publizistin Ruth Seering und zwar mit einer F-100. Später absolvierte sie viermal ein Überlebenstraining – im Eis, im Meer, in der Wüste und im Dschungel. Ruth Seering war verheiratet mit Dr. Clemens Amelunxen, dem Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts Düsseldorf und Sohn des ersten nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten (1946–1947), Dr. Rudolf Amelunxen.

Wolfgang Reith, Neuss

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Erhalten, gestalten, weiter entwickeln

In Allenstein nahmen 26 Frauen vom 45. bis zum 83. Lebensjahr an der zwölften Werkwoche der AGDM im Haus Kopernikus teil

„Erhalten, gestalten, weiter entwickeln“ – unter diesem Motto fand im Haus Kopernikus der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit (AGDM) die zwölfte Werkwoche der Landsmannschaft Ostpreußen in der Woiwodschaft Ermland-Masuren statt. 26 Frauen aus verschiedenen Gesellschaften der deutschen Volksgruppe nahmen daran teil.

„Das Motto lehnt sich an die ungeschriebenen Gesetze Gestalten – Bewahren – Erhalten an, nach denen Frauen früher ihr Leben einrichteten“, so Uta Lüttich, die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, in ihrer Rede bei der Eröffnung der Ausstellung

Durchschnittsalter gesunken

der Werke der Teilnehmerinnen der Werkwoche, „ihre Rolle in der Geschichte und bei der Überlieferung der Traditionen wird gerne vergessen.“ Deshalb organisierte sie auch diesmal wieder gemeinsam mit den Werklehrerinnen Gudrun Breuer und Liesa Rudel die Handarbeitswerkstatt, die seit der Entstehung der Organisationen der deutschen Volksgruppe alle zwei Jahre im südlichen Ostpreußen veranstaltet wird, um die ostpreußischen Traditionen auch hier weiterzugeben. Von vielen Mitgliedern der Handarbeitskreise in den deutschen Gesellschaften wird sie lange vorher herbeigesehnt, können sie doch hier ihr Wissen auffrischen, ihre Finger-

fertigkeit trainieren und Neues dazulernen. Dass dabei das Durchschnittsalter in diesem Jahr niedriger war, also jüngere Frauen in die Weitergabe der Traditionen einbezogen wurden, freute Uta Lüttich ganz besonders.

Das Spektrum der Handarbeiten, mit denen sie und ihre Kolleginnen die Frauen zum ersten Mal oder wieder bekannt machten, reichte von Weben über Knüpfen, Stricken und Sticken bis zum Häkeln. Alle diese Techniken erfordern Konzentration und Ruhe – und Fleiß. Wer jemals etwa eine Weißstickerei genauer betrachtet hat, weiß, warum Elzbieta Kowko aus Allenstein mit Brille und einer großen Lupe über ihrem Stoff saß: „Manche Stiche sind so winzig, dass man mit dem bloßen Auge gar nicht genau genug arbeiten kann.“ Geholfen habe darüber hinaus das sonnige Wetter der zweiten Maiwoche: „Es kam viel Licht durch die Fenster, künstliche Beleuchtung war kaum nötig.“ Dass es manchmal trotzdem schwer war, gab Charlotte Przybyłek aus Bartenstein zu: „Ich bin nicht ganz zufrieden. Mit 82 wollen die Hände einfach nicht mehr so recht. Aber daheim sitzen



Fleißig bei der Arbeit: Teilnehmerinnen der Werkwoche

und nichts tun, das kann ich schon gar nicht.“ Dasselbe gilt für Edith Kaminski aus Osterode, die seit 20 Jahren kaum eine Werkwoche ausgelassen hat: „Ich habe schon viele schöne Sachen geschaffen, auf die ich stolz bin. Doch selbst wenn ich abends vor

dem Fernseher sitze, muss ich mit meinen Händen etwas machen.“

Ähnlich zeitintensiv wie Weißstickerei ist das für Ostpreußen typische Doppelweben. Diese Technik wurde auf der aktuellen Werkwoche nicht gezeigt, der Transport des dazu nötigen Web-

stuhls war nicht möglich. Trotzdem präsentierte Uta Lüttich zur Eröffnung der Ausstellung einen Läufer, der auf diese Weise angefertigt wurde und blau auf beige in fünf Bildern die Geschichte Ostpreußens von seiner Besiedlung bis zum Ende des Zweiten

Bild: Hahnkamp

Weltkriegs zeigt. „Hier war die Webkunst zuhause. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts wurde auf vielen Feldern Flachs angebaut, der verarbeitet und im Winter gesponnen wurde. Dichte Leinwandrollen für die Aussteuer der Töchter wurden daraus gewebt“, schildert Uta Lüttich den Verdienst der Frauen. Das Wissen um diese Handarbeitskunst will sie mit der Werkwoche weitergeben, doch alle Frauen kann sie nicht erreichen: „Wir können hier Anstöße geben, die Teilnehmerinnen sehr gut schulen, aber das Weitergeben vor Ort ist dann Sache der Handarbeitskreise, der einzelnen Gesellschaften.“ Nebenbei förderte das Projekt dank des gemeinsamen Arbeitens die Gemeinschaft der Frauen untereinander; die Werkwoche wird zum Tauschforum für Sorgen und Freuden und letztendlich zu einem Stück Heimat. Die

finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Ostpreußen und für die abschließende Ausstellung außerdem vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen ist also gut angelegt.

Uwe Hahnkamp

Auf den Spuren der Katharinenschwestern-Gründerin

Internationale Tagung und Ausstellung zum 400. Todestag von Regina Protmann in Allenstein

Aus Anlass des 400. Todestages von Regina Protmann, der Gründerin der Katharinenschwestern, hat die wissenschaftliche Gesellschaft „Pruthenia“ gemeinsam mit der Kongregation der Katharinenschwestern, der Universität in Allenstein und dem Historischen Verein für Ermland die internationale Tagung „Selige Regina Protmann und die Kongregation der Schwestern von der heiligen Jungfrau und Märtyrerin Katharina – Beitrag zum Kulturerbe Ermlands“ veranstaltet.

Die eingeladenen Referenten haben den Konferenzteilnehmern ein breites Spektrum der Tätigkeit von Regina Protmann und der Katharinenschwestern gezeigt, ihren historischen Hintergrund geschildert und ihren weit über ihren Tod hinausreichenden Einfluss auf das Ermland verdeutlicht.

Der Professor Stanislaw Achremczyk von der Universität in Allenstein hat in seinem Referat den historischen Hintergrund Ermlands um die Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert geschildert. Als Regina Protmann geboren wurde, war die Region durch Reformation und Gegenreformation sowie von den Jesuiten geprägt. Die ermländischen Bischöfe versuchten, die

Macht und den katholischen Glauben zu bewahren.

Der Professor Andrzej Kopiczko von der Universität in Allenstein hat während der Konferenz die Geschichte der Hansestadt Braunsberg vorgestellt. 1250 richtete Bischof Anselm dort das ermländische Domkapitel ein, das später nach Frauenburg verlegt wurde. Braunsberg war damals eine der wichtigsten Städte im Ermland. Nachdem das umliegende preußische Gebiet 1525 protestantisch geworden war, kämpften der ermländische Bischof Stanislaus Hosius und der polnische König darum, die Bürger für den katholischen Glauben zurückzugewinnen. Deswegen lud Hosius die Jesuiten nach Braunsberg ein. Ge-

Schwerpunkt auf ihrem Einfluss auf das Kulturerbe Ermlands

meinsam gründeten sie dort 1565 das Lyceum Hosianum, eine höhere Lehranstalt, das Gymnasium und 1578 ein katholisches Seminar für die Missionierung der nördlichen Länder.

Über die Entstehung der Kongregation der Katharinenschwestern sprach der Professor Marek Inglot von der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom. Ab 1571 lebte Regina Protmann mit zwei Gefährtinnen in einer geistlichen Gemeinschaft. Regina entwarf die erste Ordensregel, die unter anderem besagte, dass die Schwestern nicht in Klausur leben, sondern in der Krankenpflege tätig werden. Die Gemeinschaft samt der Ordensregel wurde vom Bischof Martin Kromer anerkannt. Die Schwestern arbeiteten auf den Gebieten der Alten- und Krankenpflege, der Betreuung von Waisen sowie der Erziehung und Ausbildung der Mädchen. Zu dieser Zeit waren die Schulen nur für die Jungen zugänglich. Erst die Katharinenschwestern gaben auch Mädchen diese Möglichkeit.

Die freiberuflich tätige Historikerin und Autorin Relinde Meiwes hat mit ihrem Vortrag „Aufbruch zu neuen Ufern: Die Geschichte der Schwestern der hl. Katharina vom Kulturkampf bis zum Ersten Weltkrieg“ gezeigt, wie innovativ die Idee von Protmann war und welch großen Einfluss sie auf die Frauenrolle über ihren Tod hinaus hatte. Immerhin schuf sie die erste

Frauenordensgemeinschaft, die nicht in der Klausur lebte. Erst ab der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die sogenannte Frauenfrage thematisiert. Frauen suchten nach neuen Wegen der Teilhabe an Staat, Gesellschaft und Kirche. Mädchen und Frauen besuchten die Schule, strebten nach einer verbesserten Bildung, wollten Berufe erlernen und suchten nach einer Existenzsicherung außerhalb der Familie. Aus der Trias von Kirchenfrage, Frauenfrage und sozialer Frage entstand eine besondere Dynamik, die von Meiwes als „Frauenkongregationsfrühling“ bezeichnet wurde. Die zahlreichen neuen Frauenkongregationen boten den Frauen die Möglichkeit, Bildung, Berufstätigkeit, ökonomische Absicherung und religiöse Lebensführung miteinander zu verbinden.

Vor allem ab dem 19. Jahrhundert wirkten die Katharinenschwestern nicht nur in Ermland, sondern auch in Königsberg, Berlin, Litauen, Liverpool, Helsinki und Brasilien. Mittlerweile sind sie sogar im afrikanischen Togo aktiv.

Die Flexibilität, auf veränderte Bedingungen zu reagieren, ist vielleicht der entscheidende Grund dafür, dass die Kongregation heute

auf eine mehr als 400-jährige Geschichte zurückblicken kann. Immer wieder gelang es den Schwestern nach einer neuen Interpretation des Gründungsscharismas zu suchen.

Ihre Bedeutung für die Frauenrolle war auch ein Thema

Hans-Jurgen Karp vom Historischen Verein für Ermland hat in seinem Referat „Die Katharinenschwestern im ermländischen Kollektivgedächtnis. Zur Frage der Bedeutung Ermlands für die Identität der Kongregation“ die wichtige Frage gestellt, was das Ermland für die Katharinenschwestern heute bedeutet – in den Ländern, in denen sie heute wirken, vor allem aber in der Bundesrepublik Deutschland und in den Ländern der ehemaligen Rzeczpospolita, in Polen und Litauen, wo sie einst ihre segensreiche Tätigkeit begonnen haben.

Die Katharinenschwester Magdalena Krebs hat von der neuesten Geschichte der Kongregation berichtet.

Anschließend fand in dem Museum für Ermland und Masuren in der Allensteiner Burg die Ausstellungseröffnung: „Selige Regina Protmann (1552–1613) und ihr Werk. Der Beitrag der Katharinenschwestern zum Kulturerbe Ermlands“ statt. Mit dieser Ausstellung soll das Klosterleben sowie die Tätigkeit der Kongregation außerhalb der Klausur den Besuchern nahegebracht werden. Sie können sich die Gegenstände, die mit dem alltäglichen Leben der Schwestern verbunden waren, wie auch die Ordensdokumente und Bilder, die aus den Katharinenhäusern stammen, ansehen. Außer der Krankenpflege beschäftigte sich die Kongregation auch mit der Herstellung von Kerzen und Posamenten sowie Spinnen, Weben, Nähen und Sticken. Die handwerklichen Arbeiten haben die Schwestern zur hohen Kunst erhoben. Deswegen kann man auf der Ausstellung hochwertige ermländische Hauben aus dem 19. Jahrhundert, liturgische Gewänder und Kaseln mit reicher Ornamentik aus dem 17. Jahrhundert bewundern. Die Ausstellung kann man bis 18. August besichtigen. Der Eintritt beträgt vier Złoty (knapp ein Euro).

Edyta Gładkowska



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

das „Plachanderstundchen“, von dem wir in Folge 20 berichteten, hat scheinend einige Leserinnen und Leser angeregt, auch mit unserer Familie e bätke to plachandre, etwas zu erzählen, wozu man beim Lesen unserer Familienseite angeregt wurde. Wenn da ein Name oder Begriff aus längst vergangenen Tagen auftaucht und plötzlich eine Erinnerung wach wird, die man längst vergessen glaubte – dann ist das schon ein Anlass, einfach drauflos zu schabbern. Das hat auch Herr **Otto Meitza** aus Meerbusch getan, der immer durch unsere Familienseite an seine ostpreußische Heimat erinnert wird und nun zur Feder griff, als er in Folge 16 den von Frau **Adelheid Kloo** erwähnten O r t s n a m e n Schmauch las. Hier im Kreis Preußisch Holland ist auch Herr Meitza zu Hause, und so erinnert er sich bis in alle Einzelheiten an ein Erlebnis aus seiner Schulzeit: „Im Sommer 1938 unternahm die Frauenschaft von Schmauch eine Ausflugsfahrt mit dem Busunternehmer Thimm aus Liebstadt nach Rudczanny/Niedersee. Da der Bus nicht voll ausgelastet war, hat Lehrer **Hahn**, der in unserer einklassigen Volksschule Kallisten unterrichtete, die noch offenen Plätze mit den oberen Schuljahren aufgefüllt. Für mich war dieser Ausflug ein einmaliges Erlebnis, das bis heute in meiner Erinnerung geblieben ist. Herr **Thimm** hat dort für alle Schüler ein Eis spendiert. Möglicherweise hat eine der Angehörigen von Frau Kloo, vielleicht sogar ihre Mutter, diesen Ausflug mitgemacht!“ Es dürfte eher die Oma von Frau Kloo gewesen sein, die an der Fahrt teilgenommen hat. Immerhin taucht jetzt zum ersten Mal dieser Ortsname auch von anderer Seite in unserer Kolumne auf, was sich Frau Kloo mit ihrer ersten Suche vor zwei Jahren so sehr erwünscht hatte, damals leider vergeblich. Ein winziges Fünkchen Hoffnung für die Enkelin, endlich etwas über ihre geliebte



Wer ist der kleine Junge auf dem Kinderbild aus dem Raum Königsberg?

Großmutter **Berta Weil** aus Schmauch zu erfahren, wenn sich nun aufgrund der Erinnerung von Herrn Meitza vielleicht auch andere Leserinnen und Leser aus dem Kreis Mohrunge melden.

Unser Leser aus Meerbusch baut mir eine gute Brücke zu den nächsten Zuschriften, die noch immer auf die Schilderung meiner Konfirmation in Folge 13 eingehen. Allerdings kann er sich im Gegensatz zu mir noch sehr gut an seinen Einsegnungsspruch, den Pfarrer **Bohle** in der Kirche von Reichau am Palmsonntag 1939 sprach, erinnern: „Herrgott, du bist meine Zuflucht für und für.“ In meine Konfirmationskirche, die Altroßgärter Kirche in Königsberg, führt nun der Brief von Frau **Elisabeth Lehnert** geborene **Pensky**, die auch dort eingeseget wurde – von Pfarrer Pensky, mit dem sie auch entfernt verwandt ist. Elisabeth wohnte ganz in der Nähe des Gotteshauses, in der Altroßgärter Kirchenstraße 13, wo sich im Hinterhaus der große Saal der Landeskirchlichen Gemeinschaft „Tabor“ befand. Das wird nun wieder Herrn **Heinz Ney** interessieren, der für seine Dokumentation „Gottes Häuser in Königsberg“ Informationen benötigt. Bedanken möchte ich mich da bei Herrn **Johannes Meyer** aus Castrop-Rauxel, der zu diesem Thema sämtliche Königsberger Baptistengemeinden aufgelistet hat, die im Jahr 1932 rund 4000 Mitglieder zählte. Wir haben sie an Herrn Ney weitergeleitet.

Aber Frau **Elisabeth Lehnert** baut mir nun eine weitere Brücke für unsere Kolumne, denn unvergessen bleibt für sie ihre Lehrerin an der Roßgärter Mädchen-Mittelschule in Klingershof, **Lucy Falk**. Sie war für das Mädchen nicht nur ein pädagogisches Vorbild, denn Lucy Falk war auch eine angesehene Autorin von Jugendbüchern. „Immer wenn ein neues Buch von ihr herauskam, besorgte ich es mir bei Gräfe und Unzer“, schreibt Lehnert und fragt, ob ich die Bücher von Lucy Falk kenne. O ja, und nicht nur ihre Bücher, sondern sie persönlich, denn sie

gehörte zu unserem Königsberger Autorenkreis, der einmal im Monat zusammen kam. Sie zählte zu den Unauffälligen, den Stillen in unserer Runde, eine liebe Kollegin, die vor allem Mädchenbücher schrieb. Und nun kommt die Brücke, über die ich weiter gehen kann und die zu Herrn Dr. **Martin Völker** führt. Über den Berliner Literaturwissenschaftler, der sich besonders der – fast – vergessenen Autoren aus Ostpreußen annimmt und bereits einige ihrer noch auffindbaren Werke als Reprint herausgebracht hat, haben wir oft und ausgiebig berichtet. Herr Dr. Völker leistet damit für unsere Heimat eine großartige Kulturarbeit, denn er beweist, wie reich und vielfältig die ostpreußische Literaturszene in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts war. Das kommt auch in den Informationen zum Ausdruck, die Herr Dr. Völker mir jetzt zusandte. Sie basieren auf einem Schriftwechsel des Philologen mit Frau Lehnert, die ihn auf Lucy Falk hinwies, über die Dr. Völker nun zu recherchieren begann. Dabei stieß er nun auf eine weitere Autorin des damaligen Königsberger Kreises, **Clara Hanssen**, die seit 1945 als verschollen gilt. Ich hatte Dr. Völker schon auf diese Königsberger Schriftstellerin hingewiesen, und so war ihm der Name bekannt. Die Autorin mehrerer Romane gilt seit 1945 als verschollen. Und nun fand er in dem bekanntesten Buch von Lucy Falk „Ich blieb in Königsberg, Tagebuchblätter aus dunklen Nachkriegsjahren“ die Stelle, an der Clara Hanssen aus ihrem Gesichtskreis verschwand und nie wieder auftauchte. Herr Dr. Völker hat einen Auszug seinem Brief beigelegt, weil er meint, diese Szene aus dem sterbenden Königsberg würde auch unsere Leserinnen und Leser interessieren. Am 8. April 1945 verlassen die befreundeten Autorinnen das Wohnhaus von Lucy Falk in der Beekstraße. Beide werden von Russen bedrängt, drei Tage lang irren sie ohne das verlorene Gepäck umher. „Clara ist völlig erschöpft, schon ganz teilnahmslos. Sie geht wie im Traum, ist mit ihren Gedanken ganz weit fort. Plötzlich sagt sie: Grüßen Sie mir die Freundschaft!“ Nach einem weiteren schrecklichen Erlebnis mit den Russen, die es auf eine Frau mit Kind abgesehen haben, verlie-

ren sich Lucy und Clara aus den Augen. „Noch geht Clara Hanssen in der Dunkelheit neben mir. Da schreckt uns ein gellender Hilfschrei aus nächster Nähe auf, die Menschen flüchten, wir auch. Clara ist jetzt nicht mehr neben mir. Wo ist sie geblieben? Ich rufe mehrmals nach ihr – keine Antwort.“ Clara Hanssen ist und bleibt von da an verschwunden, und es ist zu vermuten, dass sie am Abend des 11. April 1945 – erschöpft, fortgeschleudert oder zertreten im Gedränge – verstarb.

Soweit Herr Dr. Völker, der sich nun noch stärker als zuvor verpflichtet fühlt, das literarische Erbe der kaum noch bekannten Autorinnen jenes Königsberger Literaturkreises mit Lucy Falk und Clara Hanssen zu erhalten und es zeitgemäß aufzubereiten, wie er es bereits mit dem Buch von **Katharina Botsky** getan hat. Natürlich ist er dann auch auf Zeitzeugen angewiesen, und da wird ihm unsere Ostpreußische Familie wieder helfen. (Dr. phil. Martin A. Völker, Donaustraße 86 in 12043 Berlin, Telefon 030/61308390, E-Mail: drm.voelker@web.de)

Alte Bücher sind Schätze, und manche bergen auch welche. Was ist da schon zwischen Seiten an Briefen, Andenken, Dokumenten und Fotos entdeckt worden, die besonders wichtig sind, wenn sie aus den Vertriebenengebieten stammen. So könnte es sein, dass das Foto, das wir heute zeigen, auch einer aus Königsberg oder Umgebung stammenden Familie Freude macht, falls die Identifikation des kleinen Jungen gelingt. Denn das Kerlchen, das darauf abgebildet ist, muss heute im Seniorenalter sein, und das lässt sich auch nicht einwandfrei bestimmen, da auf dem Foto kein Datum angegeben ist. Es gibt auch keinen Hinweis, in welchem Buch das Bild gefunden wurde. Da hätte eine Signatur vielleicht weiter geholfen. Frau **Dorothea Blankenagel** aus Düsseldorf hat es von einer Bekannten erhalten und überlässt es nun uns in der Hoffnung, dass unsere Leser und Leserinnen weiter helfen können. Dafür gibt es schon einige brauchbare Hinweise. Das Foto wurde im Atelier von **Lotte Jurgeit**, das sich am Paradeplatz 4 in Königsberg befand, aufgenommen. Die Fotografin war in den 30/40er Jahren für ihre exzellenten Porträts bekannt. Ich selber besitze ein Foto von mir, das in diesem Atelier aufgenommen wurde. Es hat das gleiche Postkartenformat, auch die Rückseiten sind identisch. Ich erhielt mein

Foto nach dem Krieg von einer Freundin zurück, der ich es gewidmet hatte – mit Datumsangabe: 1939. So könnte auch das Kinderbild etwa in dieser Zeit entstanden sein. Das Foto weist einige Merkmale auf, die auch weiterhelfen könnten. So ist das Gesicht des vermutlich Drei- oder Vierjährigen schon sehr ausgeprägt mit der hohen Stirn und der leichten Fehlstellung des linken Auges. Auffällig ist der mit Edelweißblüten bestickte Hosenlatz, der für Ostpreußen untypisch ist. Allerdings hält er keine Lederhose, sondern eine gestrickte Bux. Es könnte ja sein, dass sich ein älterer Landsmann daran erinnert, dass er in dem Atelier am Paradeplatz fotografiert wurde – immerhin für solch einen kleinen Hosenmatz ein großes Ereignis. Auffällig ist der gute Zustand des Bildes, das keinerlei Beschädigung aufweist und aussieht, als sei es gestern gemacht worden. Wir sind neugierig, ob sich dieses Kinderbild einer ostpreußischen Familie zuordnen lässt. Wir danken Frau Dorothea Blankenagel und ihrer Bekannten für die Überlassung. Ach ja, auch das konnte uns Frau Blankenagel mitteilen: Die von ihr angebotenen Bücher fanden im Handumdrehen ihre dankbaren Abnehmer. Sie war selber noch beim Lesen der PAZ, da kam schon der erste Anruf und die Betreffende erhielt die Buchersendung. Die zweite Anruferin bekam „margrietsch“ von Frau Blankenagel eine Abbildung der – auch innig von mir geliebten – Kleinbahn nach Neuhausen-Tiergarten. So holt einen immer wieder die Erinnerung ein.

Und „Erinnerung“ ist auch das Wort für die Brücke, die uns Herr **Rainer Claßen** aus Wülfershausen zu unserem letzten Thema baut. Der stellvertretende Landesvorsitzende der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern, reicht eine Bitte weiter, die das Elbinger Mitglied **Agnieszka Kopczynska** an alle ehemaligen Elbinger stellt. Das Elbinger Museum sucht ehemalige Bewohner, die ihre Erinnerungen mit den heute dort Lebenden teilen möchten und können. Herr Claßen bittet uns um Unterstützung, die wir ihm durch Veröffentlichung des Aufrufes von Frau

Kopczynska gerne erfüllen. „Einladung zum Programm Zeugnisse“ – so hat die Archäologin ihn betitelt, denn er beinhaltet auch die Aufforderung, bei einem Heimatbesuch das Archäologisch-Historische Museum zu besuchen. Ziel und Zweck der Befragung von Zeitzeugen ist eine Filmdokumentation in Form von Interviews mit ehemaligen Elbingern, die hier bis zum Jahr 1945 gewohnt haben. Frau A. Kopczynska schreibt dazu:

„Wir hoffen, dass die Gespräche mit früheren Elbingern uns – den heutigen Elbingern – die uns unbekannte Geschichte der Zeit ihrer Kindheit wieder bringen, ihre Spiele, ihre Pflichten, der jungen Freundschaften, der ersten Liebe. Wir möchten wissen, wie man früher in Elbing Festtage gefeiert hat, was zu Mittag gekocht wurde, wohin man in den Urlaub gefahren ist, welches Kino, welches Cafe man besucht hat. Mit Hilfe der gesammelten Erinnerungen werden wir uns ein Bild über die Stadt und Leute verschaffen können, das nur

in Erinnerungen geblieben ist. Im Rahmen des Programms wird eine Ausstellung mit Fotos der Interview-Teilnehmer und ihrer Familien, Archiv-Fotos, Dokumenten und alten Gegenständen entstehen. Wir wenden uns deshalb mit der herzlichen Bitte an die ehemaligen Elbinger: Teilen Sie mit uns Ihre Erinnerungen und stellen Sie uns Ihre Fotos, Dokumente und Andenken zur Verfügung, so dass wir sie digitalisieren können. Das ist für uns, die heutigen Bewohner der Stadt, sehr wichtig.“ Soweit Frau Kopczynska, die sich in Elbing als deutschsprachige Kontaktperson für die Besucher anbietet. Sie hat mit ihrem Mann im Internet (www.elbing.pl) eine der interessantesten Elbing-Seiten aufgebaut. (Internetseite des Projekts: www.mob.elblog.pl/ Deutschsprachiger Kontakt: Agnieszka Kopczynska, Telefon 0048509414 210, E-Mail: info@elbing.pl)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Castle Balga in Milwaukee

Zehnjähriger baute Modell der Ordensburg

Dies ist eine der schönsten Geschichten, die wir in letzter Zeit erhalten haben, weil sie uns beweist: Ostpreußen lebt! Auch in der dritten Generation, auch in Amerika, sichtbar und greifbar, gestaltet von einem Kind aus der Enkelgeneration. Es ist die älteste Steinburg Ostpreußens, die Burg Balga, die jetzt in Milwaukee Wisconsin USA durch den zehnjährigen Enkel einer Balgaer Familie ihre Wiedergeburt erlebte, wenn auch als Modell aus Styrofoam. Aber die gewaltige Anlage dieser 1239 erbauten Burg am Frischen Haff ist erkennbar und wird von den Besuchern der Ausstellung im Milwaukee School System bestaunt. Darüber ist besonders sein Großvater **Gerhard Kroll** stolz, denn er stammt aus Balga und hält das Gedenken an seine geliebte Heimat noch immer lebendig. Wie sein Bruder **Bernhard**, der nun an seine ehemalige Schulfreundin **Eva Droese** in Kiel einen Bericht über das „Castle Balga“ gesandt hat, die ihn nun übergibt mit der Bitte um Veröf-

fentlichung. Was wir nur zu gerne tun.

Mit ihrem Schreiben wollen wir auch beginnen, um die Vorgänge



Clayton Allen

Bilder (2): privat

für unsere Leser richtig einzuordnen. Erika Droese stammt aus Balga und ist wie alle dort Geborenen mit ihrem historisch so be-

deutenden Heimatort eng verbunden, dessen sichtbares Zeichen die letzten Steine des Burgturmes sind. Ihr verstorbener Mann hatte 1966 für die Kreiskommune Heiligenbeil das Burgmodell nach Vorlagen maßgerecht geschnitzt. Es steht in der Heiligenbeiler Heimatstube in Burgdorf bei Hannover. Ihr Schulfreund **Bernhard Kroll** wanderte in den 50er Jahren mit seinen drei Geschwistern nach Amerika aus. Sein Bruder Gerhard Kroll war ein Künstler und auch seine in Amerika geborene Tochter **Karina** hatte die Begabung zur künstlerischen Gestaltung geerbt, denn sie wurde Kunstlehrerin im Milwaukee School System. Frau Droese lernte Karina, die mit dem Amerikaner **Dean Allen** verheiratet ist, auf einer gemeinsamen Ostpreußenreise kennen, an der auch noch sechs weitere Familienangehörige teilnahmen. Sie führte natürlich nach Balga, damit die in Amerika lebenden Krolls den Stammort der Familie erleben konnten. Sicher hat diese Reise, auf der sie

auch den Rest der zerstörten Burg sahen, alle Teilnehmer sehr beeindruckt, denn als Karinas zehnjähriger Sohn **Clayton** für seine Schule ein Projekt mit dem Titel „Castels“ erstellen sollte, wählte er sofort die Burg Balga als Modell für seine Arbeit. Natürlich hat die ganze Familie mitgebaut, besonders aber sein Großvater Gerhard, dessen Bruder Bernhard nun seiner ehemaligen Schulfreundin in einem langen Brief ausführlich über das gelungene Projekt berichtet:

„Liebe Eva, Du bist Dir bewusst, dass ich ein sehr die Heimat liebender Mensch bin, wir haben die Liebe zu Balga selbst in der Neuen Welt nie ablegen können und an unsere Kinder und Kindeskin- der weitergegeben. Nun sollte Clayton, der Großsohn von Gerhard, ein School Home Projekt ‚Castels‘ erstellen. Wenn man hier von Castels spricht, denkt man gewöhnlich an England. Wie dem auch sei: Clayton wählte, bedingt durch die vielen Geschichten, die er immer von Großvater und Mut-

ter gehört hatte, die Burg Balga aus, um die Kultur und Historie Preußens zu versinnbildlichen. Ein Land, welches man vom Erdboden ausgelöscht hatte, erlebte nun hier im Jahre 2012 in dem Milwaukee Public School System eine gewisse Wiedergeburt. Der Zehnjährige baute mit Hilfe der Familie, besonders unterstützt von



Modell der Festung Balga

Großvater und Mutter, die Burg Balga aus Styrofoam nach und bemalte sie farbig. Auf den beiliegenden Fotos kannst Du sehen, wie das Modell geworden ist. Du bist der einzige Mensch, mit dem ich heutzutage noch über Heimat und Heimatgedanken sprechen kann. Menschen unseres Alters

sind eben arg mit der Heimat verbundene Wesen. Vielleicht kannst du meine Zeilen und die Fotos weitergeben an die noch lebenden Balgaer, für sie soll das dann ein Gruß von den Krolls in Amerika sein.“

Wie stark die Krolls noch mit ihrem Stammort Balga verbunden sind, beweist auch der Kittel, den Clayton bei der Demonstration seines Werkes trug: Er zeigt das Wappen von Balga, einen über einen Baum springenden Wolf. Dieses Wappen zierte auch die große Infotafel, die Balga in den verschiedenen Epochen zeigt bis zu den heutigen steinernen Relikten. Man sieht, dahinter steht doch ein Generationen umspannendes Teamwork. Alles stimmt, selbst das leuchtende Rot der aus dem schweren Lehm des Landes gebackenen Steine, das die Ordensburg östlich der Weichsel zeichnete. Wir freuen uns mit der Familie Kroll und danken Frau Eva Droese für die Übermittlung dieser so ganz besonderen Geschichte. R.G.



ZUM 99. GEBURTSTAG

Kaukel, Martha, geb. **Jedamzik**, aus Lyck, General-Busse-Straße 1, am 6. Juni
Prostka, Adolf, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 4. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Donnerstag, Alfred, aus Wehlau, Deutsche Straße 11, am 7. Juni
Kamm, Waltraut, geb. **Meyer**, aus Metgethen, Kreis Samland, am 9. Juni
Krolzik, Martha, aus Wetzhausen; Kreis Neidenburg, am 8. Juni
Mrotzek, Gertrud, geb. **Przytulla**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Roehr, Erna, geb. **Bobrowski**, verwitwete **Dudda**, aus Treuburg, Lycker Straße, am 8. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Cornelsen, Charlotte, geb. **Philipp**, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 5. Juni
Heilmann, Erna, geb. **Trotte**, aus Ebenrode, am 9. Juni
Lang, Liselotte, geb. **Becker**, aus Lyck, am 9. Juni
Nowitzki, Helmut, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 3. Juni
Schweiger, Erich, aus Kortmedien, Kreis Wehlau, am 5. Juni
Scholz, Herta, geb. **Klose**, aus Seemen, am 6. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Johann, Hildegard, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 6. Juni
Mootz, Else, geb. **Salamon**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Heidrich, Elfriede, geb. **Dudda**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 6. Juni
Heinrich, Helene, geb. **Christochowitz**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 6. Juni

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2013

- 15. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).
- 20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
- 27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
- 11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
- 14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
- 1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
- 2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.
- 4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

- 8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
- 5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
- 17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel.
- 3./7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

nen, Kreis Treuburg, am 3. Juni
Zwanzig, Christel, geb. **Danull**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 3. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ewers, Charlotte, geb. **Hennemann**, aus Hopfenbruch, Kreis Ebenrode, am 3. Juni
Felten, Gerda, geb. **Busslapp**, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 7. Juni
Gade, Edith, geb. **Maleyka**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, am 3. Juni
Grenzen, Erna, geb. **Plietzka**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 4. Juni
Grewer, Elfriede, geb. **Marwinski**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 7. Juni
Leonhardy, Wolfgang, aus Neuhäuser, Kreis Samland, am 4. Juni
Pulpanek, Anna, geb. **Meschkat**, aus Neusorge/H., Kreis Elchniederung, am 4. Juni
Schwarte, Magdalene, geb. **Dullich**, aus Rummau-West, Kreis Ortelsburg, am 5. Juni
Stein, Günter, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 2. Juni
Weber, Arno, aus Grünwiese/Pannwitz, Kreis Heiligenbeil, am 4. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Abel, Gisela, geb. **Hensel**, aus Lyck, Soldauer Weg 11, am 9. Juni
Berg, Elli, geb. **Godszinski**, aus Tapiau, Herbert-Norkus-Straße 3, Kreis Wehlau, am 5. Juni
Czylwik, Manfred, aus Markau, Kreis Treuburg, am 8. Juni
Elfert, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 5. Juni
Fröhlich, Walter, aus Ascheberg, Kreis Elchniederung, am 5. Juni
Gorlo, Renate, geb. **Osterloh**, aus Kreis Lyck, am 8. Juni
Held, Ilse, geb. **Broszel**, aus Ruddecken, Kreis Tilsit/Ragnit, am 8. Juni
Herbener, Rosmarie, geb. **Reck**, aus Widminnen, am 9. Juni
Jotzo, Johann, aus Funken, Kreis Lötzen, am 8. Juni
Labeit, Eberhard, aus Memel, Grabenstraße 13, am 8. Juni
Leidert, Wanda, geb. **Zagermann**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 3. Juni
Liedtke, Traute, geb. **Block**, aus Wehlau, Deutsche Straße, Kreis Wehlau, am 6. Juni
Lindner, Hildegard, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 8. Juni
Martsch, Benno, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 3. Juni
Oetjen, Erna, geb. **Schulz**, aus Pillau, Kreis Samland, am 9. Juni
Pietrock, Erika, geb. **Naujoks**, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 4. Juni
Pietrzyk, Gerda, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 4. Juni
Plath, Rudi-Wolfgang, aus Allenburg, Markt 42, Kreis Wehlau, am 9. Juni
Ritter, Käte, geb. **Duschneit**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 9. Juni
Samel, Dietrich, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 9. Juni
Schamrowski, Herta, geb. **Mallek**, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 7. Juni
Sinning, Ruth, geb. **Westphal**, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 8. Juni
Stein, Siegfried, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 3. Juni
Szidat, Waltraud, geb. **Groß**, aus Grünlinde, Hohenstücken, Kreis Wehlau, am 3. Juni
Taday, Gerhard, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 4. Juni
Teweleit, Manfred, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 9. Juni
Weiss, Dietrich, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 5. Juni
Wever, Eberhard, aus Bartenstein, am 6. Juni
Wiertschoch, Renate, geb. **Wagner**, aus Lyck, Soldauer Weg 11a, am 4. Juni
Woywod, Norbert, aus Schönbalen, Kreis Lötzen, am 6. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Arndt, Erna, geb. **Puchert**, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 8. Juni
Balk, Robert, aus Ramsau, Kreis Allenstein, am 3. Juni
Bartöck, Günther, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 7. Juni
Bialojan, Felix, aus Lyck, Hindenburgstraße 29, am 4. Juni
Bott, Gerda, geb. **Sembritzki**, aus Auglitten, Kreis Lyck, und aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 4. Juni
Bürger, Irene, geb. **Schwittay**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 4. Juni
Danielzik Edith, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 9. Juni
Drews, Irene, geb. **Schwarznekker**, aus Dorschen, Kreis Lyck, und aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 7. Juni
Duddeck, Günter, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 3. Juni
Findeklee, Klaus, aus Lyck, Yorkstraße 23b, am 4. Juni
Ganser, Ruth, geb. **Kecker**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 6. Juni
Gelindemann, Brigitte, geb. **Schiemann**, aus Ortelsburg, am 9. Juni
Glass, Wilhelm, aus Ortelsburg, am 6. Juni
Höff, Elfriede, geb. **Wiwianka**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 5. Juni
Hueske, Werner, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 4. Juni
Kositzki, Robert, aus Braynicken, Kreis Neidenburg, am 9. Juni
Krüger, Irmgard, geb. **Jablonski** (Morstein), aus Kreis Treuburg, am 6. Juni
Leitholdt, Eleonore, geb. **Waasner**, aus Groß Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 9. Juni
Markert, Margarete, geb. **Kutzborski**, aus Neidenburg, am 7. Juni
Marquardt, Christa, aus Reimanswalde, Kreis Treuburg, am 6. Juni
Olias, Herbert, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 4. Juni
Reinoss, Siegfried, aus Gailau, Kreis Lyck, am 6. Juni
Sbresny, Heinrich, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 7. Juni
Schwanengel, Edith, geb. **Schirwa**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 9. Juni

Sillack, Margot, geb. **Mikus**, aus Kreis Wehlau, am 6. Juni
Skotzek, Alfred, aus Ortelsburg, am 8. Juni
Tauscher, Vera, geb. **Grawitter**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. Juni
Tell, Dr. Irmhilt, geb. **Wagenführ**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 6. Juni
Walitzki, Heinz, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg, am 6. Juni
Wallat, Helmut, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 6. Juni
Zacharias, Hildegard, geb. **Dziedo**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 7. Juni

Borbe, Hans-Joachim, aus Bladi- au, Kreis Heiligenbeil, am 5. Juni
Detjen, Ulla, geb. **Gutleben** aus Fischhausen, Kreis Samland, am 5. Juni
Geschke, Vera, geb. **Krause**, aus Obrotten, Kreis Samland, am 8. Juni
Hanusa, Ursula, geb. **Kischke**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 3. Juni
Heinze, Wilfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 7. Juni
Jessen, Gerda, geb. **Heske**, aus Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 3. Juni
Klein, Renate, aus Rauschen, Kreis Samland, am 7. Juni
Landwehr, Gerlinde, geb. **Knorr**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 4. Juni
Liedtke, Elfriede, geb. **Hübner**, aus Rothenen, Kreis Samland, am 5. Juni
Lindtner, Karl, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 9. Juni
Lipka, Gustav-Adolf, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 6. Juni
Lipka, Ulrich, aus Ortelsburg, am 5. Juni
Lüdecke, Hildtraud, geb. **Smorra**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 7. Juni
Lumma, Bertold, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 4. Juni
Niermeyer, Hans, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 8. Juni
Orzessek, Dieter, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 3. Juni
Riechert, Horst, aus Ginkelsmitel, Kreis Elchniederung, am 5. Juni
Rudigkeit, Helmut, aus Kastauen, Kreis Elchniederung, am 9. Juni
Schüler, Ulrich, aus Neidenburg, am 6. Juni
Steckenbauer, Gisela, geb. **Hoffmann**, aus Trankwitz, Kreis Samland, am 5. Juni
Tietz, Erwin, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 6. Juni
Weidekamm, Wilfried, aus Wil-

lenberg, Kreis Ortelsburg, am 7. Juni
Will, Manfred, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. Juni
Zimmermann, Inge, geb. **Loch**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 3. Juni



Pokarr, Rudolf, aus Heiligenbeil, Am Markt 14, und Ehefrau Hannelore, geb. **Griesel** am 1. Juni

Lovis-Corinth-Preis 2012

Dem tschechischen Künstler Jirí Georg Dokoupil wird am 1. Juni in Regensburg im Kunstforum Ostdeutsche Galerie (Dr.-Johann-Maier-Straße 5) der Lovis-Corinth-Preis 2012 übergeben. Der nach dem aus Ostpreußen stammenden Maler benannte Preis wird bildenden Künstlern und Künstlerinnen verliehen, deren Arbeiten aus der Reflexion und dem Austausch mit der Kunst im östlichen Europa und in Affinität zur deutschen Kunst in den historischen deutschen Kulturlandschaften entstanden sind. Der mit 10000 Euro dotierte und alle zwei Jahre vergebene Preis wird gemeinsam mit dem Kunstforum in Regensburg vergeben und beinhaltet eine Ausstellung bis zum 4. ugustdes Preisträgers ebendort. PAZ

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 1. Juni, 15.30 Uhr
ARD: Bittere Ernte. Der hohe Preis des billigen Kaffees. Reportage.
SONNABEND, 1. Juni, 20.15 Uhr, Arte: Die Ahnen der Queen. Sachsen-Coburgs Hochzeit mit der Macht. Doku.
SONNABEND, 1. Juni, 22.10 Uhr, Vox: Blick ins Jenseits – Gibt es ein Leben nach dem Tod?
SONNTAG, 2. Juni, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.
SONNTAG, 2. Juni, 13 Uhr, NDR: Landpartie. Lübecker Bucht.
SONNTAG, 2. Juni, 18 Uhr, ZDF: Arm. Ausgebeutet. Abgelehnt. Reportage über die neuen Einwanderer vom Balkan.
SONNTAG, 2. Juni, 19.30 Uhr, ZDF: Terra X. Deutschland von oben: Rügens Kreidefelsen aus der Luft gemessen. Reportage.
MONTAG, 3. Juni, 20.15 Uhr, BR: laVita: Öko-Strom – Jein danke? Tobias Ranzinger befragt Bürger vor Ort.
MONTAG, 3. Juni, 21.05 Uhr, N-TV: Wir Deutschen: Vom Reich zur Republik 1871–1933.
MONTAG, 3. Juni, 22.45 Uhr, ARD: Der Fall Mollath. Justizskandal. Ein Nürnberger ist in den Fängen von Justiz, Politik und Psychiatrie. Wurde er als Zeuge entsorgt, um
Steuersünder zu decken? Reportage.
MONTAG, 3. Juni, 23.30 Uhr, SWR: Gott bewahre! – Die Welt der ultraorthodoxen Juden in Israel.
DIENSTAG, 4. Juni, 21.15 Uhr, MDR: Echt. Magazin. Klein, kleiner – unsichtbar. Spionagetechnik früher, heute und morgen.
DIENSTAG, 4. Juni, 21.15 Uhr, N24: Deutsche Panzertechnik: Der Leopard.
MITTWOCH, 5. Juni, 21 Uhr, RBB: Der lange Weg zurück in die Heimat. Reportage über drei Familien, die nach Jahren in ihrer Heimat im Osten einen Neuanfang wagen.
MITTWOCH, 5. Juni, 21.05 Uhr, Phoenix: Die Erfinder des Euro. Reportage.
DONNERSTAG, 6. Juni, 22.30 Uhr, SWR: Deutschland, deine Künstler: Christian Thielemann.
DONNERSTAG, 6. Juni, 22.35 Uhr, MDR: Bin ich gut genug? Der Kampf mit den Selbstzweifeln.
FREITAG, 7. Juni, 14.50 Uhr, 3sat: Spreewald, da will ich hin. Reisereportage.
FREITAG, 7. Juni, 20.15 Uhr, 3sat: Die Macht der Maschinen. Ich will sehen. Ein Chip fürs Augenlicht. Reportage.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN




**BADEN-
WÜRTTEMBERG**

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Montag, 3., bis Freitag, 7. Juni: Jahresausflug in den Bayerischen Wald (Cham). Aus-
kunft unter Telefon (06281) 8137.
Heidelberg – Sonntag, 9. Juni, 15 Uhr, Hotel Leonardo, Berg-
heimerstraße 63: Treffen der
Gruppe zu einem wunderschönen
Heimatsnachmittag mit der Lan-
desvorsitzenden Uta Lüttich.
Nach dem Kaffeetrinken wird sie
einen interessanten Vortrag über
Nidden und seine Maler halten:
„Nidden als Malerkolonie und
seine wunderbare und großartige
Landschaft“. Gäste sind herzlich
willkommen.

Lahr – Donnerstag, 6. Juni, 18 Uhr, Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 15. Juni, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatstreffen der Gruppe.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 19. Juni, 15 Uhr, Café Graupner, Lange Straße (Nebenzimmer): „So zärtlich war Suleiken.“ Hörbuch von Sigfried Lenz.

Hof – Aschenputtel gratuliert zum Muttertag – Am Sonnabend vor Muttertag trafen sich zahlreiche Mitglieder und Gäste der Ost- und Westpreußen in der Altdeutschen Bierstube zur Muttertagsfeier. Der Vorsitzende Christian Joachim zeigte sich erfreut über das volle Haus, begrüßte Mitglieder und Gäste und gratulierte den Geburtstagskindern des vergangenen Monats. Kulturwart Bernd Hüttner berichtete Wissenswertes über Entstehung und Traditionen

in Bezug auf Mutter- und Vatertag. Die weitere Programmgestaltung übernahm die Tanzgruppe, die mit der Ermländer Tracht schon optisch einen Höhepunkt setzte. Im Wechsel mit Frühlingsliedern, die alle gemeinsam sangen, gestalteten die Kinder und Erwachsenen das Programm mit Gedichten, Tänzen und Geschichten, die zum Nachdenken anregten. Höhepunkt war das Theaterstück „Aschenputtel“, das durch seine unkonventionelle Art die Lachmuskeln der Zuschauer strapazierte. Beendet wurde der besinnliche, aber auch fröhliche Nachmittag mit dem Überreichen der Muttertagsblumen durch Frau Gerda Künzel. Am 29. Juni unternimmt die Gruppe einen Ausflug, der in das Kulturzentrum Ostpreußen nach Ellingen führt. Dort wird die aktuelle Ausstellung „Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland“ besucht. Abfahrt ist um 9 Uhr am Bahnhof Neuhof. Die Versammlung am 8. Juni entfällt aus technischen Gründen.

Ingolstadt – Sonntag, 16. Juni, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

Landshut – Dienstag, 4. Juni, 14 Uhr, Minigolf-Platz, Mitterwöhr: Treffen der Gruppe. – Dienstag, 18. Juni, 14 Uhr, Insel, Biergarten: Zusammenkunft der Gruppe.

München – Freitag, 13. Juli, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe. – Sonnabend, 15. Juni, 13 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Bunter Nachmittag mit gemeinsamem Singen, kurzen Wortbeiträgen und musikalischer Begleitung des Ehepaars Bethke. Zu Beginn gemeinsames Mittagessen „Königsberger Klopse“. – Jeden Montag, 18–20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Ansprechpartner Dr. Gerhard Gräf,

Wirken Sie mit an der Stiftung
»Zukunft für Ostpreußen!«

Fürst Fugger Privatbank
Konto-Nr.: 1001834983
BLZ: 72030014



Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blnde.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Lyck – Sonnabend, 1. Juni, 15 Uhr, Kleiner Ratskeller, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.

Tilsit-Ragnit / Tilsit-Stadt – Sonnabend, 1. Juni, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.

Wehlau – Sonntag, 2. Juni, 15 Uhr, Gasthaus Linden Garten, Alt Buckow 15 a, 12349 Berlin. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.

Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 7. Juni, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppe. Informationen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

Rastenburg – Sonntag, 9. Juni, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

Frauengruppe – Mittwoch, 12. Juni, 13.30 Uhr, Café Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Treffen der Gruppe. Geschichten aus dem Hausbuch ostpreußischen Humors. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Gumbinnen / Johannsburg / Lötzen / Sensburg – Dienstag, 18. Juni, Restaurant Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 19, 12203 Berlin: Sommerfest. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Kirche, Telefon (030) 4032681, für Johannsburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.

Bartenstein – Sonnabend, 22. Juni, 14 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Zimmer 21, Kirchstraße 1–3, 14163 Berlin. Anfragen bei Elfriede

de Fortange, Telefon (030) 4944404.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen.

Bremen – Freitag, 7. Juni, 12.30 Uhr, Hotel Robben, Grollander Krug, Emslandstraße 30: Spargelessen der Frauengruppe, zu dem alle Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft herzlich eingeladen sind. Das Haus ist mit den Linien 1 oder 8 der BSAG bestens erreichbar (Haltestelle „Norderländer Straße“). Für 18,90 Euro pro Person gibt es 500 Gramm Spargel, Salzkartoffeln, Sauce Hollandaise oder Butter sowie wahlweise Schnitzel, roher Schinken oder Schweinemedallions. Vorsuppe und Dessert können gesondert bestellt werden. Anmeldungen bitte bis spätestens 3. Juni bei Frau Richter, Telefon 405515 oder in der Geschäftsstelle. – Donnerstag, 6. Juni, 16 Uhr, Hotel zur Post, Großer Salon: Für alle, die sich für die Armenienreise angemeldet haben, aber auch für alle anderen, die sich für das Land und die Menschen dieser Region interessieren, bietet die Gruppe einen Informationsnachmittag über Armenien, seine Menschen, seine Legenden und seine Kultur an. Referent ist Dr. Jochen Mangelsen, ehemals Redakteur von Radio Bremen und Autor mehrerer Bücher über Armenien, das er sein Zauberland nennt und das er intensiv bereist hat.

Bremerhaven (Elbing) – Sonntag, 16. Juni, 15 Uhr, Mütterstein im Bürgerpark: Gedenkstunde des Bürgervereins Geestemünde.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 24. Juni, 15 Uhr, Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatsnachmittag.

KREISGRUPPE

Elchniederung – Mittwoch, 12. Juni, 14 Uhr, Gesellschaftshaus Lackemann, Litzowstieg 8, Hamburg-Wandsbek (zu erreichen mit der U1 bis Wandsbek-Markt oder S-Bahn bis Wandsbeker Chaussee und eine Station weiter mit der U1 bis Wandsbek-Markt, dort Ausgang Quarree und Durchgang neben dem Hotel Tiefenthal benutzen: Treffen der Gruppe. Für diesen Nachmittag hat eine vielseitige Sängerin ihr Kommen zugesagt. Die Organisatoren hoffen auf rege Teilnahme der Mitglieder. Gäste sind herzlich willkommen.

„Ihre Eltern kamen aus Masuren“ – Ausstellung vom 9. Juli bis 18. August in Gersfeld

Im Kur- und Bürgerzentrum Gersfeld wird die Ausstellung zu sehen sein. Sie skizziert die Herkunft und den Werdegang zahlreicher Spieler des früheren „Schalker Kreisels“, der nach 1945 mit Spielern wie Ernst Kuzorra und Fritz Sze-

pan mit feinstem Fußball zur berühmtesten deutschen Mannschaft aufstieg. Eröffnung der Ausstellung des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen am 9. Juli in der Stadthalle um 19 Uhr durch den Bundestagsabgeordneten Michael Brand und den Kurator der Ausstellung, Wolfgang Freyberg. PAZ

Heiligenbeil – Sonnabend, 15. Juni, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Die Gruppe feiert ihr Sommerfest. Hierzu sind alle Mitglieder der Gruppe und Freunde herzlich eingeladen. Mit Kaffee, Kuchen und einem Filmvortrag will die Gruppe in geselliger Runde einige fröhliche Stunden miteinander verbringen. Der Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Film-Vortrag beträgt fünf Euro. Der Seniorentreff ist mit der Bus-Linie 116 von den U-Bahn-Stationen Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek-Markt zu erreichen. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950 bis zum 14. Juni erbeten.

Königsberg – Freitag, 7. Juni: Ausflug der Gruppe zum Museum „Pr. Holland“ in Itzehoe. Treffen um 8.30 Uhr bei der Tankstelle gegenüber dem Dammtor-Bahnhof. Danach Fahrt zum Mittagessen ins Café Königsberg. Zur Auswahl stehen: Königsberger Klopse, ein Fischmenü, Pizza, Hühnerfrikassee, alle inklusive Nachtschiff für zehn Euro. Um umgehende Anmeldung unter Telefon (040) 4604076 wird gebeten. Es sind noch einige Plätze frei. Gäste sind herzlich willkommen.

Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Rückfragen bei Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail-Adresse: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.


Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 15. Juni, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus: Treffen vor der Sommerpause. Nach der Kaffeetafel hält Dieter Leitner einen Vortrag zum Thema „Das Ende des Sterbens für Napoleon durch den Abschluss der Konvention von Taurroggen vor 200 Jahren“. Im Juli ist Sommerpause. Danach trifft sich die Gruppe wieder am 17. August.

Hanau – Sonnabend, 15. Juni, 15 Uhr, Sandelmühle, Philipp-Schleißner-Weg 2a: Frühlingsfest. Alle Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen, mit der Gruppe Volks- und Wanderlieder zu singen. Ostpreußische Gedichte und Beiträge werden ebenfalls vorgetragen. Bei Kaffee und Kuchen und einem kleinen Imbiss, spendiert von der Landsmannschaft, sollen gemeinsam ein paar fröhliche Stunden verlebt werden. – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15 Uhr, Café Menges, Hirschstraße: Treffen der Frauengruppe. Gäste sind herzlich willkommen.

Kassel – Donnerstag, 6. Juni, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, AWO-Seniorenheim, Am Wehrturn 3: Dia-Vortrag und Filmvorführung von Pfarrer Alfred Scherlies „Reiseeindrücke in Ostpreußen früher und heute“. – Zum Heimatsnachmittag im Mai fanden sich zahlreiche Mitglieder und Ostpreußenfreunde ein. Jörg Petzold aus Dresden, ausgewiesener Kenner des Eisenbahnwesens in der ehemaligen Provinz, zeigte anhand historischer Fotos, wie sich das Reisen zu deutscher Zeit gestaltete. Das Bildmaterial umfasste über die Eisenbahnen und das Schienennetz hinaus Ansichten von mehr als 20 Bahnorten vom westpreußischen Dirschau

mit seiner bedeutsamen Weichselbrücke bis zum Grenzbahnhof Prostken bei Lyck. Aufmerksamkeit erlangten gleichermaßen bahnbezogene Dokumente wie Fahrkarten, Fahrpläne und Streckenkarten sowie Werbeschriften, welche das reisefreudige Publikum auf die Nehrungen, an die Steilküste, nach Königsberg oder zu den masurischen Seen locken sollten. Da wurden Erinnerungen an eigene Reiseerfahrungen in der Heimat wach, und wo nicht, bewahrte das Gedächtnis doch oft Erzähltes aus Elternmund über Bahnabenteuer in guten oder weniger guten Zeiten. Am Ende des überaus anschaulichen Vortrags konnte der „Reiseführer“ aus Sachsen kräftigen Applaus und Worte der Anerkennung entgegennehmen.

Wiesbaden – Dienstag, 11. Juni, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe. Sommerfreuden in der Heimat. Zuvor ist Gelegenheit zur Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen. – Sonnabend, 15. Juni, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: „Königsberg/Kaliningrad – die doppelbödige Stadt“. Postsowjetische Eindrücke in Wort und Bild von Luise Wolfram, Hannover. Zusammen mit ihrem Mann, der als Propst in Königsberg für den Gemeindeaufbau unter Russlanddeutschen verantwortlich war, hat sie von 1999 bis 2002 in Königsberg gewohnt und das Leben der Menschen geteilt. Zuvor ist Gelegenheit zur Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen. – Donnerstag, 20. Juni, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Spargel mit Schinken. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 14. Juni bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg. Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Helmstedt – Donnerstag, 13. Juni, 15 Uhr, Begegnungsstätte, Schützenwall 4: Treffen der Gruppe.

Osnabrück – Freitag, 21. Juni, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 13. Juni, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42: Monatstreffen der Gruppe. Joachim Rebuschat berichtet über seine Reise ins Königsberger Gebiet im Mai, der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es unter Telefon (05751) 5386 oder rebuschat@web.de – **Stadtpläne (alt und neu):** Königsberg, Tilsit / Ragnit, Gumbinnen, Insterburg. Für Forscher, Touristen und andere gibt es seit kurzem diese interessanten Stadtpläne unter anderem von Königsberg, Tilsit / Ragnit, Gumbinnen und Insterburg. Damit ein Vergleich zwischen alt und neu möglich ist, wurden auch

Anzeigen

Kompetenz & Qualität

Frieling-Verlag Berlin, der Privatverlag mit Tradition, gibt Autoren die Möglichkeit, Manuskripte als Bücher veröffentlichen zu lassen. Kürzere Texte können Aufnahme in Anthologien finden. Handwerkliche Qualität und eine spezifische Öffentlichkeitsarbeit sind unsere Stärke.

Verlag sucht Autoren

Fordern Sie unverbindlich Gratis-Informationen an.



Frieling-Verlag Berlin • Rheinststraße 46 o • 12161 Berlin • Tel. (0 30) 7 66 99 90
Fax (0 30) 7 74 41 03 • E-Mail: lektorat@frieling.de • www.frieling.de/paz

Masuren-Königsberg-Danzig
Kurische Nehrung

Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

PAZ wirkt!

www.preussische-allgemeine.de

Schreiben Sie?

Wir veröffentlichen Ihr Manuskript!

Seit 1977 publizieren wir mit Erfolg Bücher von noch unbekannten Autoren. Kurze Beiträge passen vielleicht in unsere hochwertigen Anthologien. Wir prüfen Ihr Manuskript schnell, kostenlos und unverbindlich.

edition fischer

Orber Str. 30 • Fach 71 • 60386 Frankfurt
Tel. 069/941 942-0 • Fax -98 / -99
www.verlage.net
E-Mail: lektorat@edition-fischer.com

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

die alten Pläne neu gezeichnet. Für Königsberg ist sogar ein Überlagerungsplan vorhanden. <http://www.myheimat.de/rinteln/d2518127.html>



**NORDRHEIN-
WESTFALEN**

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon. Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaefft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Für das große Interesse, das der von der Landesgruppe herausgegebenen Broschüre „Die Deutschen in Polen 1918 bis 1939“ von Prof. Dr. Hartmut Fröschle entgegengebracht worden ist, dankt die Gruppe den Lesern der PAZ sehr. Eine Neuauflage ist in Auftrag gegeben und kann Anfang Juni 2013 zur Auslieferung kommen. Wir bitten Sie um etwas Geduld.

Bielefeld – Montag, 3. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 6. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Donnerstag, 13. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Ostpreußisch Platt. – Donnerstag, 20. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Bonn – **Ostpreußenreise** der Kreisgruppe vom 13. bis 23. Juni mit Übernachtungen in Posen (Hinfahrt), Allenstein, Sensburg, Frauenburg, Danzig, Stettin (Rückfahrt). Teilnahme am deutschen Sommerfest in Osterode. Ein Tagesbesuch per Taxi nach Königsberg ist möglich, dafür ist ein Visum notwendig. Gesamtkosten für Bus und Halbpension pro Person im Doppelzimmer 858 Euro, Zuschlag für Einzelzimmer 190 Euro. Anmeldung bei Manfred Ruhnau, Bahnhofstraße 35 B, 53757 Sankt Augustin.

Dortmund – Montag, 17. Juni, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Sonnabend, 1. Juni, 10 bis 18 Uhr: Kursus Weißstickerei. – Mittwoch, 5. Juni, GHH/Konferenzraum: „50 Jahre GHH – Persönlich gesehen“, Teil 1. Oskar Böse und Rüdiger Goldmann im Gespräch mit Dr. Sobotta. – Freitag, 6. Juni, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Lesung mit Dr. Hajo Buch und PD Dr. Winfrid Halder „Ein Buch tatsächlich wie eine Waffe – Vor 40 Jahren erschien Solschenizyns ‚Archipel Gulag‘“. – Sonnabend, 8. Juni, 14 Uhr, Info-Stand, Hauptbahnhof: Wandertreff. Gemeinsame Fahrt zum Stadtmuseum, Berger Allee 2, „725. Geburtstag Düsseldorfs“. – Dienstag, 11. Juni, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: „50 Jahre GHH – Persönlich gesehen“, Teil 2. Dr. Walter Engel im Gespräch mit Dr. Lothar Schröder. – Mittwoch, 12. Mai, GHH/Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 13. Juni, 8.30 Uhr, Busbahnhof Worringer Straße: Tagesfahrt ins schöne Ahrtal und nach Bad Münstereifel (Adorf-Bus). – Donnerstag, 13. Juni, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum:

Lesung und Gespräch mit Verena Nolte: „Ich wusste, jetzt muss ich darüber schreiben“, Horst Bie-neks veröffentlichte Erinnerungen. – Donnerstag, 13. Juni, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 14. Juni, 18 Uhr, Restaurant Lauren’s, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Sonnabend, 15. Juni, 15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe. – Mittwoch, 19. Juni, GHH/Eichendorffsaal, 1. Etage: Lesung mit Volker Braun „Die Bleibe, die ich suche, ist kein Staat“. – Donnerstag, 20. Juni, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Filmvorführung/Lesung mit Cornelia Klauf (Regisseurin) und Ekkehard Maaß (Zeitzeuge): „Verbotene Reise in das Sowjetreich“.

Ennepetal – Donnerstag, 20. Juni, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung bei Heringstipp und Kartoffeln.

Essen – Freitag, 21. Juni, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfsstraße 51, 45144 Essen: Treffen der Gruppe. Besprechen eines aktuellen Themas in der Heimat, in Deutschland oder der Welt.

Gütersloh – Donnerstag, 13. Juni, 15.30 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Ostpreußische Frauengruppe.

Neuss – Donnerstag, 6. Juni, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. Gezeigt wird der Film „Schatzkästchen Ostpreußen. Dokumentarfilm zwischen den Jahren 1920–1945“. – Freitag, 14., bis Montag, 17. Juni: Jahresausflug nach Dresden. Anmeldung bei Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400. Programm bitte anfordern. – Montag, 5., bis Mittwoch, 14. August: Große Ostpreußenreise über

Stettin, Danzig, Marienburg, Masuren, Thorn, Posen. Anmeldung bei Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400. Programm bitte anfordern.

Witten – Montag, 17. Juni, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Ostpreußische Kaffeetafel. Schmaus- und Schmunzelgeschichten.

Wuppertal – Sonnabend, 8. Juni, 14 Uhr, Stennert 8, Alte Färberei, Oberbarmen: **Ostpreußisches Maifest**. Es wirken mit: der Chor „Harmonie“ unter der Leitung von Nelly Illinich, die sechsjährige Dajana mit Kinderliedern, die Tanzgruppe unter der Leitung von Ursula Knocks, das Mundharmonika-Duo Ursula Busch und Waltraut Bombe. Lustige Sketche gehören auch zum Programm. Zum Tanz spielt Christoph Marr in bewährter Weise auf. Kaffee und selbstgebackener Kuchen sind im Kostenbeitrag enthalten. Gäste sind herzlich willkommen.



**RHEINLAND-
PFALZ**

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Mittwoch, 19. Juni: Fahrt mit dem Schiff der KD nach Eltville mit Spaziergängen im dortigen Rosengarten der Fürstlichen Residenz. Treffpunkt: 11.15 Uhr an der KD-Anlegestelle Mainz. – Donnerstag, 20. Juni, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Kartenspielen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Mittwoch, 12. Juni, 10 Uhr, Treffpunkt Apotheke an der Zentralhaltestelle: Die Wandergruppe trifft sich. – Freitag, 21. Juni, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen der Frauengruppe.

Leipzig – **Festveranstaltung 60 Jahre Bundesvertriebenengesetz** – Der Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen/Schlesische Lausitz, der Verein „Erinnerung und Begegnung“ und der BdV Kreisverband Leipzig hatten am 5. Mai zu einer Festveranstaltung aus Anlass „60 Jahre Bundesvertriebenengesetz“ in die „Alte Börse“ Leipzig eingeladen. Der Kreisvorsitzende Peter Wolf begrüßte die zahlreich erschienenen Heimatfreunde und die Ehrengäste; zu ihnen gehörten der BdV Landesvorsitzende Herr Hirche MdL, Herr Dr. Baumann vom Innenministerium, Herr Prof. Stickler, Bundestagsabgeordnete Frau Kudla, Frau Dr. Goldfuß vom Leipziger Stadtrat sowie die Vorsitzenden der Kreisgruppen und Landsmannschaften in Sachsen. Nach den einführenden Worten von Peter Wolf übermittelte der Landesvorsitzende Herr Hirche die Grüße des Landesvorstandes und der Fraktion der CDU und dankte besonders dem Kreisverband Leipzig für die Vorbereitung und Ausrichtung der Veranstaltung. „Auf die Leipziger ist immer Verlass.“ Der Chor „Lied der Heimat“ unter

der Leitung von Rosa Wegelin begann die niveauvolle kulturelle Umrahmung mit dem festlichen „Brüder, reicht die Hand zum Bunde“ von Mozart. Mit dem Gedicht „Heimat“, vorgetragen von Inge Scharrer, war wohl vielen Zuhörern aus dem Herzen gesprochen. Für das Referat zum Bundesvertriebenengesetz konnte der Historiker Prof. Stickler von der Universität Würzburg gewonnen werden. In seinem interessanten und fundierten Vortrag erfuhr man viel Wissenswertes über die Anfänge des Gesetzes, das im Mai 1953 verabschiedet wurde. Stickler ging auf die unterschiedlichen Lebensbedingungen der Heimatvertriebenen im geteilten Deutschland ein, die in beiden Teilen nicht gerade mit offenen Armen empfangen wurden. Es gab viele Vorurteile, ja sogar Ablehnung diesen Menschen gegenüber. Die Vertriebenen aus allen Ostgebieten aber setzten sich tatkräftig für den Wiederaufbau des zerstörten Deutschlands ein. Der CDU ist es zu verdanken, dass man mit dem Bundesvertriebenengesetz den Menschen, die nicht nur ihre Heimat verloren und viel Leid ertragen mussten, eine Entschädigung zukommen lassen wollte. Das war nach Inkrafttreten des Gesetzes in der Bundesrepublik der Lastenausgleich, mit dem die Vertriebenen eine neue Existenz aufbauen konnten. In der DDR war das Vertriebenenthema ein Tabu. Außer der Vergabe von Land durch die Bodenreform gab es keinerlei Entschädigung. Erst nach der Wende konnten sich auch hier die Vertriebenen zu ihrer Heimat bekennen und zu

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen



Die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. trauert um ihren Ehrenvorsitzenden

Horst Mertineit

Träger des Bundesverdienstkreuzes, der Ottomar-Schreiber-Medaille und des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen Ehrenbürger der Stadt Sovetsk/Tilsit

* 11. 9. 1919 † 15. 5. 2013
in Tilsit in Mönkeberg

26 Jahre stand Horst Mertineit an der Spitze der Tilsiter Stadtgemeinschaft und erwarb sich bleibende Verdienste um unsere Heimat am Memelstrom. Sein unermüdliches Wirken für die Bewahrung des historisch-kulturellen Erbes der Stadt Tilsit fand die Achtung und Anerkennung der alten und neuen Tilsiter. Horst Mertineit wird unvergessen bleiben. Wir werden sein Andenken bewahren.

Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.
Hans Dzieran
1. Vorsitzender



So nimm denn meine Hände und führe mich bis an mein selig Ende und ewiglich. Ich mag allein nicht gehen, nicht einen Schritt: wo du wirst gehen und stehen, da nimm mich mit.

Nach langem, schweren Leiden entschlief mein lieber Mann, unser Vater, Großvater und Schwiegervater

Horst Wilhelm Mertineit

* 11. 9. 1919 † 15. 5. 2013
Tilsit Mönkeberg

Sein Leben und seine Fürsorge galten seiner Familie und seiner Heimatstadt Tilsit.

Hannelore Mertineit, geb. Schnoewitz, verw. Schmitz
Bernd-Günter und Dr. Anneliese Schmitz-Alslev
Petra und Douglas Lean-Mertineit
Dr. Martina und Annett Schmitz
Karsten Schmitz

Die Trauerfeier und Beisetzung fanden auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille im Kreise der Familie statt.

In Liebe und dankbar für den sanften Tod unserer Mutter, Schwiegermutter und Tante nehmen wir Abschied von

Erika Kohzer
geb. Wiemer

* 20. 10. 1914 † 6. 5. 2013
Tilsit Frankenthal/Pfalz

Im Namen aller Angehörigen
Gisela Kohzer
Reinhard Kohzer
Christina Kohzer-Wiedemann

Traueranschrift: Gisela Kohzer, Europaring 36, 67227 Frankenthal

Die Trauerfeier hat am 29. Mai 2013 in Grünstadt in der Friedhofskapelle stattgefunden. Die Urnenbeisetzung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Wir danken dem Team des Hieronymus-Hofer-Hauses in Frankenthal für die kompetente und liebevolle Pflege und Betreuung unserer Mutter in ihren beiden letzten Lebensjahren.

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Horst Mertineit

Träger des Bundesverdienstkreuzes

* 11. September 1919 † 15. Mai 2013
in Tilsit in Mönkeberg Schleswig-Holstein

Horst Mertineit leitete die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. von 1982 bis 2008 als 1. Vorsitzender. Mit Erfolg setzte er sich dafür ein, dass neben der Patenschaft Kiel – Tilsit auch eine Partnerschaft zwischen der Landeshauptstadt Kiel und der russischen Stadtverwaltung von Tilsit begründet wurde.

In Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste um Ostpreußen hat die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Horst Mertineit im Juni 1995 das Goldene Ehrenzeichen und im November 2004 die Ottomar-Schreiber-Plakette verliehen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Gottfried Hufenbach **Stephan Grigat** **Friedrich-Wilhelm Böld**
Stellv. Sprecher Sprecher Schatzmeister





Nach langer schwerer Krankheit nahmen wir Abschied von meiner lieben Frau, unserer lieben Mutter, Großmutter und Urgroßmutter

Erna Negnal
geb. Schäfer

* 10. 5. 1928 † 27. 4. 2013
Mohrungen/Ostpreußen Hohen Mistorf/Mecklenburg

Herrman Negnal im Namen aller Angehörigen

Die Beisetzung fand im engsten Familienkreis statt. Hohen Mistorf im April 2013

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

Vereinen zusammenschließen. Mit dem Bundesvertriebenengesetz wurde es dann möglich gemacht, dass die Vertriebenen aus der ehemaligen DDR eine Entschädigungssumme von 4000 DM erhielten. Stickler bezeichnete das Bundesvertriebenengesetz als eine Art „Grundgesetz der Vertriebenen im vereinigten Deutschland“. Nach einer kurzen Pause erfreute eine Kindergruppe der LM Deutsche aus Russland mit Tänzen zu flotter Popmusik und stellte so die Verbindung der älteren Generation zur Jugend her. Danach ergriff die Bundestagsabgeordnete Frau Kudla das Wort. Sehr aufmerksam lauschten alle der Rede, mit der Frau Kudla auf die Bedeutung des Gesetzes einging

Alle Seiten «Heimatarbeit» auch im Internet

und Stellung nahm zur Vertriebenenpolitik der Bundesregierung. Die Fraktion der CDU setzt sich nach wie vor dafür ein, dass die Förderung der Vertriebenenarbeit nach § 96 fortgeführt wird. Durch diese Förderung kann die Arbeit in den Verbänden stattfinden, können Veranstaltungen wie „Tag der Heimat“, Chöre treffen und auch die heutige Festveranstaltung durchgeführt werden. Frau Kudla wird sich in der Arbeitsgruppe für Vertriebenenarbeit im Bundesrat weiterhin mit aller Kraft für die Belange der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler einsetzen. Geplant ist der Aufbau eines Dokumentationszentrums, das 2016 fertiggestellt sein soll. Mit Heiterkeit wurde der Schlusssatz von Frau Kudla aufgenommen, dass „dieses Zentrum noch vor dem Berliner Flughafen fertig wird“. Mit viel Beifall und Blumen wurde beiden Referenten gedankt. Der Chor verabschiedete sich mit den Liedern „Ohne Sang und ohne Klang“ und „Wie ist doch die Erde so schön“. Irmgard Schäfer muss für ihre ansprechende Moderation ebenfalls ein Lob ausgesprochen werden. In seinem Schlusswort dankte der Vorsitzende Peter Wolf allen, die zum guten Gelingen dieser besonderen Gedenkveranstaltung im schönen Festsaal der Alten Börse beigetragen haben.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 10. Juni, 14 Uhr, Krötenhof: Treffen der Gruppe. Filmvorführung „Nördliches Ostpreußen“.

Halle – Sonntag, 7. Juni, 14 Uhr, Reilstraße 54, Begegnungsstätte der Volkssolidarität: Treffen der Gruppe.

Magdeburg – Dienstag, 4. Juni, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 7. Juni, 16 Uhr, Sportgaststätte des TUS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singkreis. – Sonntag, 9. Juni, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Bekanntes und Unbekanntes.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelmminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesverband – Sonntag, 16. Juni, 10 Uhr, Haus der Heimat, Kiel: **Vertreterversammlung** der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Schleswig-Holstein e.V. Tagesordnung: 1. Begrüßung und Eröffnung durch den Landesvorsitzenden Edmund Ferner, 2. Totenehrung durch Jochen Gawehns, 3. Grußworte, 4. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, 5. Genehmigung des Protokolls der Vertreterversammlung vom 24. Juni 2012, 6. Bericht des Landesvorsitzenden Edmund Ferner, zugleich in der Funktion des Kulturreferenten, 7. Vortrag: Rezension des Buches „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen“ von Jan Josep Lipski, 8. Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 – Schatzmeisterin Margarete Beyer, 9. Entgegennahme des Kasensprüfungsberichtes/Regina Gronau, 10. Aussprache zu den Berichten, 11. Entlastung des Vorstandes und der Schatzmeisterin, 12. Genehmigung des Haushaltsplanes für das Jahr 2013, 13. Musikalische Darbietungen durch „Cantabile Tilsit“, 14. Mittagspause, 15. Berichte einzelner Landsmannschaftsgruppen über ihre Arbeit und Aktivitäten, 16. Kaffeepause, 17. Anträge und Verschiedenes, 18. Die Vertreterversammlung

lung schließt mit dem Ostpreußenlied.

Bad Schwartau – Bericht von der **Frühlingsfahrt** – Es gab viel zu sehen und zu erleben bei der Frühlingsfahrt der Ortsgruppe Bad Schwartau. Vorbei an leuchtenden Rapsfeldern genossen 54 Mitglieder und Gäste bei bestem Sonnenwetter eine erholsame Fahrt nach Fehmarn, wo der Ausflugstag mit einem Besuch im Meereszentrum mit seinen „Hai-Lights“ und dem drei Millionen Liter „Ozeanaquarium“ begann. Eine spannende Unterwasserwelt, die bunter nicht sein könnte. Ein Weg durch den zehn Meter langen Unterwassertunnel führte durch hunderte von bunten tropischen Fischen. Besonders beeindruckend war das Haiaquarium. Mit einer Grundfläche von 500 Quadratmetern und einer Tiefe von sechs Metern gehört es zu den größten Aquarien Europas. 22 Zentimeter dicke und neun Meter lange Acrylfenster trennen die Besucher von den Haien, die fast greifbar nahe an ihnen vorbeischwebten. Sandtigerhaie, Ammenhaie, ein Schwarzspitzenriffhai und ein Zitronenhai wechselten sich im Vorbeischwimmen ab. Dass die meisten sich im Restaurant Doppelreihe in Burg für Fisch entschieden, hatte sicher nichts mit dem Meereszentrum zu tun, aber frischer konnte ein Seelachsfilet auf einer Insel wirklich nicht sein. Hier wurden alle bereits von Ina Naujok, der Kulturreferentin der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen sowie Danziger erwartet, die nach dem gemeinsamen Mittagessen auf einer Rundfahrt ihre Insel vorstellte. Wie sich herausstellte, eine exzellente, auf der Insel bekannte Fremdenführerin, die mit ihrem profunden Wissen jede Frage beantworten konnte. – Die **nächste Veranstaltung** wartet schon: Donnerstag, 13. Juni: Adelheid Totz aus Heiligenhafen stellt ihr Buch „In dieses Leben gekommen“ vor und berichtet über ein ungewöhnliches Leben. Da im Juli Sommerpause ist, besteht am 13. Juni bereits die Möglichkeit, sich für die Herbstfahrt einzutragen, die am 8. August startet. Näheres dazu erfahren die Teilnehmer ebenfalls bei dieser Gelegenheit. – **Nachtrag zum kurzen Bericht zur Jahreshauptversammlung und Wahl am 18. April** – Leider bat Gustav Kutz darum, aus Altersgründen nicht mehr als Beisitzer gewählt zu werden – was allen sehr leid tat. Ihm sei aber auch an dieser Stelle ganz herzlich für die jahrelange Begleitung mit Rat und Tat gedankt, in der

Hoffnung, dass man auch weiterhin mit seiner Unterstützung rechnen darf. Es konnte Hans-Albert Eckloff gewonnen werden, diese Lücke zu schließen. Die Vorsitzende Regina Gronau dankte allen für die hervorragende Zusammenarbeit – ganz besonders Gisela Rowedder, die als Schatzmeisterin einen hervorragenden Kassenbericht liefern konnte. 16 Veranstaltungen im Jahre 2012 mit großer Teilnahme der Mitglieder und Gäste und 13 neue Mitglieder sprachen für ein erfolgreiches Jahr.

Fleensburg – Achtung Änderung! Die für Mittwoch, 19. Juni, 8 Uhr, ab ZOB, 8.15 Uhr ab Exe Markthalle angekündigte Tagestour nach Lüneburg fällt aus!

Neumünster – Donnerstag, 13. Juni: Die Gruppe unternimmt eine „Fahrt ins Blaue“. Abfahrt hinter dem Finanzamt um 10.30 Uhr. Unkosten für die Teilnehmer: Mittagessen 13,50 Euro, Kaffeedeck 5,95 Euro. Die Fahrkosten übernimmt die Landsmannschaft. Sonnenschein gratis! Anmeldung unter Telefon (04321) 82314 bis 6. Juni erbeten. – **Bericht** – Am 8. Mai fand die monatliche Veranstaltung der Kreisgruppe Neumünster statt. Leider konnte die Referentin nicht wie angekündigt kommen. Schade, auf den unterhaltsamen Nachmittag hatten die Teilnehmer sich sehr gefreut, zumal auch wieder viele Gäste erschienen waren. Vorgesehen war, dass die Ostpreußische Marjell Ingrid Koch mit Witz und Humor in ostpreußischer Mundart aus ihren Büchern vorträgt. Nun waren wieder die Helfer der Gruppenleiterin gefordert! Hildegard Henning, Gerd Höpfner und Brigitte Profé trugen heitere und besinnliche Gedichte und Geschichten vor. „Komm, lieber Mai, und mache“ und viele Mai- und Frühlingslieder wurden gerne gesungen. Eisenach – Dienstag, 11. Juni, 14.30 Uhr, Rot-Kreuz-Weg 1: Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Jena – Donnerstag, 6. Juni: Tagestour mit Reisebus nach Meißen und Niederlommatsch zusammen mit der LM Pommern/Westpreußen. Führung in der Schauwerkstatt der Porzellan-

Manufaktur und Besuch der Porzellansammlung in Meißen und anschließender Schiffsfahrt auf der Elbe. Abfahrt 7 Uhr Jena-Busbahnhof. **Meiningen** – Freitag, 21. Juni, 14 Uhr, Wolkenlos: Heimatnachmittag. Sommerfest.

Mülhausen – Montag, 10. Juni, 14 Uhr, Volkssolidarität: Treffen der Heimatgruppe Königsberg. **Schmalkalden** – Donnerstag, 6. Juni, 14 Uhr, Seniorenclub der Volkssolidarität, Rötweg 6: Heimatnachmittag der Kreisgruppe „Immanuel Kant“.

Masuren zu Gast

20 Jahre AGDM – Feier in Ellingen

Im Rahmen des 36. Internationalen Museumstages wollte eine polnische Delegation aus Ermland-Masuren in Ellingen. Der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, Wolfgang Freyberg, begrüßte zur 20-jährigen Geschichte der „Allensteiner Gesellschaft deutscher Minderheit“ Anna Wasilewska, Ratsmitglied des Parlaments von Ermland und Masuren. Sie ist für Fragen im Bereich Kultur, Bildung und Tourismus zuständig und erläuterte die aktuelle Situation in Ostpreußen.

Mit guten Straßenverbindungen und mehrfach täglich verkehrenden Schnellzugverbindungen in die wichtigsten Städte sei die Region gut zu erreichen. Bis 2015 soll der momentan nicht benutzte Flughafen Szcztyno-Szymany wieder in Betrieb gehen, für den Schiffsverkehr ist ein moderner Hafen in Elbing vorhanden.

Die Städte Allenstein (175 000 Einwohner), Elbing (124 000), Lyck (59 000) und 116 weitere Gemeinden geben den 1,4 Millionen Einwohnern eine Heimat. Ermland-Masuren ist die am dünnsten besiedelte Gegend in Polen. Von 24 000 Quadratkilometern sind rund ein Drittel mit Wäldern bedeckt, 40 Prozent werden landwirtschaftlich genutzt und sechs Prozent bilden eine einzigartige ökologische Wasserlandschaft mit über 3000 Seen, Kanälen und Flüssen, von denen einige in das Frische Haff münden.

Groß ist das kulturelle Angebot, das von vielerlei Festen über Ausstellungen hin zur Kunst im Dra-



Vizemarschallin Anna Wassiliewska

Bild: mef

matischen Theater in Elbing und in der Philharmonie in Allenstein, von Orgelkonzerten in Frauenburg und Lyck bis hin zum Rockfestival in Angerburg reicht. Nationale und ethnische Minderheiten bilden einen Teil des Reichtums der Geschichte, die sich in

Städte sind gut zu erreichen

Schlössern, Rathäusern und Kirchen widerspiegeln. Die Bischofsburg Heilsberg, die Kathedrale in Frauenburg, das Schloss in Allenstein, die Burg in Rößel und der Oberländische Kanal sind Beispiele dafür. Die Holz- und Möbelindustrie, Gummifabriken sowie der Maschinen- und Werkzeugbau bilden die Arbeitgeber für die Bevölkerung, wobei Deutschland den größten Handelspartner der Region darstellt. 31 000 Studenten der Universität Allenstein werden in 58 Fachrichtungen von über 2000 Lehrern unterrichtet.

Jährlich reisen rund fünf Millionen Touristen in das an der EU-Außengrenze liegende Gebiet. Nicht zuletzt sind die Urlaubs- und Sportmöglichkeiten sowie die Bademöglichkeiten in der Ostsee ein Grund, Ermland-Masuren einen Besuch abzustatten, so Anna Wasilewska. *Manfred E. Fritzsche*



Alenstein Stadt



Alenstein-Land



Angerapp



Angerburg



Bartenstein



Braunsberg



Ebenrode



Elchniederung



Fischhausen



Gerdauen



Goldap



Gumbinnen



Heiligenbeil



Heilsberg



Heydekrug



Wehlau



Trauburg



Tilsit-Ragnit



Tilsit-Stadt



Sensburg



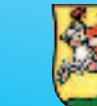
Schloßberg



Rößel



Rastenburg



Pr. Holland



Pr. Eylau



Osterode



Ortelsburg



Neidenburg



Mohrungen



Memel Stadt / Land



Lyck



Lötzen



Labiau



Königsberg Land



Königsberg Stadt



Johannisburg



Insterburg Stadt / Land

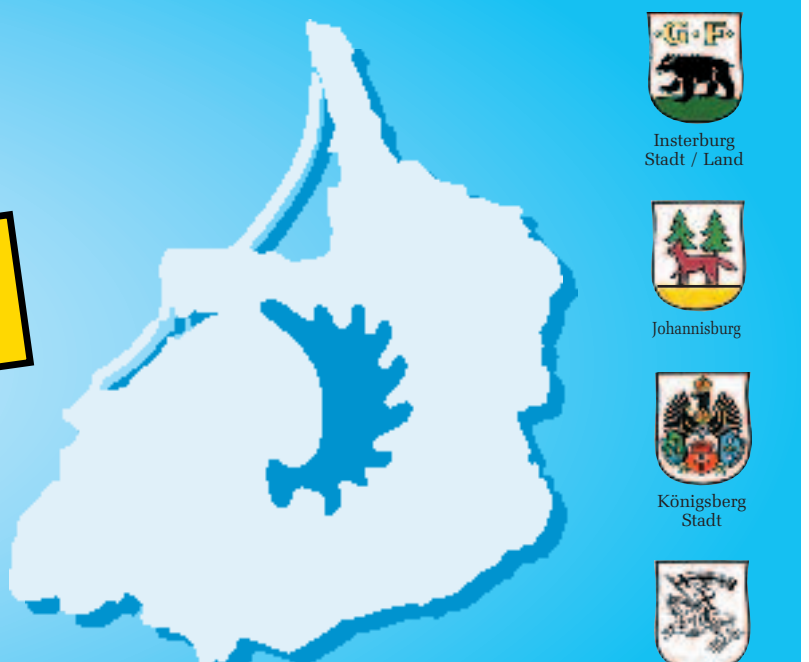
Deutschlandtreffen der Ostpreußen

Ostpreußen hat Zukunft.

17.- 18. Mai 2014, Messe Kassel

Großkundgebung am Sonntag, 18. Mai 2014, 11.00 Uhr, Rothenbach-Halle

Landsmannschaft Ostpreußen · Buchtstr. 4 · 22087 Hamburg · Telefon: 040/41 40 08-0
www.ostpreussen.de



Hitzige Diskussion um Königsberg

Fachleute uneins über den Umgang mit der Geschichte und Zukunft der Pregelmetropole

Vom 10. bis 12. Mai fand in der Academia Baltica bei Flensburg eine deutsch-russische Begegnung mit dem Titel „Königsberg-Kaliningrad: Gedächtnis und Gegenwart“ statt, bei der die Vergangenheit und die Gegenwart der Stadt zur Sprache kamen. Im Rahmen der Veranstaltung kam es zu hitzigen Diskussionen um eine mögliche Umbenennung der Stadt.

Der große Andrang auf das deutsch-russische Seminar der Academia Baltica in der Senkelmark Akademie beweist, wie brandaktuell das Thema „Königsberg“ ist. Von 120 Anmeldungen konnten nur 90 berücksichtigt werden. Ein Großteil der Referate wurde von den angereisten russischen Teilnehmern gehalten, von Vertretern aus Kultur und Wissenschaft, die beruflich mit dem Erhalt des kulturellen und historischen Erbes Königsbergs im heutigen „Kaliningrad“ zu tun haben. Die Vorträge führten zu heißen Diskussionen zwischen deutschen und russischen Teilnehmern.

Ein zentrales Thema der Diskussion war die Umbenennung der Stadt. Obwohl diese Frage gar nicht Gegenstand des Referats „Die Kaliningrader und Königsberg: die politische Dimension der Alltagskultur“ des deutschen Journalisten Thoralf Plath war, der über die politische Dimension der Alltagskultur sprach, lösten seine Aussagen am Rande zu diesem Thema heftige Reaktionen aus. Thoralf Plaths Meinung: „Die Wahrscheinlichkeit einer Rückbenennung sehe ich bei 1,5 Punkten bei einer Skala von 10. Mir persönlich ist die Umbenennung gleichgültig. Die beste Variante wäre, die Stadt Kaliningrad-Königsberg oder umgekehrt zu nennen.“ Nach Plaths Ansicht nennen die Bürger ihre Stadt ohnehin wie sie wollen, „der eine Königsberg, der andere Kaliningrad“. All das sei in der Sprache erlaubt und darin drücke sich auch die absolute Unwichtigkeit aus. In der städtischen Presse gehe es um andere Themen wie Staus auf den Straßen, steigende Preise, massive Bautätigkeiten vor der Fußballweltmeisterschaft, aber nicht um die Rückbenennung.

Der Königsberger Journalist Andrej Wypolsow widersprach dem deutschen Kollegen und indem er darauf hinwies, dass in der russi-



Hat Interesse an grenzüberschreitenden Ausstellungsprojekten: Marina Jadowa, Direktorin des Museums „Friedländer Tor“

schon Presse seit Anfang 2013 die Diskussion um eine Rückbenennung in den historischen Namen Königsbergs immer aktiver werde. Dem widersprach Dombauidirektor Igor Odinzow energisch. „Ich kenne diesen Journalisten nicht. Es gibt keine Diskussion in der Presse!“ Nach seinen Worten wurde vor Kurzem in Königsberg eine Straße n u m f r a g e durchgeführt, die gezeigt habe, dass nur 10 bis 15 Prozent der Befragten eine Rückbenennung positiv sehen. „Es kommt die Zeit, da werden die Kaliningrader Menschen entscheiden, was die Stadt sein soll... Jetzt besteht keine Notwendigkeit, die Frage aufzuwerfen. Kalinin ist für uns weder Freund noch Bruder... Geben Sie uns Zeit.“

Während der Diskussion trat Igor Odinzow noch einmal emotional und kategorisch auf. Über die Notwendigkeit der Wiedererrichtung von Kirchen und Burgen im Königsberger Gebiet sagte er: „Sie

Deutschen, wie können Sie uns vorwerfen, dass wir die ehemaligen Kirchen im Königsberger Gebiet nicht wiedererrichten, wenn Sie selbst in Deutschland ihre Kirchen Muslimen als Moscheen überlassen?“

Über verschiedene Projekte der historischen Bebauung auf dem Kneiphof wurde Odinzow deutlich: „In Königsberg gibt es eine bestimmte Gruppe (von Investoren, der Verfasser), die, ohne Kenntnis der Geschichte, uns ihre Regeln diktiert. Wenn sie auf der Insel ein Haus für Oligarchen bauen wollen, dann wird es bestimmt nicht die Wiedererrichtung des Kneiphofs, nicht das Projekt ‚Herz der Stadt‘ sein...“

Die Teilnehmer aus Königsberg referierten über ihre sehr unterschiedlichen Projekte. Maxim Popow stellte sein umfangreiches Fotoarchiv (www.pictoria.ru) sowie sein Buch „Das parallele Gedächtnis“ vor, die deutschsprachige Re-

dakteurin des TV-Senders Kaskad, Swetlana Kolbanjowa, berichtete über ein polnisch-russisches Videoprojekt zu Ostpreußen und der Stadthistoriker Alexander Popgadin beschrieb Bauetappen in der Stadt seit 1945.

Die Direktorin des Königsberger Tiergartens, Swetlana Sokolowa, erzählte von den Plänen, über Bauarbeiten und die Vervollständigung von Infrastruktur-Objekten, über die Perspektiven der Finanzierung neuer Ideen und auch über Pläne, den Geist der reichen Geschichte und der Traditionen des Königsberger Tiergartens unter neuen Bedingungen aufleben zu lassen.

Vor Kurzem wurde im Museum Friedländer Tor eine neue Ausstellung eröffnet, die den Fresken Ostpreußens gewidmet ist, dem gemeinsamen Erbe Russlands und Deutschlands. Darüber und über gemeinsame Projekte mit deutschen und polnischen Kollegen, die das Museum umsetzen möchte, berichtete die Direktorin Marina Jadowa.

Danach legte der Architekt Dmitrij Suchin eine ungewöhnliche Sicht auf die Perspektiven des Architekturerbes des Gebiets dar. Seiner Meinung nach liegt die Einzigartigkeit des Königsberger Gebiets gerade im Vorhandensein der Ruinen des 19. Jahrhunderts. „Ich behaupte, dass es im Königsberger Gebiet einzigartige Striche gibt, die ein gewaltiges Potenzial enthalten, und zwar durch das Vorhandensein von Ruinen, in der Stadt wie in der Provinz.“ Nach Meinung des in Berlin tätigen Architekten liegt gerade in der Tatsache, dass die alten Gebäude im Königsberger Gebiet viele Jahre nicht repariert wurden, ihr Plus. In solchen Häusern gebe es keine Bausünden und das sei für die Forscher eine gute Basis für die Arbeit.“

Die Diskussionen und Redebeiträge zeugen davon, dass es hinsichtlich des kulturellen und historischen Erbes der Stadt Königsberg viele aktuelle Themen gibt, dass aber auch die vielen regionalen und internationalen Projekte bezüglich des Umgangs mit der Geschichte und der Zukunft der Stadt Königsberg [Kaliningrad] sehr umstritten sind und intensiven Austausch der beteiligten Fachleute benötigen.

Jurij Tschernyschew

Zur Eigentumsfrage

Der Anspruch auf Konfisziertes besteht fort

Es ist still geworden um die Entschädigung des konfiszierten Eigentums in den Heimatgebieten der deutschen Vertriebenen. Viele Anspruchsberechtigte sind verstorben, die rechtmäßigen Erben haben resigniert oder sind ahnungslos hinsichtlich ihrer Ansprüche. Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat sich letztmalig 2006 hörbar zu der Problematik geäußert. Bei der Bundesdelegiertenversammlung 2006 wurde dazu eine Resolution verabschiedet. Sie hatte einen Appell an die Bundesregierung und die Nachbarstaaten im Osten zum Inhalt, die offenen Vermögensfragen einer Lösung zuzuführen. Die 2007 gegründete Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV) hat als Hauptziel die Entschädigung des zurückgelassenen Eigentums im Programm. Abgesehen von den Landsmannschaften Ostpreußen, Schlesien und dem Landesverband Baden-Württemberg der Sudetendeutschen Landsmannschaft wurde und wird die EUFV von allen übrigen deutschen Vertriebenenverbänden nicht unterstützt. Inzwischen haben die Bundeskanzlerin und 2004 auch der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärt, dass die Entschädigungsforderungen nicht unterstützen werden; ja, sogar darauf hinwirken wollen, dass diese unterbleiben. Dem scheint das BdV-Präsidium Rechnung zu tragen.

Jedenfalls haben alle Bundesregierungen seit 1990 versäumt, die offenen Vermögensfragen einer Lösung zuzuführen. Dabei gab es gute Gelegenheiten, das Problem auf höchster diplomatischer Ebene zu lösen. Bevor Polen Mitglied der EU wurde, hätte man deutscherseits die entsprechenden Verhandlungen führen müssen. 2003 erklärte der damalige polnische Staatspräsident Kwasniewski bei seinem Deutschlandbesuch, dass die Eigentumsfrage ungelöst sei. Er wisse auch keine Lösung. Mit gutem Willen auf beiden Seiten wäre damals eine Übereinkunft möglich gewesen. Den Enteigneten ist immer klar gewesen, dass eine Lösung der Eigentumsproblematik nur im Rahmen einer humanitären und symbolischen Geste möglich gewesen wäre. Doch noch nicht einmal eine derartige Geste des guten Willens haben die Regierungen zustande ge-

bracht. Die Bundesregierung hat den gebotenen diplomatischen Schutz der eigenen Landeskinder in der Wiedergutmachungsfrage unterlassen. Deshalb hat sie sich nun entschädigungspflichtig gemacht. Diese Auffassung hatte schon 2004 der verstorbene Völkerrechtler Blumenwitz vertreten.

Ein weiterer Aspekt, der diese Auffassung stützt, kommt hinzu. Die Bundesregierung hat im Rahmen des Natobeitritts Deutschlands 1955 den Überleitungsvertrag unterzeichnet. In diesem Vertrag verpflichtet sich die deutsche Regierung, jetzt und zukünftig, keine Entschädigungsansprüche gegenüber den Siegermächten geltend zu machen. Als Siegermächte gelten auch die Vertreiberstaaten. Kanzler Kohl hat diesen Überleitungsvertrag 1990 erneut unterzeichnet. Kohl, dem Wahrheit und Klarheit zweitrangig waren, wenn es ihm opportun erschien, hat den Überleitungsvertrag nicht dem Bundestag zur Genehmigung vorgelegt, sondern in einer kurzen Protokollnotiz die weitere Gültigkeit des Vertrages bekanntgegeben.

Der Bundesvorstand der LO hat nunmehr offiziell klargestellt, dass sich alle Entschädigungsansprüche für das konfiszierte Eigentum in den Heimatgebieten gegen die Bundesregierung richten. Dieser Haltung liegt die richtige Erkenntnis zugrunde, dass die Heimatvertriebenen nun fast 25 Jahre nach der Wende und ebenso langer intensiver Aufbauarbeit in den Ostprovinzen des früheren deutschen Reiches, das stabile Vertrauensverhältnis zwischen der heutigen polnischen und litauischen Mehrheitsbevölkerung und der deutschen Minderheit nicht gefährden wollen. Das Verhältnis zu den Nachbarn im Osten hat sich normalisiert, das soll aus Sicht der Heimatvertriebenen auch so bleiben. Die Entschädigungsansprüche der Vertriebenen wegen ihres konfiszierten Eigentums in Heimatgebieten gegen die Bundesregierung bestehen weiterhin. Der in den 50er und 60er Jahren gezahlte Lastenausgleich war keine Entschädigung. Schon in der Präambel des Lastenausgleichsgesetzes wird klargestellt, dass die Leistungen aus diesem Gesetz lediglich ein Ersatz für Nutzungsausfall sind. W. v. Gottberg

Lastenausgleich war keine Entschädigung

Kritisch, konstruktiv, Klartext für Deutschland.

Die PAZ ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Lesen auch Sie die PAZ im Abonnement und sichern Sie sich damit die DVD-Sammlung „Die Deutschen I“ oder „Die Deutschen II“ als spezielle PAZ-Prämie.

Prämie 1: Die Deutschen I

10 DVDs mit Porträts

Die Deutschen I

1. Otto und das Reich, 2. Heinrich und der Papst, 3. Barbarossa und der Löwe, 4. Luther und die Nation, 5. Wallenstein und der Krieg, 6. Preussens Friedrich und die Königin, 7. Napoleon und die Deutschen, 8. Robert Blum und die Revolution, 9. Bismarck und das Deutsche Reich, 10. Wilhelm und die Welt

Prämie 2: Die Deutschen II

10 DVDs mit Porträts

Die Deutschen II

1. Karl der Große und die Sachsen, 2. Friedrich II. und der Kreuzzug, 3. Hildegard von Bingen, 4. Karl IV. und der schwarze Tod, 5. Thomas Müntzer und der Krieg der Bauern, 6. August der Starke und die Liebe, 7. Karl Marx und der Klassenkampf, 8. Ludwig II. und die Bayern, 9. Rosa Luxemburg und die Freiheit, 10. Gustav Stresemann und die Republik

Unsere Prämie für ein Jahresabo der PAZ!

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!



Preußische Allgemeine Zeitung. Die Wochenzeitung für Deutschland.

Bestellen Sie ganz einfach per Email vertrieb@preussische-allgemeine.de

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt

☐ Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 120 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die Prämie Nr. 1 ☐ oder Nr. 2 ☐.

Name/Vorname:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Mit dem Bezug der PAZ ist die kostenlose Mitgliedschaft in der Landsmannschaft Ostpreußen verbunden. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

Konto: BLZ:

Bank:

Datum, Unterschrift:

Auf der Luxus-Welle

Das neue deutsche Kreuzfahrtschiff »MS Europa 2« in Hamburg getauft – Man reist mit dem Wohlfühlfaktor der entspannten Art

Das Kreuzfahrtgeschäft boomt. Auch die Hamburger Reederei Hapag-Lloyd, deren Containersparte schwächelt, setzt auf diesen Tourismustrend. Nach der „Europa“, „Columbus 2“, „Bremen“ und „Hanseatic“ hat sie mit der „MS Europa 2“ ein fünftes schwimmendes Hotel in Dienst gestellt. Die Taufe fand jetzt im Mai beim Hamburger Hafengeburtstag statt.

Smoking und Fliege dürfen zu Hause bleiben, das Kapitäns-Dinner ist Geschichte: Getreu dem Motto „mit 21 Knoten – und ganz ohne Krawatte“ sind auf dem neuen Luxus-Kreuzfahrtschiff „MS Europa 2“ traditionelle und steife Kreuzfahrt-Rituale über Bord gegangen. Entspannt, leger und trotzdem stilvoll soll es auf dem Schwesterschiff des weltweit einzigen 5-Sterne-plus Schiffes „MS Europa“ zugehen und damit auch eine neue, jüngere Zielgruppe ansprechen.

„Wir interpretieren den Begriff Luxus-Kreuzfahrt neu“, so Wolfgang Flägel, Geschäftsführer von Hapag-Lloyd Kreuzfahrten. „Das drückt sich in der hellen, modernen Designer-Architektur, im größten Raumangebot pro Passagier auf einem Kreuzfahrtschiff sowie in der Servicequalität aus“, so Flägel, „über 370 Mitarbeiter kümmern sich um maximal 516 Gäste.“ Wie er weiter ausführt, richtet sich das Angebot an eine anspruchsvolle, kosmopolitische Kundschaft, die zumeist beruflich stark eingespannt ist und im Urlaub ein größtmögliches Maß an Individualität und Freiheit sucht – fern von Zwängen jeglicher Art.

Mit siebentägigen kombinierbaren Reisen, die in den Sommermonaten ins Mittelmeer sowie zwei- bis dreiwöchigen Kombinationsreisen, die im Winter zu sonni- gen Fernzielen führen, ent-



Bild: Hapag-Lloyd Kreuzfahrten

Gerade frisch aus der Taufe gehoben: Die „MS Europa 2“ vor dem Hamburger Fischmarkt

spricht das Angebot auf der „Europa 2“ den Bedürfnissen dieses Kundenkreises. Auf 26 verschiedenen Routen werden insgesamt 123 Häfen angesteuert. Die Touren führen ins westliche und östliche Mittelmeer sowie auf die arabische Halbinsel und nach Südostasien. Mit einer Länge von rund 225 Metern und einem vergleichsweise geringen Tiefgang von 6,30 Metern bei einer Bruttoreaumzahl von 40 000 kann das Schiff auch kleine, von anderen Kreuzfahrern selten besuchte Häfen anlaufen wie zum Beispiel das korsische Bonifacio oder das italienische Portofino an der ligurischen Küste. Überdies stehen insgesamt zwölf Beiboote bereit, um Passagiere zu einsamen Lagunen und Stränden zu bringen.

Von schlichter Eleganz und dezentem Luxus ist auch die Aus-

stattung der Kabinen, wobei der Durchschnittspreis für eine Suite pro Person und Nacht 600 Euro beträgt. Das Schiff verfügt ausschließlich über Veranda-Suiten mit eigenem Balkon zum Meer. Insgesamt 251 Suiten in acht unterschiedlichen Kategorien haben eine Größe zwischen 28 und 99 Quadratmetern und verfügen in den höchsten Kategorien wie den beiden Owner- und Penthouse-Suiten über diverse Annehmlichkeiten – vom Butler-service bis zum eigenen Whirlpool mit Meerblick. In allen Suiten sind die täglich frisch aufgefüllte Minibar, der Internetzugang via WLAN sowie der Tablet-PC kostenlos. Als Besonderheit gibt es sieben Familien-Appartements, in denen Eltern und Kinder in zwei getrennten Bereichen wohnen, die durch eine Zwischentür

und einen gemeinsamen Balkon verbunden sind.

Auch die Gastronomie auf dem Schiff steht mit ausgedehnten Tischzeiten und ohne feste Plätze für ein Höchstmaß an Vielfalt und Flexibilität. Das Angebot umfasst acht Restaurants, darunter das Hauptrestaurant „Weltmeere“, drei Spezialitätenrestaurants mit mediterraner, französischer und asiatischer Küche sowie auf dem Sonnendeck das Buffet- und Grill-Restaurant „Yacht-Club“ mit 276 Plätzen, davon je zur Hälfte Innen- und Außenplätze. Die Sushi-Bar „Sakura“ sowie sechs weitere Bars, darunter ein Ableger der legendären Sylter „Sansibar“, komplettieren die gastronomische Palette.

Die Speisen in sämtlichen Restaurants sind im Reisepreis eingeschlossen, lediglich die

Getränke gehen extra. Neu im gastronomischen Konzept ist das Angebot, beim Küchenchef einen Kochkurs zu buchen. Die Kurse finden vormittags während der Liegezeit im Hafen statt als Alternative zu einem Landausflug. Die Teilnahme kostet 80 Euro pro Passagier inklusive Menü, begleitender Weine, Profi-Kochschürze und Rezepte.

Vielfalt und Platz in großzügig gestalteten Räumlichkeiten finden die Gäste auch im Wellness-Bereich „Ocean Spa“, der sich über nicht weniger als 620 Quadratmeter erstreckt. In den Konzerten im Jazz-Club und Comedy-Abenden in der Belvedere-Lounge mit renommierten Künstlern. Ein besonderes Highlight erwartet alle Fans von Commissario Brunetti: US-Bestsellerautorin Donna Leon wird auf ausgewählten Mittelmeer-Kreuzfahrten an Bord Lesungen halten – schließlich ermittelt ihr Commissario in Venedig.

Die „MS Europa 2“ ist die moderne und legere Interpretation eines Luxus-Kreuzfahrtschiffes auf höchstem Niveau. Der Neubau erfolgte in 20-monatiger Bauzeit auf der „STX Europe Werft“ im französischen St. Nazaire. Baubeginn war im September 2011, die feierliche Taufe erfolgte in Hamburg am 10. Mai 2013 im Rahmen des 824. Hamburger Hafengeburtstags durch Ex-Model und (Noch-)Frau des Schauspielers Til Schweiger, Dana Schweiger. Über das Investitionsvolumen wurde Stillschweigen vereinbart, da das Schiff nicht Eigentum der Reederei ist, sondern einer Investorengesellschaft gehört, die nicht in die Öffentlichkeit treten will. *Angelika Fischer*

Kreuz und quer mit Donnerhall

Im Wagner-Jahr auf den Spuren des Meisters in Sachsen – nicht nur in Leipzig und Dresden hat er seine Duftmarke hinterlassen

Richard Wagner ist ein Leipziger, stellt Thomas Krakow, Vizepräsident des Richard-Wagner-Verbandes International, entschieden fest. Am 22. Mai 1813 erblickte er auf dem Brühl das Licht der Welt. „Aber zeit seines Lebens ist er nie so recht mit seiner Vaterstadt warm geworden, und umgekehrt auch nicht“, sagt Krakow.

„Im wunderschönen Monat Mai kroch Richard Wagner aus dem Ei. Ihm wünschen, die zumeist ihn lieben, er wäre besser drin geblieben“, dichtete Wagner an seinem 42. Geburtstag. Wollte er vielleicht damit auch das ambivalente Verhältnis zu seiner Geburtsstadt persiflieren? Zum Glück zeigt das nach der Wende wie Phönix aus der Asche wieder aufgestandene Leipzig Flagge und widmet ihrem größten Sohn gleich mehrere Ausstellungen sowie das handliche Faltblatt „Wagner Wege“, das sämtliche Stationen des Meisters akribisch nachzeichnet – vom Brühl über den berühmten „Arabischen Coffe Baum“ und Auerbachs Keller bis hin zum Richard-Wagner-Hain am Elsterflutbecken, wo die Figurengruppe des Rheintöchter-Brunnens zu bewundern ist.

Auch vor der ehemaligen Stasi-Zentrale am Goerdelerring – einem tristen grauen Plattenbau – steht ein von Max Klinger geschaffener Sockel mit drei nackten Grazien aus dem „Ring.“ Am Wagner-Geburtstag ist jetzt ein lebensgroßes, vom Bildhauer

Stephan Balkenhol geschaffenes lebensgroßes Denkmal darauf montiert worden (s. Seite 9).

Was hat Müglentz, das verschlafene Nest bei Wurzen, nur mit Richard Wagner zu tun? In der Müglentzer Kirche spielte sein Urgroßvater Samuel einst die Orgel. Und in dem kleinen Haus unweit der Kirche wurde Wagners Großvater Gottlob Friedrich Wagner 1736 geboren. Jahrelang tobte ein erbitterter Kampf zwischen Wolfgang Wagner, dem Patriarchen auf dem Grünen Hügel, und der bescheidenen Pfarrei um die „Besitzansprüche“ an den Vorfahren des großen Meisters. Mit einer üppigen Spende beendete der Wagner-Enkel schließlich den Streit. Pfarrer Klaus-Peter Schmidt strahlt noch heute über das ganze Gesicht, wenn er an die Rettung seiner stark sanierungsbedürftigen Kirche mitsamt Orgel denkt. Der warme Regen aus Bayreuth kam buchstäblich in letzter Minute.

Ihr Name ist Programm: Cosima Curth gilt als Wagner-Spezialistin par excellence, die sich mit ihren Gästen in Dresden auf Spurensuche begibt. Die Häuser, in denen Wagner lebte, hat der Feuersturm des Zweiten Weltkrieges hinweggefegt. Einen kostbaren Schatz hütet die Sächsische Staats- und Universitätsbibliothek – den Autografen von Wagners Chorwerk „Das Liebesmahl der Apostel“. Der Weg führt zur Kreuzschule, in der Richard nach dem Umzug der Familie ins Elbflorenz

einst die Schulbank drückte, und schließlich zum Stadtmuseum, das in diesem Jahr mit einer aufwendigen Wagner-Ausstellung prunkt.

Eine glückliche Zeit – eine Art Urlaub – verbrachte Wagner 1846 während seines Dresdner Engagements als Hofkapellmeister in Graupa in der Sächsischen Schweiz. Seine erste Frau, die



Bild: Buhr

Im Herrenhaus Ermlitz versteckte sich Wagner vor Gläubigern

Schauspielerin Minna Planer, die er in Königsberg ehelichte, stand ihm zur Seite, als er in der unberührten Natur des „Schäferschen Gutes“ große Teile seiner Oper „Lohengrin“ schuf. Die Richard-Wagner-Stätten in Graupa mit frisch renoviertem Jagdschloss und dem anmutigen Lohengrin-Haus haben sich inzwischen zu einem Wallfahrtsort erster Güte entwickelt. Am 12,5 Meter hohen Denkmal – dem größten Wagner-

Denkmal der Welt – klicken die Kameras, brummt es auf dem reich mit Informationstafeln über den Lebensweg des Komponisten bestückten Richard-Wagner-Wanderweg im Schlosspark an den Wochenenden wie in einem Bienenstock. Babylonisches Stimmengewirr: Hier geben sich Wagnerianer aus allen Himmelsrichtungen ein Stelldichein.

szenierungen auf die Bühne kommen. Was wenige wissen: Chemnitz verdanken wir den Großteil von Wagners Werk. Aber eines nach dem anderen: Der Meister, gleichermaßen Erneuerer der Oper und enfant terrible der Musikwelt, wurde wegen aufrührerischer Umtriebe von der Obrigkeit während der Mai-Revolution in Dresden im Jahre 1849 steckbrieflich gesucht: „Wagner ist 37 Jahre alt, mittlerer Statur und trägt eine Brille“, lautete die Beschreibung der Stadt-Polizei-Deputation, welche die Bevölkerung aufforderte, „Wagnern im Betretungsfalle zu verhaften und uns davon schleunigst Nachricht zu erteilen“.

Der polizeilich Gesuchte entzog sich der Festnahme mit Hilfe seines Freundes und

späteren Schwiegervaters Franz Liszt, der ihm Geld und einen gefälschten Pass besorgte. Per „diligence“ (Eil-Postkutsche) flüchtete er in das Haus seiner Schwester in der Chemnitzer Schönherrfabrik, an welchem eine Inschrift an den denkwürdigen Besuch des Bruders erinnert. Von hier sollte es nach Zürich gehen. Zu Wagners Verdross verspätete sich die Kutsche. Ein Glücksfall, wie sich später herausstellen sollte. Denn um ein Haar wäre Wagner seinen Häschern in die Arme gelaufen. Vielen Wagnerfans gilt Chemnitz als gelobter Ort. Allein die Vorstellung, dass

ihr Idol arretiert und womöglich zum Tode verurteilt worden wäre, ist ein Albraum. Mit Revolutionären pflegte man seinerzeit kurzen Prozess zu machen.

Ein angenehmeres Kapitel im Leben Wagners spielte sich im Herrenhaus Ermlitz in Sachsen-Anhalt ab. Das elegante zweigeschossige Schloßchen mit prächtigem Landschaftsgarten – während der DDR-Zeit Kinderheim und heute nach gründlicher Renovierung Veranstaltungsort für Hochzeiten und Konzerte – dürfte so recht nach dem Herzen des Komponisten gewesen sein. „Mein lieber Schwan“, wird mancher ausrufen, der die Aufzeichnungen des Hausherrn und Wagner-Gönners Theodor Apel liest. Der große Meister war

offenbar nicht nur ein sehr anspruchsvoller Gast, sondern auch ein Schnorrer ersten Grades. Ständig in Geldnöten und auf der Flucht vor seinen Gläubigern, schrieb er eine Reihe äußerst aufdringlicher Bittbriefe an Apel.

Müssen wir Wagner deshalb verachten? Mitnichten. Halten wir es doch mit den alten Römern, die mit dem Diktum „De mortuis nihil nisi bene“ („nichts als Gutes über die Toten“) taktvoll über die großen und kleinen Schwächen der Verstorbenen hinwegsehen. Ein Jahrtausendgenie wie Richard Wagner hat dies allemal verdient.

Uta Buhr

Flucht zur Schwester nach Chemnitz



Dem Gestern ganz nah

Arno Surminski erzählt

1 9 7 4 war das Jahr von Arno Surminski, denn damals hatte der Versicherungsangestellte seinen schriftstellerischen Durchbruch mit dem Roman „Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?“. Seitdem hat der 1934 in Ostpreußen geborene Autor zahlreiche weitere Romane und Erzählungen veröffentlicht, einige waren nah dran an der Brillanz von „Jokehnen“, viele Publikationen haben einen Bezug zur Heimat des heute in Hamburg lebenden Surminski oder befassen sich mit dem Thema der Vertreibung.

Vor Kurzem erschien nun „Im Garten des Schönen. Heitere und besinnliche Geschichten aus dem Norden“. Wer vor dem Kauf nicht zuvor genau ins Buch schaut oder absolut über jede Veröffentlichung des Autors informiert ist, der denkt, er hält einen Band mit neuen Erzählungen aus der Feder des Schriftstellers in den Händen. Doch Sprache und Perspektive verraten, dass die Entstehung man-

Vertreibung spielt oft eine Rolle

cher Erzählungen einige Jahrzehnte zurückliegt. In den 70er Jahren war man eben näher an der Vergangenheit dran und diese Nähe spürt der Leser. Das ist grundsätzlich nichts Schlechtes, nur ein echter Surminski-Fan kennt manche der Erzählungen vielleicht bereits und ist deswegen verärgert über den Kauf des Buches, in dem von 17 Texten nur drei bisher unveröffentlicht sind.

Eine der drei Geschichten, nämlich „Die Stradivari von Montana“, ist äußerst gelungen. Schon das Thema ist gut gewählt. Es geht um einen über 80-jährigen Heimatvertriebenen, der seit der Rückkehr aus seiner Kriegsgefangenschaft in Norddeutschland lebt und der Besuch von einem Studenten aus den USA bekommt, der eine Ausstellung über das Kriegsgefangenenlager vorbereitet, in dem der Senior einst war. „Rosamunde oder Die Schwarzen kommen“ über ein Heavy-Metal-Festival aus Sicht eines älteren Dorfbewohners hingegen wirkt

ziemlich aufgesetzt. Und „Assi und Tull“ über den Hamburger Fußballstar der 20er Jahre, Tull Harder, dem in den 50er Jahren gegenüber einem norwegischen Spielerkollegen seine NS-Vergangenheit als KZ-Aufseher unangenehm ist, erscheint zu konstruiert.

Rührend ist die 2010 erstmals veröffentlichte Erzählung „Lisas Vermächtnis“ über eine alte Frau, die 55 Jahre nach Kriegsende ihr Elternhaus nicht verlassen will, weil sie hofft, dass ihr als vermisst gemeldeter Bruder doch noch aus dem Krieg heimkehrt und sie dann da sein will, so dass er ein vertrautes Gesicht sieht, wenn er heimkehrt. Auch die 1991 erschienene Erzählung „Mai in der Neustädter Bucht“ um eine Flüchtlingsfrau, die von ihrer Notunterkunft das britische Bombardement und den Untergang der „Cap Arcona“ mit fast 5000 KZ-Häftlingen an Bord miterlebt, weiß zu überzeugen. Zum Nachdenken regt auch „Letzer Zug nach Am-

mersby“ an. Hier reist der in Danzig geborene Fritz Broschek in das norddeutsche Dorf, in dem er und seine Mutter nach der Vertreibung untergekommen sind, um das Tafelsilber, das sie nach dem Krieg bei einem Bauern Stück für Stück gegen Essen eingetauscht haben, zurückzukaufen. Hier prallen der alte Groll eines einst Hilflosen und die echte Freude des Bauern über den unerwarteten Besuch aufeinander.

Viele der anderen, etwas über die norddeutsche Mentalität ver ratenden Geschichten, die zu meist einen Bezug zur Vergangen heit haben, unterhalten gut, sind jedoch schon bald nach der Lek ture wieder vergessen. Ein Schelm, wer da denkt, der Verlag macht sich diesen Umstand zu nutze und hofft, die meisten Leser würden die erneute Verwertung der Erzählungen sowieso nicht bemerken. *Bel*

Arno Surminski: „Im Garten des Schönen. Heitere und besinnliche Geschichten aus dem Norden“, Ellert & Richter, Hamburg 2013, gebunden, 207 Seiten, 14,95 Euro



„Wenn einer eine Reise tut, so kann er was erzählen“, ließ Matthias Claudius 1786 seinen Maulhelden Urian eine bitterböse Suda gegen alle Völker und Länder der Erde starten. Der Dichter ahnte nicht, dass knappe 110 Jahre später der habsburgische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand auf dem Kreuzer „Kaiserin Elisabeth“ mit 400 „Mann“ Besatzung und 20 „Herren“ als moderner Urian und „österreichischer Grantler“ um die Welt gondeln würde. Daraus erwuchs ein Reisetagebuch von 1100 Seiten, die nun der Herausgeber Frank Gerbert in „Die Eingeborenen machten keinen besonders günstigen Eindruck“ auf ein Fünftel eindampfte, wobei dennoch „ein Dokument von Rassismus und jägerischem Größenwahn“ verblieb.

Der ungebildete, arrogante Erzherzog Franz Ferdinand war dem Wiener Hof in wechselseitiger Ab-



seine Nachbarn, die Frau an der Kasse, der Kellner im Café oder die Dame in der Reinigung von ihm denken mögen. Woran jedoch kaum jemand einen Gedanken verschwendet, ist, was das Haus, in dem wir wohnen, wohl über uns sagen würde, sofern es denn denken und diese Gedanken mitteilen könnte.

In dem Buch „Hausroman“ hat die Autorin Gudrun Seidenauer genau diese Vorstellung weitergesponnen. Ein Haus erzählt dem Leser die Geschichte seiner Bewohner als stiller Beobachter, immer präsent, immer wachsam, aber nie in der Lage, aktiv einzugreifen. Bewohner kommen und

so mancher macht sich Gedanken, was wohl

Schießwütiges Ekel?

Tagebuch lässt Erzherzog Franz Ferdinand unsympathisch erscheinen

neigung verbunden: Ihm war der europäische Hochadel inzestuös zur „Hälfte Trottel und Epileptiker“, und Wien verzieh ihm nicht die im Juli 1900 mit Sophie Chotek, einer „nicht ebenbürtigen“ böhmischen Kleinadligen, geschlossene Ehe. Beide wurden am 28. Juni 1914 in Sarajevo ermordet. Die Trauer des politischen Wien war zwar überschaubar, doch bot sich ein Vorwand zum Krieg gegen Serbien, woraus der Erste Weltkrieg erwuchs.

Warum Jung-ehemann Erzherzog Franz Ferdinand im Dezember 1892 – 18 Monate nach Eheschließung und ein halbes Jahr nach der Geburt des ersten Kindes – für zwei Jahre auf Weltreise verschwand, wird im Buch nicht diskutiert. War sie ein weiterer „Schnellkurs“ in Weltpolitik für den künftigen Kaiser, der nie den Thron bestieg? Suchte der chronisch TBC-Kranke Heilung, oder war er der närrische Wirrkopf, als den ihn die halbe Welt ansah? Das Buch ist voll mit Passagen, die Erzherzog Franz Ferdinand als unreifen Charakter hinstellen. Mit infantiler Freude schildert er seitenlang Bordfeste wie die „Äquator-taufe“, eigene Erfahrungen mit Tä-

towierungen oder Tanzvergnügen, was alles einfach albern wirkt. Auf mentale Defekte deutet die morbide Lust des Erzherzogs auf Stätten und Prozessen abnormer Eigenheiten: Begräbnisstätten in Indien, wo Geier die Leichen „entsorgen“, inhumane Gefängnisse und Strafkolonien in Asien oder Gerichtsverhandlungen, bei denen die Angeklagten mit sadistischen Quälereien „vernommen“ werden. Dafür nimmt sich der Autor zehn und mehr Seiten Raum, für Loh nenderes hat er hingegen keinen Blick.

Der Thronfolger hat, so scheint es, nur zwei Interessen lässt er seinem kolonialen Überlegenheitsgefühl freien Raum: In Asien tragen sogar Buddha-Statuen „unintelligente“ Züge, Singhalesen sind „unschön“, Tibetaner „äußerst hässlich“, die „bezopften Brüder“ (Chinesen) heimtückisch und von „charakteristischer Unsauberkeit“, Indianer in Amerika „träge und dreckig“, Weiße „faul und roh“, zudem von „amerikanischer Rücksichtslosigkeit“ befangen. Zweitens lebte Erzherzog Franz Ferdinand seine Freude an der Jagd aus, die ihn in seinem Leben 274899 Tiere erlegen ließ. Er schoss auf alles, was

sich bewegte – indische Elefanten, australische Koalas, Rochen in der Südsee, sogar auf amerikanische Stinktiere. Am liebsten veranstaltete er seine Gemetzel von Zug-Plattformen aus oder in abgesperrten Gehegen wie bei Kängurus in Australien. Böse wurde er nur, wenn ihm in den USA „No Shooting“-Schilder die Ballerei versagten.

Selten einmal finden sich im Buch Passagen, die von Interesse sind, wie etwa diese: „Während die 423 Reservationen Kanadas vorwiegend ertragfähiges und den Indianern zusagendes Land darstellen, sind die Indianergebiete in (den USA) ärmliche und ungastliche Ländereien, deren Umfang immer wieder eingeschränkt wird.“ In Unkenntnis des vollständigen Tagebuchs ist es allerdings nicht mit Sicherheit zu sagen, ob Herausgeber Frank Gerbert bewusst nur die Stellen ausgewählt hat, die Franz Ferdinands Beschränktheit belegen oder ob der Erzherzog wirklich nichts anderes zu bieten hatte. *Wolf Oschlies*

Franz Ferdinand von Österreich-Este: „Die Eingeborenen machten keinen besonders günstigen Eindruck. Tagebuch meiner Reise um die Erde 1892 bis 1893“, Verlag Kremayr & Scheriau KG, Wien 2013, geb., 286 Seiten, 24 Euro

Ein Haus, das erzählen kann

Roman aus der ungewöhnlichen Perspektive eines Gebäudes

gehen wieder mit der Zeit und ebenso verhält es sich auch mit deren Liebe. Als der Architekt Konrad mit seiner schwangeren Frau Dora im Haus einzieht, glaubt er, sein Glück gefunden zu haben. Jahre später wird Dora ihn mit ihrer gemeinsamen Tochter Katharina verlassen, in der Überzeugung „Konrad und seine Marotten nicht länger ertragen zu können.

Das Haus schildert dem Leser unbeeindruckt die fürchterlichsten und schicksalhaftesten Ereignisse, dies jedoch auf eine fast sanfte und melancholische Art. Gudrun Seidenauer verleiht dem Haus eine Seele, ein freundlich distanziertes Wesen, das unweigerlich Zeuge all der Ereignisse in seinem Inneren wird. Und

dennoch scheint das Haus über die Taten seiner Bewohner nachzudenken, kommentiert deren Verhalten und scheint sich durch sie sogar weiterzubilden.

Das Haus interpretiert das Verhalten und das Gesagte seiner Bewohner, deren Gesten und Taten, deren Mit einander. Etwas befremdlich wirkt es auf den Leser jedoch, dass das Haus ebenso die ungesagten Dinge weiß sowie den Geist einer frisch verstorbenen Rentnerin wahrnimmt und deren Empfindungen und Erinnerungen mit dem Leser teilt. Unkritisch verfolgt es die Grübeleien der Mieter und gewährt dem Leser einen Einblick in die Facettenvielfalt der Charaktere der Bewohner. Eine Botschaft sendet das Haus jedoch

unterschwellig mit jeder neuen Geschichte, jeder Beschreibung eines Bewohners aus: Wenn die Liebe geht, bleibt nur eine triste Leere, die es zu füllen gilt.

Ein positiver Nebeneffekt des Romans ist, dass die ruhige Art des Hauses in der Rolle des unbeteiligten Erzählers während des Lesens auf den Leser abzufärben beginnt. Gudrun Seidenauer gelingt es auf diese Weise, den Leser von seinem Alltagsstress zu entschleunigen, um sich voll auf die Geschichten und Schicksale in „Hausroman“ einzulassen. Denn im Vergleich zu uns Menschen ist das Haus in einem Punkt deutlich im Vorteil – es hat jede Menge Zeit. *Vanessa Ney*

Gudrun Seidenauer: „Hausroman“, Residenz Verlag 2012, geb., 250 Seiten, 21,90 Euro



über die Uraufführung eines Shakespeare-Stückes in Kabul. Es war die erste professionelle Theateraufführung nach dem Fall des Taliban-Regimes, und die Presse-Berichte ließen durchblicken, dass das Ereignis als eine Feier zur Vertreibung der Taliban verstanden wurde. Erstmals seit 30 Jahren standen in dem von Kriegen und Terror schwer heimgesuchten Land wieder Männer und Frauen gemeinsam auf einer Bühne. Ideen, Mut und Engagement aller Mitwirkenden, besonders aber der Schauspielerinnen, waren vonnöten, um Shakespeares Komödie „Verlorene Liebesmüh“ in eine für

die afghanische Gesellschaft geeignete Fassung umzugestalten, einzuüben und einem Publikum zu präsentieren, das weder Shakespeare kannte noch mit dem Humor der englischen Gesellschaft um 1600 vertraut war. Dabei wurden auch die Handlungsorte nach Afghanistan verlegt.

Über die Vorbereitungen und Darbietungen einer der wohl ungewöhnlichsten Shakespeare-Inszenierungen aller Zeiten haben zwei der Beteiligten ein lesens-

Goethe-Institut förderte das Projekt

wertes Buch mit dem Titel „Shakespeare in Kabul. Ein Aufbruch in drei Akten“ geschrieben: der amerikanische Journalist und Entwicklungshelfer Stephen

Landrigan und der afghanische Journalist Qais Akbar Omar. Während Landrigan für die Übersetzung des Textes in die Landessprache Dari durch ein Übersetzerteam sorgte, wirkte Letzterer neben der französischen Theater-schauspielerin Corinne Jaber, die Regie führte, als Co-Regisseur an der Einstudierung des Stückes mit und fungierte als Dolmetscher. Die Idee, Shakespeare in Kabul aufzuführen, hatten Jaber und Landrigan, als sie sich 2004 in der afghanischen Kulturstiftung „Foundation für Culture and Civil Society“ in Kabul kennenlernten. Jaber veranstaltete damals einen Kursus für afghanische Schauspieler. Als Förderer des Projekts „Shakespeare in Kabul“ gewannen die beiden Organisatoren die afghanische Kulturstiftung, das Goethe-Institut und andere Geldgeber.

Landrigans Beiträge sind durchgehend durchdrungen von einer den Afghanen und ihrer Kultur zugewandten Haltung, während Qais Akbar Omar als ausgesprochen guter und neutraler Beobachter des Geschehens ernsthaft und sachlich über die Menschen, Ereignisse und Orte berichtet, an denen geprobt und gespielt wurde. In Kabul probte das Team meist im Garten der Kulturstiftung, der zu einem Herrenhaus gehört, dem Sitz der Kulturstiftung, und vor rund hundert Jahren in der Nachfolge jener herrlichen Gärten angelegt wurde, die auf Babur, den ersten Mogulkaiser Indiens, zurückgehen. Vor der Kulisse des Gebäudes fanden dann auch die drei Kabuler Aufführungen statt.

Bei jeder Regieanweisung der Spielleiter war Rücksichtnahme auf bestehende Traditionen gefor-

dert. In dem nach wie vor innerlich zerrissenen Land stößt der geistige Horizont vieler, besonders der ungebildeten Menschen, über-

Darsteller flohen vor Terroranschlägen

all dort an seine Grenzen, wo der Verdacht wachgerufen wird, jemand hätte die Regeln und Gebote der islamisch geprägten Gesellschaft gebrochen. Quais Omar beschreibt als Ursachen für die häufigen Streitigkeiten während der Proben tief verwurzelte Vorstellungen der männlichen Schauspieler, die häufig Ehre und Rangfolgen betrafen. Das Kabuler Publikum belohnte ihre Mühen jedoch mit frenetischem Applaus. Bei der anschließenden Gastspielreise in den rückständigen Norden des

Landes kamen in Herat, anders als in Mazar-i-Sharif, fast so viele Frauen wie Männer zur Vorstellung. Damit, so betonen die Autoren, hatten sie eines der Ziele erreicht, um derentwillen sie das Projekt in Angriff genommen hatten.

Einige Jahre später studierte Jaber mit denselben und einigen anderen Schauspielern Shakespeares „Komödie der Irrungen“ ein – in Indien, wegen der häufigen Terroranschläge. Im Mai 2012 verließ die Gruppe Afghanistan, um ihre neue Produktion im Londoner Globe Theatre und beim Shakespeare-Festival in Neuss zu präsentieren. *Dagmar Jestrzemski*

Stephen Landrigan, Qais Akbar Omar: „Shakespeare in Kabul. Ein Aufbruch in drei Akten“, Unionsverlag, Zürich 2013, geb., 250 Seiten, 19,95 Euro

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

Aus tiefster Überzeugung

Berlin – Die Alternative für Deutschland (AfD) hat am vergangenen Wochenende ihre Landesliste Berlin für die Bundestagswahl aufgestellt. Joachim Starbatty, renommierter Ökonom und Euro-Kritiker der ersten Stunde, wurde auf Platz 1 der Liste gewählt, Beatrix von Storch vom konservativen Verein „Zivile Koalition“ kam auf Platz 2. Beide waren wenige Tage zuvor erst der AfD beigetreten. *Bel*

»Tatort«-Star ist jetzt Soldat

Kundus – Vom Fernsehen gefeuert, von der Bundeswehr angeheuert: Der Schauspieler Gregor Weber, bekannt als Saarbrücker „Tatort“-Kommissar Stefan Deininger, ist als Soldat im Einsatz in Afghanistan. Weber hatte nach seinem Wehrdienst mehrere Wehrübungen absolviert. In Afghanistan dient der 44-jährige Reservist als Pressefeldwebel. Seine Begründung für den mehrmonatigen Einsatz am Hindukusch: „Ich musste ja weiter mein Geld verdienen.“ *J.H.*

ZUR PERSON

Wandel durch Handel?

Hurra, wir sind das erste EU-Land, das **Li Keqiang** besucht hat. In nahezu allen deutschen Medien war zu lesen und zu hören, was die Berliner Regierung nicht ohne Stolz betonte, als der neue chinesische Ministerpräsident jetzt auf Kanzlerin Merkel traf. Dabei war sie nur die Nummer zwei in Europa. Nummer eins – und das ging beiläufig unter – war Nicht-EU-Mitglied Schweiz. Denn bevor Li nach Berlin aufbrach, hat er einem Land eine zweitägige Referenz erwiesen, das vom Riesenreich China aus auf der Weltkugel allenfalls mit der Lupe zu finden ist.

Ist die kleine Schweiz für China wichtiger als die EU? Als Bankenzentrum allemal. Um den eigenen Finanzsektor zu stärken, ist Li an einer Zusammenarbeit mit den Schweizer Finanzgenies interessiert. Außerdem hat er in Bern ein Freihandelsabkommen zwischen beiden Staaten unterzeichnet.

Als Wirtschaftspartner ist dann aber doch die EU interessanter. Doch da gibt es gerade Ärger mit der EU-Kommission in Brüssel, die die Peking Strafzölle wegen billiger chinesischer Solar-Importe androht. Kanzlerin Merkel soll es richten, man sei ja ein „Traumpaar“, so Li.

Li Keqiang, der erst am 15. März auf dem Nationalen Volkskongress Wen Jiabao als Regierungschef abgelöst hat, gilt als deutschlandfreundlich. Kurz nach dem Aufstand auf dem Tiananmen-Platz besuchte der 1955 geborene Bauernsohn im Sommer 1990 als Kader-Funktionär Deutschland, dessen sich selbst vom kommunistischen Elend befreit hatte. Li, der sich in seiner Doktorarbeit in Ökonomie mit Urbanisierung befasste, traf auf ein Volk, das in Städten wie Berlin und Leipzig freiheitstrunken war. Dass sich demokratisches Leben in Großstädten entwickelt, dürfte ihm als Experten nicht fremd sein. Fragt sich nur, ob sich China mit Li wandeln wird. *tw*



Bitte mehr Mitgefühl

Der Staatsanwalt und das große Geld / Unschuld kann man kaufen / Die Kanzlerin und der Steuersünder / Der Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Der arme, arme Mann! Hat gar nichts Böses getan – und muss doch 2,9 Millionen Euro von seinem sauer verdienten Geld rausrücken, nur um ein bisschen Ruhe zu finden. Carsten Maschmeyer heißt der bedauernswerte Kerl. Der hat mit der Staatsanwaltschaft Hannover einen Deal ausgeheckt: Zahle drei Millionen und wir lassen dich in Frieden. Offenbar ist das Dealen im großen Stil zur öffentlichen Aufgabe geworden. Der Zweck heiligt von je her die Mittel, gegenwärtig heiligen die Einnahmen den Deal. Hauptsache, es kommt Geld in die klamme Staatskasse, wie, ist doch egal. Ob mit dubiosen Datenträgern Steuersünder entlarvt werden oder nach Zahlung einer Geldauflage Absolution erteilt wird, immer bleibt ein schönes Sümmchen hängen.

Wer das nicht ganz so gut findet, vielleicht sogar als total daneben empfindet, der hat den Lauf der Welt immer noch nicht begriffen. Selbst dran schuld, wenn er immer noch für einen tariflich festgelegten Stundensatz arbeiten oder mit einer mageren Rente auskommen muss. Der wird niemals an die große Kohle kommen. Aus dem wird niemals ein Maschmeyer.

Der Herr Maschmeyer nämlich, der hat es geschafft. Der zahlt die knapp drei Millionen Euro Geldauflage aus der Portokasse. Er hatte mal eine Firma, die hieß AWD. Die versprach Anlegern, aus Geld noch mehr Geld zu machen. Und von jeder Mark, die zur AWD rückgeschoben wurde, damit diese sie an die Konstrukteure sogenannter Finanzprodukte weiter schieben konnte, blieben ein paar Pfennige hängen. Das läpperte sich. Bis der Herr Maschmeyer als Milliardär einzuschätzen war und Sparer ihrem Geld nachweinten. Viele sind auch richtig wütend geworden und haben gegen Maschmeyers AWD geklagt. Die Staatsanwaltschaft in Wien ermittelte sogar wegen des Verdachts auf systematischen Betrug und Gründung einer kriminellen Vereinigung. Aber immer, wenn es eng für die AWD zu werden drohte, willigten die Kläger in einen Vergleich ein, weil es besser ist, ein wenig Geld als gar kein Geld zurückzuerhalten. Und die Weste des Herrn Maschmeyer, die blieb unbefleckt.

Warum also lässt sich der gute Herr Maschmeyer auf den Deal mit der Staatsanwaltschaft Hannover ein? Vielleicht, weil ein Teil des Geldes, wie betont wird, einer wohl tätigen Organisation zu Gute kommt? Man beachte: Nur ein Teil des Geldes ist für die Wohlfahrt, der Rest geht dahin, wohin immer der größte Batzen geht: an den Staat.

Also, für die Wohlfahrt kann der Herr Maschmeyer das Geld dann wohl nicht berappt haben. Dann für den Staat? Der ist doch nicht blöd, der Herr Maschmeyer. Obwohl, mit Ex-Kanzler Gerhard Schröder ist er ja ziemlich dicke, für den hat er schon Wahlwerbung gemacht. Und das Manuskript der Schröder-Memoiren hat er ihm für schlappe eine Million Euro abgekauft, damit Freund Gerhard sich nicht mit schänden Honorarabrechnungen abplacken muss. Ja, und Ex-Bundespräsident Christian Wulff

machte Ferien in der Maschmeyer-Villa auf Mallorca, als er noch nicht Ex war. Dafür hat er aber bezahlt, sagt Christian Wulff.

Und schließlich der Gregor Gysi, hat der nicht den Herrn Maschmeyer um Hilfe gebeten? Für einen armen Mandanten, der Hartz-IV-Empfänger ist, weil ihm ein Vermögen von 43,8 Millionen Euro in Gold abhanden gekommen ist? Ausgerechnet in einer Talkshow, in der der gute Mensch Gysi wieder einmal vehement für Steuergerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit stritt, hat der Maschmeyer kürzlich gepetzt: „Spielen Sie nicht den Robin Hood!“ Und dann hat er das mit der Suche nach dem verlorenen Goldschatz erzählt. Zitat aus einem Brief von Gysi: „Unser Mandant geht davon aus, dass Sie über einen engen Kontakt zu den führenden Persönlichkeiten der UBS verfügen.“ Das kann schon so sein, schließlich wird berichtet, Maschmeyer habe in seinem Weinkeller gemeinsam mit dem damaligen Boss des Schweizer Bankkonzerns UBS, Oswald Grübel, eine zünftige Blutwurst verspeist – so etwas verbindet. Trotzdem lehnte Maschmeyer das Fahndungsgesuch ab und verzichtete auf reichlich Finderlohn.

Da kuddelmuddelt sich ganz schön was zusammen. Hinreichende Verbindungen kreuz und quer in die Politik sind zu erkennen, aber sollte der Herr Maschmeyer deshalb freiwillig und frohen Herzens mal so eben drei Millionen Euro rüberschieben? Wohl kaum. Also noch einmal die Frage, warum macht der Mann das? Der Christian Wulff, dem die Staatsanwaltschaft Hannover ebenfalls einen solchen Deal angeboten hatte, nur eben viel, viel billiger – Einstellung des Verfahrens gegen Geldauflage, der hat sich nicht darauf eingelassen. Dabei sollte er nur 20 000 Euro rausrücken, da sieht man mal, was für ein kleiner Fisch Wulff war. Und der Maschmeyer, der macht das? Nur, damit er jetzt sagen kann,

der Deal sei keine Strafzahlung und auch kein Schuldgeständnis? Dabei war es doch nur um ein paar Aktien seiner Konkurrenz gegangen, deren Besitz hätte gemeldet werden müssen, was wohl leider vergessen worden war. Und ihren Anfangsverdacht, sagt der Maschmeyer, hätte die Staatsanwaltschaft wohl auch nicht erhärten können. Donnerwetter, bei solch rosigen Aussichten sind die 2,9 Millionen ein teurer Freikauf.

Man muss diese fast drei Millionen Euro nur einmal in Vergleich zu jenem 5,8 Millionen-Euro-Deal setzen, mit dem der Mannesmann-Prozess endete. Immerhin das bis dahin größte Wirtschaftsverfahren, das vor einem deutschen Gericht verhandelt wurde. Der durch Managermanipulation verursachte Schaden wurde mit 58 Millionen Euro beziffert. Mindestens ein halbes Jahr sollte der Prozess dauern, aber schon nach zwei Monaten war der Deal perfekt. Das Victory-Zeichen, mit dem Josef Ackermann zu Prozessbeginn für Empörung sorgte, hatte sich auf das Schönste bestätigt. Wenn nun der arme Herr Maschmeyer wegen nicht und gar nichts dem Staatsanwalt fast die gleiche Summe in den Rachen werfen muss, dann sollte er sich wenigstens unseres Mitgefühl sicher sein können.

Die Kanzlerin, die macht uns vor, wie man sich korrekt und ohne

Vorurteil verhält. Die düst mal eben nach London, um sich das Fußballspiel München gegen Dortmund anzusehen. Vom Spiel her war das keine schlechte Entscheidung. Aber sie musste doch damit rechnen, dass sie im Wembley-Stadion den Uli Hoeneß treffen würde. (Wieso heißt das Wembley-Stadion eigentlich immer noch Wembley-Stadion? Brauchen die in London kein Geld? Das Niedersachsenstadion in Hannover wurde doch auch umbenannt. Noch bis zum Sommer dieses Jahres heißt es AWD-Arena.) Aber zurück zur Angela Merkel und Uli Hoeneß. Der hat von sich selbst gesagt, er sei ein Zocker gewesen und darum sei er zum Steuerbetrüger geworden. Vielen tut er darum leid, weil man doch nichts dafür kann, wenn man zum Zocker wird. Nun ist Hoeneß immer noch Präsident des Fußballvereins (wenn man die gigantische Firma so nennen will) Bayern München. So ganz unwahrscheinlich war es nicht, dass sein Club den Pott der Champions League gewinnen würde, was er dann ja auch tat. In so einem Fall muss man dem Präsidenten gratulieren. Die Kanzlerin hatte offensichtlich kein Problem damit. Schließlich ist der Herr Hoeneß noch nicht verurteilt. Dazu muss es auch nicht kommen. Er kann ja mal in Hannover nachfragen, wie man so etwas einfädelt.

Von Hoeneß wird gesagt, er leide sehr unter dem Druck, dem er ausgesetzt sei, seit seine Selbstanzeige bekannt wurde. Wahrscheinlich ist es das, was die Kanzlerin bewegte. Sie kennt das aus ihrem engsten Umfeld. Verteidigungsminister Thomas de Maizière ist zu bedauern, seit er das Projekt „Euro Hawk“ gestoppt hat und damit klar war, dass mehr als eine halbe Milliarde Euro zum Fenster rausgeworfen wurden. Jetzt soll geklärt werden, warum die Reißleine nicht früher gezogen wurde. Oder sollen ordinäre Nebelkerzen gezündet werden? Beides dauert seine Zeit. In einem Interview gestand der Minister: „Ich leide unter dem Druck, den ich aushalten muss. Ich würde gerne sprechen, aber ich habe mir Schweigen auferlegt.“ Ein Politiker mit Schweigegelübde? Der arme, arme Mann.

Hans Heckel ist diese und nächste Woche im Urlaub.

MEINUNGEN

Johann Osel bezeichnet Burschenschaften in der „Süddeutschen Zeitung“ (22. Mai) als „aus der Zeit gefallen“, spricht sich aber gegen ein von linken Studentenvertretern gefordertes generelles Verbot aller Verbindungen aus:

„Es sind wohl gemerkt nicht alle Burschenschafter Neonazis. Das Spektrum reicht von Politikfernern über gediegene Konservative bis hin zu Hellbrauntönen und hässlichem Dunkelbraun. Zuletzt strichen im Verband jedoch eher liberale Vertreter die Segel, als dass Neonazis verbannt worden wären. Aber sollte man die Burschenschaften deshalb pauschal verbieten? Nein. Das verträgt sich nicht mit dem Freiheitsgedanken, für den eben im 19. Jahrhundert gekämpft wurde. Eine fortschrittliche Demokratie muss auch anachronistische Rituale ertragen können.“

Norbert Häring versucht im „Handelsblatt“ vom 23. Mai zu erklären, warum die Troika bei der Euro-Rettung einen weiteren Niedergang der zyprischen Wirtschaft in Kauf nimmt:

„Im ehrlichen Interesse des Gläubigers kann eine solche Negativspirale nicht sein. Die Rezession wird die uneinbringlichen Kredite der Banken nach oben treiben und neue Rettungskredite nötig machen. Die Fähigkeit des Landes, uns wenigstens einen großen Teil der Hilfskredite zurückzuzahlen, wird ausgehöhlt. Mir fallen nur zwei mögliche Erklärungen ein. Entweder es geht darum, die Krise zu nutzen, um den Nationalstaat zu entkernen und Souveränität auf die EU zu verlagern. Oder es geht im Sinne des Buches ‚Showdown‘ von Dirk Müller darum, sich zyprische Bodenschätze billig anzueignen.“

Philip Plickert kommentiert in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 23. Mai den erst nach massiven Protesten von der EU wieder gestoppten Plan, Olivenöl-Kännchen in Restaurants ab 2014 zu verbieten:

„Die Posse ums Öl-Kännchen zeigt, woran EU-Europa krankt: Statt als ‚Raum der Freiheit‘ wird die EU zunehmend als Kampfzone für kleinliche, bürokratische Detailvorschriften empfunden. 40 000 hochbezahlte EU-Beamte überziehen immer mehr Lebens- und Wirtschaftsbereiche mit einem engen Regulierungs-Netz. Mit ihrem Hang zur Vereinheitlichung und Zentralisierung verletzt die Kommission das Subsidiaritätsprinzip – wonach Probleme immer auf der niedrigsten Ebene geregelt werden sollten. Auch so entfremdet Brüssel die Menschen von EU-Europa.“

Die dänische Tageszeitung „Jyllands-Posten“ räumt in ihrem Leitartikel vom 25. Mai mit „der schwedischen Lüge“ vom friedlichen Multikulti-Sozialstaat auf:

„Die Gewalttäter, die in den etablierten schwedischen Medien neutral als „junge Menschen“ bezeichnet werden, sind Einwandererkinder mit muslimischem Hintergrund, die auf die Straße gehen, um ihre Aggression gegen das Eigentum anderer und gegen die öffentliche Ordnung zu richten ... In diesen Tagen erfahren wir, dass auch Schweden in Europa liegt und Bestandteil der demografischen, politischen und sozialen Entwicklungen ist, die den Kontinent im Zusammenhang mit der wachsenden Zahl von Einwanderern insbesondere aus muslimischen Ländern prägen, die sich in westlichen Wohlfahrtsstaaten ansiedeln. Ihr gemeinsamer Nenner sind Konflikt, Gewalt, Kriminalität, sozialer Betrug, sogenannte Ehrenmorde, Gräueltaten gegen Frauen, Wellen von Vergewaltigungen.“